



KOMM-IN-Projekt „Transparenz schaffen!“

Analyse der bisherigen Integrationsarbeit
in ausgewählten Stadtteilen Bergheims

November 2007 bis März 2008

Abschlussbericht

Die Untersuchung wurde im Auftrag der
Stadt Bergheim durchgeführt.

Verfasser

Henrik von Bothmer
Dipl. Sozialwissenschaftler

Priv. Doz. Dr. Gerhard Christe
Dipl. Soziologe

Roman Reisch
Dipl. Sozialwissenschaftler

Lutz Wende
Soziologe, M.A.

Oldenburg, im April 2008

Impressum

© Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)
Haarenfeld 7
D-26129 Oldenburg
Fon : (0441) 9 73 88 37
Fax : (0441) 9 73 88 39
Email: info@iaj-oldenburg.de
Internet: www.iaj-oldenburg.de

Vorwort

Hiermit legen wir den Abschlussbericht der Untersuchung vor, die wir im Auftrag der Stadt Bergheim zwischen November 2007 und März 2008 durchgeführt haben. Aufgabe der Untersuchung war eine Analyse der bisherigen Integrationsarbeit in ausgewählten Stadtteilen Bergheims mit dem Ziel, Daten und Informationen für die Weiterentwicklung des bisherigen Integrationskonzepts zu liefern und Empfehlungen für konkrete Handlungsansätze zu geben.

Der vorliegende Bericht stellt die wichtigsten Ergebnisse der von uns durchgeführten Untersuchung vor und formuliert Empfehlungen für die künftige Integrationsarbeit der Stadt Bergheim.

Ohne die sehr engagierte und kooperative Zusammenarbeit mit zahlreichen Personen aus Bergheim, die hier im Einzelnen gar nicht alle aufgeführt werden können, wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen. Deshalb sei ihnen allen für ihre Unterstützung herzlich gedankt.

Wir hoffen, dass unsere Untersuchung dazu beitragen kann, die Integrationsarbeit in Bergheim weiterzuentwickeln.

Oldenburg, im April 2008

Gerhard Christe

Inhalt

Vorwort	3
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	6
Zusammenfassung	7
I Aufgabe und Anlage der Untersuchung	15
1. Einleitung	16
2. Fragestellungen und methodisches Vorgehen	18
3. Grundlegende Überlegungen zur Integration	20
II Zur soziodemographischen Struktur der Stadt Bergheim sowie ausgewählter Stadtteile	23
1. Bevölkerung	24
1.1 Bevölkerungsentwicklung	24
1.2. Nichtdeutsche Bevölkerung nach Herkunftsländern	28
1.3 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung	29
1.4 Nichtdeutsche Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen	30
1.5 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung in ausgewählten Stadtteilen	33
2. Arbeitsmarkt	34
2.1 Beschäftigung	34
2.2 Geringfügige Beschäftigung	35
2.3 Ausbildungsplätze	36
2.4 Arbeitslosigkeit	36
2.5. Beschäftigungssituation von Ausländern	37
2.6 Ethnische Ökonomie	41
2.7 Arbeitslosigkeit von Ausländern	42
2.8 Teilnahme von Migranten an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	45
3. Bildungsbeteiligung	46
3.1 Schulbesuch	46
3.2 Schulabschlüsse	48
4. Fazit	49

III	Ausgewählte Felder der Integration im Spiegel qualitativer Interviews	51
1.	Erwerbsarbeit und Qualifikation	52
	Befunde	54
	Folgerungen und Empfehlungen	55
2.	Erwerbslosigkeit und Armut	56
	Befunde	59
	Folgerungen und Empfehlungen	60
3.	Wohnen und Segregation	61
	Befunde	63
	Folgerungen und Empfehlungen	66
4.	Abweichendes Verhalten (Devianz)	67
	Befunde	69
	Folgerungen und Empfehlungen	71
5.	Sprache	72
	Befunde	74
	Folgerungen und Empfehlungen	77
6.	Betreuung von Kindern	78
	Befunde	78
	Folgerungen und Empfehlungen	79
7.	Schule	80
	Befunde	81
	Folgerungen und Empfehlungen	83
8.	Freizeit	84
	Befunde	84
	Folgerungen und Empfehlungen	86
9.	Interkulturelle Kompetenz	86
	Befunde	87
	Folgerungen und Empfehlungen	89
10.	Zugang zu politischen Entscheidungen	90
	Befunde	90
	Folgerungen und Empfehlungen	93
11.	Generelle Einschätzung der Integrationssituation	94
	Befunde	95
	Folgerungen und Empfehlungen	98
IV	Eckpunkte für ein kommunales Integrationskonzept der Stadt Bergheim	99
1.	Aufwachsen	102
2.	Ethnische Ökonomie	104
3.	Wohnen und Freizeit	107
4.	Gestaltungs- und Strukturaspekte	108
4.1	Soziale und politische Teilhabe – Interkulturelle Kompetenz	108
4.2	Datenerhebung	110
4.3	Strukturelle Verankerung	112
	4.3.1 Lokale Politik – Ratsausschuss für Integration	112
	4.3.2 Verwaltung – Integrationsstelle	114
4.4	Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens	114
5.	Zusammenfassende Charakterisierung eines Integrationskonzepts	115
	Literatur und Quellen	117

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Tab. 1: Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2020	26
Tab. 2: Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen	26
Tab. 3: Bevölkerung in der Stadt Bergheim nach Nationalität	27
Tab. 4: Einbürgerungen von Ausländern	28
Tab. 5: Anteil nichtdeutscher Bevölkerung in den Stadtteilen Bergheims	31
Tab. 6: Die größten Gruppen nichtdeutscher Bevölkerung in ausgewählten Stadtteilen	32
Tab. 7: Altersstruktur der deutschen u. nichtdeutschen Bevölkerung nach Stadtteilen	34
Tab. 8: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt Bergheim	35
Tab. 9: Arbeitslosenbestand, Arbeitslosenentwicklung und Arbeitslosenquote	36
Tab. 10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bergheim nach Geschlecht und Nationalität	38
Tab. 11: Nichtdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Bergheim	39
Tab. 12: Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach Alter, Nationalität und Berufsausbildung	40
Tab. 13: Arbeitslose in der Stadt Bergheim nach Nationalität und Geschlecht	43
Tab. 14: Gemeldete ausländische Arbeitslose nach Bestand und Arbeitslosenquote in der Dienststelle Bergheim	44
Tab. 15: Deutsche und ausländische Arbeitslose nach Rechtskreisen (Oktober 2007)	44
Tab. 16: Anteile von Arbeitslosen mit Migrationshintergrund an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	45
Tab. 17: Schüler an allgemein bildenden Schulen in der Stadt Bergheim	46

Abbildungen

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Bergheim 31.12.1975 bis 31.12.2007	24
Abb. 2: Saldo aus Lebendgeborenen und Sterbefällen in Bergheim	25
Abb. 3: Zusammensetzung der nichtdeutschen Bevölkerung nach Herkunftsländern	29
Abb. 4: Altersstruktur der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung in Bergheim	30
Abb. 5: Verteilung der ausländischen Schüler der 7. Jahrgangsstufe auf die einzelnen Schulformen 2000 bis 2006	47
Abb. 6: Deutsche und ausländische Schüler der Sekundarstufe I nach Schulformen	48
Abb. 7: Ausländische Schulabsolventen in der Stadt Bergheim	48

Zusammenfassung

Zusammenfassung

Im Jahr 2001 hat die Stadt Bergheim im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ ein Integriertes Handlungskonzept mit städtebaulichen und sozialen Maßnahmen entwickelt, das im März 2005 fortgeschrieben wurde. Es enthält Strategien einer umfassenden Bürgerbeteiligung wie auch umfangreiche städtebauliche Ansätze und Projekte. Allerdings hat sich gezeigt, dass vor allem die sozialen Aktivitäten die Migranten¹ nur bedingt erreichen.

Mit seinem Projekt „Transparenz schaffen!“, das im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landesprogramms „KOMM-IN NRW“ durchgeführt wird, will die Stadt Bergheim den Stand ihrer bisherigen Integrationsarbeit ermitteln und ihr für den Stadtteil Süd-West konzipiertes Integrationskonzept weiterentwickeln.

Die vorliegende Studie soll hierfür eine Grundlage schaffen und als Hilfe für künftige strategische Entscheidungen dienen.

1. Aufbau und Anlage der Studie

Das Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ) Oldenburg hatte den Auftrag, in der Zeit zwischen November 2007 und März 2008 eine Bestandsaufnahme der aktuellen Integrationssituation in Bergheim durchzuführen und das bislang verfolgte Integrationskonzept zu analysieren.

Dazu wurden statistische Daten zur Lebenslage von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den vier Stadtteilen Ahe, Auenheim, Quadrath-Ichendorf und Bergheim Süd-West, die einen Migrantenanteil zwischen knapp 15 und 30 Prozent aufweisen, ausgewertet. Außerdem wurden mit Personen, die in der Integrationsarbeit tätig sind bzw. die örtlichen Verhältnisse gut kennen und/oder als Menschen mit Migrationshintergrund direkt betroffen sind, Interviews durchgeführt. Ziel dieser quantitativen und qualitativen Untersuchung war es, umfassende Daten zur Integration zu erheben, aber auch Datenlücken zu identifizieren und ggf. zu schließen. Die Untersuchung diene dazu, eine empirisch fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Bergheim zu schaffen.

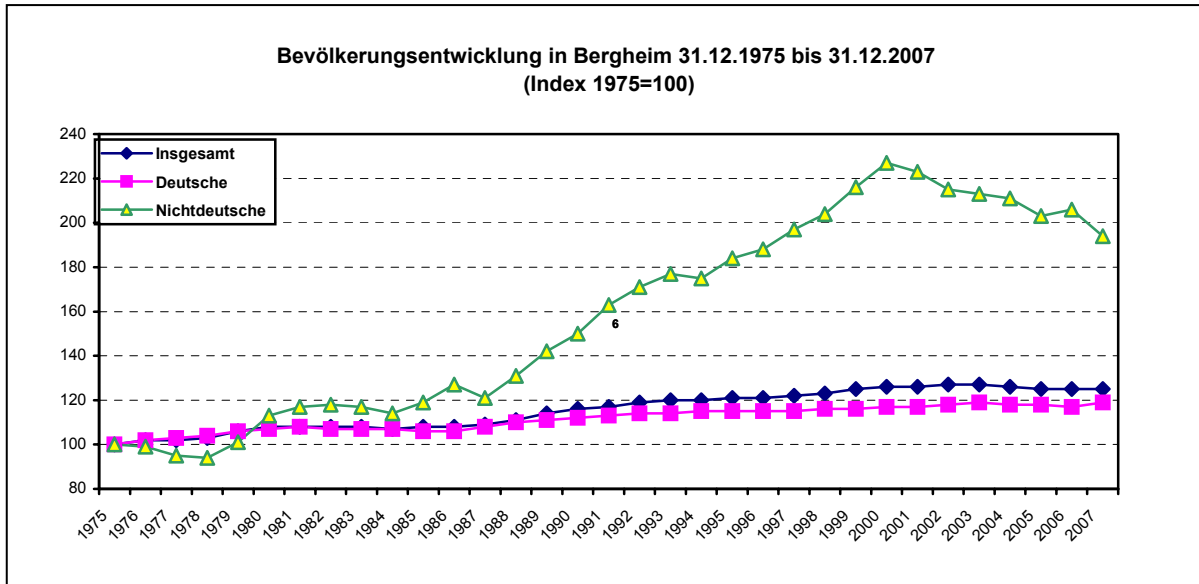
Die empirischen Untersuchungsergebnisse werden in dieser Studie dargestellt. Aus ihnen werden Folgerungen gezogen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts der Stadt Bergheim formuliert. Diese Empfehlungen werden in Eckpunkten zusammengefasst.

¹ Es wird der besseren Lesbarkeit wegen durchgehend nur die männliche Form verwandt. Gemeint sind dabei – sofern nichts anderes vermerkt ist – immer beide Geschlechter.

2. Die wichtigsten empirischen Ergebnisse

Die Stadt Bergheim weist in den letzten 30 Jahren eine positive **Bevölkerungsentwicklung** auf, wobei die nichtdeutsche Bevölkerung deutlich schneller zugenommen hat als die deutsche.

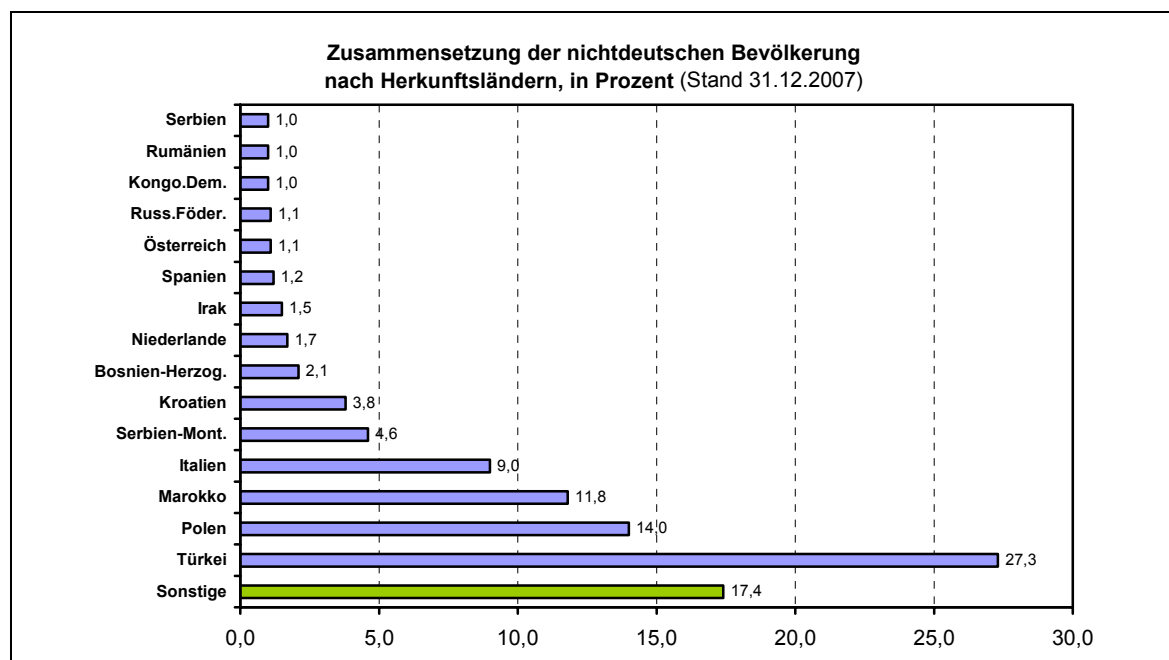
Abb. Z-1: Bevölkerungsentwicklung in Bergheim 31.12.1975 bis 31.12.2007



Quelle: Landesdatenbank NRW 2007, Stadt Bergheim, Demographisches Gutachten 2006

Insgesamt leben rd. 100 verschiedene Nationalitäten in Bergheim. Die größte Gruppe der nichtdeutschen Bevölkerung bilden Türken, gefolgt von Polen, Marokkanern und Italienern.

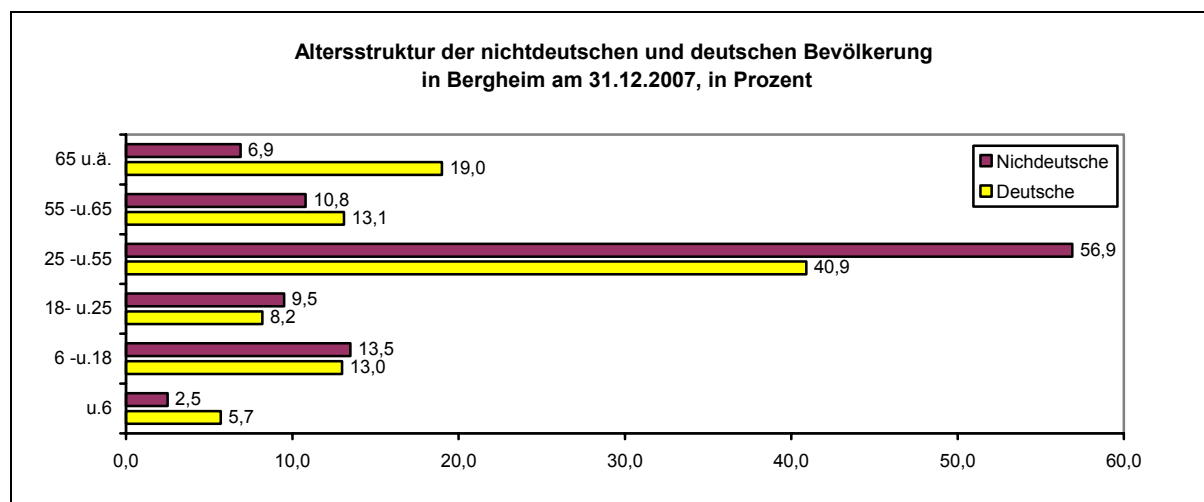
Abb. Z-2: Zusammensetzung der nichtdeutschen Bevölkerung nach Herkunftsländern



Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist im Durchschnitt deutlich jünger als die deutsche. Der Kern der Erwerbspersonen (25 bis unter 55 Jahre) und die ins Erwerbsleben eintretende Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen nichtdeutscher Herkunft ist erheblich größer als die entsprechende deutsche Bevölkerungsgruppe, während die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Altersgruppe und die Ruhestandsgeneration (65 Jahre und älter) bei den Migranten kleiner ist. Das gilt auch für die Altersgruppe der Kinder im Vorschulalter.

Abb. Z-3: Altersstruktur der nichtdeutschen und deutschen Bevölkerung in Bergheim



Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

Wie auch im bundesweiten Trend hat die nichtdeutsche Bevölkerung im Vergleich zur deutschen im erwerbsfähigen Alter auf dem **Arbeitsmarkt** in Bergheim und in den angrenzenden Regionen deutlich schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt deshalb ist auch die Arbeitslosigkeit innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe wesentlich höher als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. So kommen in Bergheim im Jahr 2007 auf 1.000 ausländische Männer im erwerbsfähigen Alter 124 Arbeitslose und auf 1.000 ausländische Frauen 145 Arbeitslose. Bei der deutschen Bevölkerung betragen die entsprechenden Werte für Männer 113 und für Frauen 93.

Arbeitslosigkeit ist bei den Migranten aufgrund der häufig einfachen Beschäftigung mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden. Insgesamt fallen arbeitslose Migranten häufiger als Deutsche unter den Rechtskreis des SGB II.

Tab. Z-1: Deutsche und ausländische Arbeitslose nach Rechtskreisen (Oktober 2007), in Prozent

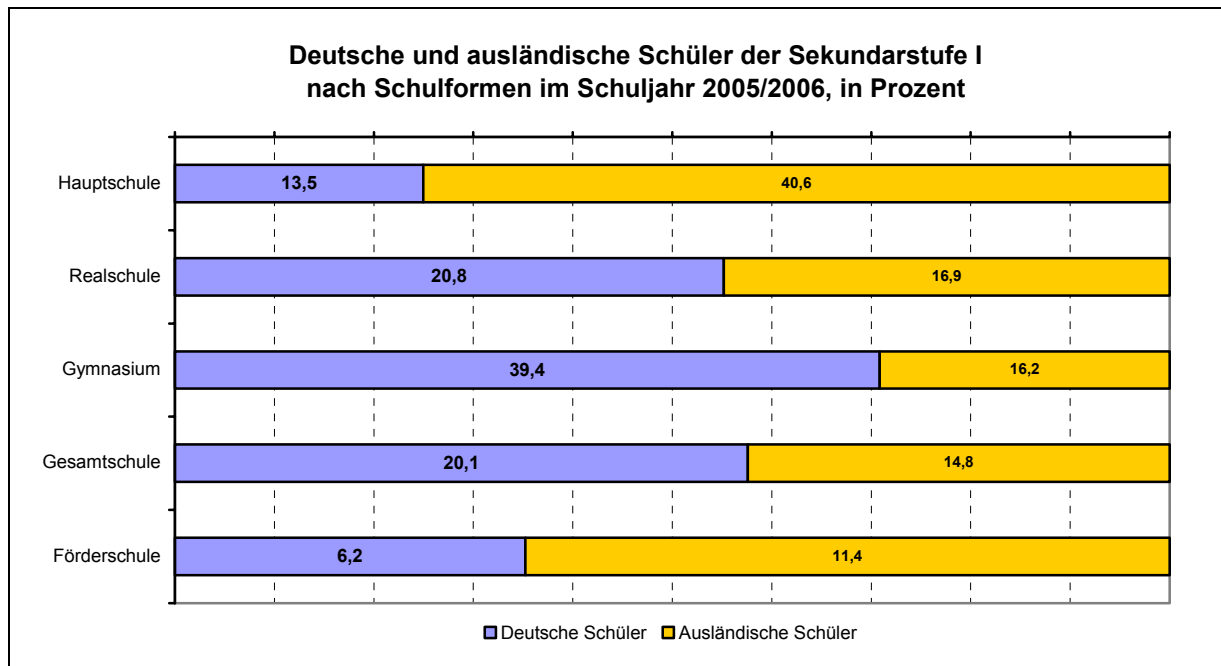
Nationalität	SGB III	SGB II
Deutsche	32,3	67,7
Ausländer	18,3	81,7

Quelle: BA, Monatsbericht Oktober 2007

Von den 294 jugendlichen Arbeitslosen aus der Stadt Bergheim (Januar 2008) hatten 61 oder 20,7 Prozent einen Migrationshintergrund. Gut 70 Prozent von ihnen gehörten zum Rechtskreis des SGB II.

Auch in Bezug auf die **Bildungsbeteiligung** unterscheiden sich deutsche und ausländische Jugendliche signifikant. Während für die deutschen Schüler das Gymnasium die am häufigsten besuchte Schulform ist, besuchen die meisten ausländischen Schüler die Hauptschule.

Abb. Z-4: Deutsche und ausländische Schüler der Sekundarstufe I nach Schulformen



Quelle: LDS NRW, Landesdatenbank, Schulstatistik, Stand: 20.03.2008, eigene Berechnung

Zusammenfassend lässt sich die **sozioökonomische Situation** der Migranten in Bergheim so umreißen:

1. *Wohnsituation.* Die nichtdeutsche Wohnbevölkerung hat über die Jahre hinweg zugenommen; sie prägt einzelne Stadtteile wesentlich. Nicht nur angesichts des Ziels der Stadt Bergheim, ihre Einwohnerzahl auf der jetzigen Höhe zu halten, sondern auch für die weitere Stadtentwicklung hat sie eine hohe Bedeutung.
2. *Arbeit und Arbeitsmarkt.* Die ausländischen Arbeitskräfte sind überwiegend ungelernte Arbeiter, nicht zuletzt deswegen sind sie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Da sie geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sind viele von ihnen zudem auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Dies führt zu einem erhöhten Armutsrisiko.
3. *Kinder und Jugendliche.* Ihre Situation ist besonders schwierig. Die Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen ist gering, und ihr Anteil an den Arbeitslosen ist, gemessen an ihrem Anteil an der ausländischen Bevölkerung, überproportional hoch. Auch bei den Schulabschlüssen schneiden sie schlechter ab. Etwa die Hälfte von ihnen hat lediglich einen Hauptschulab-

schluss, die Hauptschule ist inzwischen zu *der* Schule für Migrationskinder geworden.

4. *Deutsche und Ausländer.* Ängste und Ablehnung, die im Verhältnis von Deutschen und Ausländern eine Rolle spielen und bei den Einheimischen durch die Umschichtung der Bevölkerung hervorgerufen werden, spiegeln sich nicht direkt in den in dieser Studie dokumentierten Zahlen wider. Die Verteilung der Migrationsbevölkerung auf die Stadtteile, Wohnviertel, Kindergärten und Schulen lässt jedoch die Grundlagen der Probleme deutlich werden, die von der Bevölkerung und der Politik thematisiert werden.

Die **Lebenssituation** der Migranten und wie diese sowohl von ihnen als auch von der deutschen Bevölkerung wahrgenommen wird, spiegelt sich in den Interviews wider. Hier wurden zentrale Felder für die Integration – Erwerbsarbeit und Qualifikation, Erwerbslosigkeit und Armut, Wohnen und Segregation, Abweichendes Verhalten (Devianz), Sprache, Betreuung von Kindern, Schule, Freizeit, Interkulturelle Kompetenz, Zugang zu politischen Entscheidungen – thematisiert. Dabei wird die Integrationssituation durchaus sehr unterschiedlich wahrgenommen.

Die **Aktivitäten zur Integration** zielen in der Mehrzahl auf eine *formale* Integration und eine Anpassung an die jeweiligen Normen und Regeln, dabei bleiben die sozio-kulturellen Werte der Migranten eher unberücksichtigt. In den Interviews wurde deutlich, dass es den Migranten vor allem um kulturelle Akzeptanz und den persönlichen Respekt geht. Gleichzeitig wird die strukturelle Benachteiligung (Arbeitsmarkt, Bildungsbeteiligung, Infrastruktur) kaum gesehen. All dies erschwert die Integration.

3. Folgerungen und Empfehlungen

Integrationskonzept

Das von uns skizzierte Integrationskonzept geht über die bisherigen Aktivitäten und auch über die Steuerungsstruktur im Stadtteil Süd-West hinaus, knüpft daran jedoch an und empfiehlt, den niedrighwelligen Ansatz, der hier vertreten wird, fortzusetzen und soweit als möglich auf andere Stadtteile entsprechend ihren spezifischen Belangen zu übertragen. Es zielt vor allem darauf ab, Strukturentwicklung und sozialraumübergreifende, fachbezogene Entwicklungen voranzutreiben. Dazu wird auch empfohlen, gezielt Kooperationsprojekte in einzelnen Integrationsfeldern zu entwickeln und umzusetzen.

Eckpunkte

Die Eckpunkte unseres Integrationskonzepts beziehen sich auf die Themen Aufwachsen, Ethnische Ökonomie, Wohnen und Freizeit sowie auf Gestaltungs- und Strukturaspekte.

Schwerpunkt im Bereich *Aufwachsen* ist ein interkulturelles Konzept, das verbindliche Standards enthalten und auf alle Betreuungs- und Schulangebote ausgerichtet sein sollte. Empfohlen wird, dieses Konzept nach einer Übergangszeit zum verbindlichen Förderkriterium zu machen.

Die *Ethnische Ökonomie* ist bislang kaum als Wirtschaftsfaktor wahrgenommen und die dort bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten sind kaum genutzt worden. Sie kann jedoch sowohl zur Stärkung der lokalen Versorgungsstruktur in benachteiligten Stadtteilen beitragen, als auch eine besondere Rolle in der kommunalen Beschäftigungspolitik spielen. Zudem kann sie auch eine besondere Integrationsfunktion wahrnehmen. Deshalb sollte sie integraler Bestandteil des Integrationskonzeptes sein.

Da in der *räumlichen Segregation* eine wesentliche Ursache für nur schwer gelingende Integration gesehen wird, sollten kurzfristig Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den verschiedenen Stadtteilen ergriffen werden. Außerdem sollten die Jugendzentren in ein gesamtkommunales Integrationskonzept eingebunden und die Jugendhilfeplanung entsprechend ausgerichtet werden.

Integrations- und migrationsspezifische Aspekte sollten in den kommunalen Gestaltungsbereichen stärker berücksichtigt werden. Ausgangspunkt einer Gesamtstrategie muss ein gemeinsam mit den lokalen Akteuren erarbeitetes, verbindliches **Integrationsleitbild** sein. Auf dieser Basis soll ein kommunales Integrationskonzept erstellt werden, das als konkretes Arbeitsprogramm vom Stadtrat zu verabschieden ist. Außerdem empfehlen wir einen regelmäßigen **Integrationsbericht**.

Wesentliche Aspekte des Integrationskonzeptes sind die Verbesserung der *sozialen und politischen Teilhabe* von Migranten, eine Verbesserung der *Datenerhebung*, die strukturelle Verankerung durch einen *Ratsausschuss für Integration* und die Einrichtung einer **Integrationsstelle** sowie die Entwicklung einer *Kultur des Zusammenlebens*.

Mit dem von uns empfohlenen Integrationskonzept ist eine Einmischungsstrategie in die Verwaltungsaktivitäten hinein und eine gestaltende Koordination insbesondere der lokalen Akteure verbunden. Da die Steuerungsanforderungen in beiden Bereichen vorrangig fachlich orientiert sind, können sich notgedrungen Interessengegensätze und Widersprüche ergeben. Unter Beachtung der in dieser Studie dokumentierten Erfahrungen zur Integrationsarbeit sollte im Kontext der Entwicklung des Integrationskonzeptes und des Aufbaus einer Kultur der vertrauensvollen Zusammenarbeit eine eindeutige (lobbyistische) Vertretung im Vordergrund stehen.

Teil I

1. Einleitung

Das von der Stadt Bergheim durchgeführte Projekt „Transparenz schaffen!“ ist eingebunden in das Landesprojekt „KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Dieses Programm zielt darauf ab, die örtlichen Ansätze zur schulischen Integration und zur Integration in die Arbeitswelt von zugewanderten Personengruppen zu verbessern. Es setzt an den bestehenden lokalen Anstrengungen an und fokussiert seine Unterstützung auf eine Verbesserung der organisatorischen Voraussetzungen, um die vorhandenen Integrationsangebote vor Ort zeitnah und zielgenau anbieten und erfolgreich gestalten zu können. Angebote und Prozesse zur Integration sollen dadurch optimiert und stabile organisatorische Strukturen geschaffen, weiterentwickelt sowie nachhaltig verankert und abgesichert werden.

Das Projekt „Transparenz schaffen!“ gehört zum ersten von drei Förderschwerpunkten des Landesprogramms „KOMM-IN NRW“, d.h. zum Schwerpunkt *Herstellung von Transparenz für alle Betroffenen über das Angebot und die Nachfrage nach Integrationshilfen*. Im Rahmen dieses Projekts will die Stadt Bergheim den Stand ihrer bisherigen Integrationsarbeit durch eine Bestandsaufnahme ermitteln. Diese bezieht sich insbesondere auf die vier Stadtteile Ahe, Auenheim, Quadrath-Ichendorf und Bergheim Süd-West mit den Stadtteilen Kenten und Zieverich. In diesen Stadtteilen ist der Anteil von Migranten¹ besonders hoch, er beträgt je nach Stadtteil zwischen knapp 15 Prozent (Quadrath-Ichendorf) und knapp 30 Prozent (Auenheim).

Bergheim Süd-West hat im Rahmen des Projekts „Transparenz schaffen!“ eine Sonderstellung. Dieser Stadtteil nimmt am Programm „Soziale Stadt“ teil und ist hierüber sowohl in das landesweite Netzwerk, als auch in den bundesweiten Zusammenhang eingebunden. Im Rahmen dieser Teilnahme wurde bereits 2001 ein integriertes Handlungskonzept mit städtebaulichen und sozialen Maßnahmen entwickelt. Im März 2005 wurde dieses Handlungskonzept fortgeschrieben. Es beinhaltet sowohl Strategien einer umfassenden Bürgerbeteiligung, als auch umfangreiche städtebauliche Ansätze und Projekte. Dabei hat sich jedoch gezeigt, dass vor allem die sozialen Aktivitäten an den Migranten vorbeigehen. Diese nehmen deutlich unterdurchschnittlich an den durchgeführten Maßnahmen teil, und wenn sie teilnehmen, bleiben sie überwiegend unter sich. In der Konsequenz wurde Ende 2006 eine „Nationworkerin“ als „Vermittlerin zwischen den Kulturen eingestellt“, gewissermaßen als ein erster Schritt zur Koordination der Integrationsarbeit auf Stadtteilebene.

¹ Es wird der besseren Lesbarkeit wegen durchgehend nur die männliche Form verwandt. Gemeint sind dabei – sofern nichts anderes vermerkt ist – immer beide Geschlechter.

Die Stadt Bergheim will das für den Stadtteil Süd-West bereits konzipierte Integrierte Handlungskonzept weiterentwickeln. Allerdings ist die bestehende Datenlage hierfür bislang noch unzureichend.

Vor diesem Hintergrund wurde das Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ) mit einer Untersuchung der Integrationsarbeit in Bergheim beauftragt. Diese Untersuchung sollte nicht nur eine Bestandsaufnahme der aktuellen Integrationssituation vornehmen, sondern auch eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit im gesamtstädtischen Kontext schaffen und als Entscheidungshilfe für künftige strategische Entscheidungen dienen. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen später dann auch in ein umfassendes Integrationskonzept für die gesamte Stadt Bergheim eingehen.

Teil I des vorliegenden Abschlussberichts skizziert zunächst noch einmal die wichtigsten Fragestellungen der Untersuchung und beschreibt das methodische Vorgehen. Außerdem werden grundlegende Überlegungen zur Frage der Integration sowie die in diesem Zusammenhang mit der Stadt Bergheim gemeinsam formulierten Integrationsgrundsätze dokumentiert.

Teil II beschreibt die soziodemographische Struktur der Stadt Bergheim und der in die Integrationsarbeit einbezogenen Stadtteile und zeigt anhand ausgewählter Daten die besondere Situation von Migranten auf. Dabei wird gezeigt, dass es insbesondere vier Problemkomplexe sind, die die Entwicklung der Stadt Bergheim über die letzten Jahre hinweg geprägt haben und anhand derer die Integrationssituation besonders deutlich wird. Außerdem werden Datenlücken benannt.

Teil III zeigt im Spiegel ausgewählter Ergebnisse aus qualitativen Interviews mit Funktionsträgern und Migranten aus den verschiedenen Stadtteilen Bergheims, wie die Integrationssituation wahrgenommen und aus subjektiver Sicht eingeschätzt wird. Die Darstellung erfolgt anhand ausgewählter, für die Integration relevanter Bereiche, die – soweit dies möglich ist – zunächst in übergreifende Zusammenhänge eingeordnet werden, ehe dann die Befunde dargestellt werden. Diese sind mit Ausschnitten aus den Interviews untersetzt. Zu jedem Integrationsfeld werden Folgerungen und konkrete Handlungsempfehlungen formuliert.

Teil IV enthält dann übergreifende Folgerungen und Empfehlungen aus unserer Untersuchung in Bezug auf die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts der Stadt Bergheim. Hier werden Eckpunkte für ein umfassendes kommunales Integrationskonzept formuliert, die auf die Entwicklung eines Leitbildes zur Integration, auf Steuerungsstrukturen, auf die Datenerfassung und die weitere Umsetzung des Integrationskonzepts abzielen.

2. Fragestellungen und methodisches Vorgehen

Entsprechend dem von der Stadt Bergheim definierten Auftrag hatte die Untersuchung zwei Schwerpunkte: die Durchführung einer quantitativen und qualitativen *Bestandsaufnahme* der aktuellen *Integrationsituation* und die *Analyse* des von der Stadt Bergheim bislang verfolgten *Integrationsansatzes*. Die einzelnen Arbeitsschritte waren an den in der Ausschreibung genannten Vorgaben orientiert.

Zentral für die Bestandsaufnahme waren die Analyse der soziodemographischen Struktur anhand ausgewählter quantitativer statistischer Daten und die Einschätzung der Integrationsituation anhand qualitativer Daten.

Die *quantitative Analyse* war vorrangig auf eine Analyse von vorhandenen Datenbeständen ausgerichtet. Vorliegende Daten (kommunale Daten, Daten der Agentur für Arbeit, weitere Statistiken) wurden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Integrationsarbeit analysiert. Im Mittelpunkt standen hier Daten zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und zur Zusammensetzung der Bevölkerung nach Nationalitäten, zum Arbeitsmarkt im Allgemeinen und zur Situation von Migranten im Besonderen, zur Erwerbsbeteiligung, zur Arbeitslosigkeit und zur Bildungssituation von Migranten.

Die quantitative Analyse zielte letztendlich darauf ab, die für die Erstellung eines Integrationsberichts notwendigen Daten zu erheben und mögliche Datenlücken zu identifizieren. Hierzu wurden insbesondere statistische Daten des kommunalen Amtes für Statistik der Stadt Bergheim, der Bundesagentur für Arbeit, des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW und des Landeskriminalamtes NRW ausgewertet.

Die *qualitative Analyse* der bisherigen Integrationsarbeit umfasste eine Bestandsaufnahme derjenigen Handlungsfelder, die für die Integrationsarbeit zentral sind. Hierbei ging es zum einen um eine Analyse des vorliegenden Integrationskonzepts anhand von Dokumenten, zum anderen um die *subjektive* Einschätzung der aktuellen Integrationsituation von Personen, die bei der Integrationsarbeit eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt ging es auch um die Einschätzungen der Migranten selbst.

Im Einzelnen wurden folgende Felder der Integration näher beleuchtet:

Erwerbsarbeit und Qualifikation; Arbeitslosigkeit und Armut; Wohnen und Segregation; Abweichendes Verhalten (Devianz); Sprache; Betreuung von Kindern; Schule; Freizeit; Interkulturelle Kompetenz und Zugang zu politischen Entscheidungen. Außerdem war die generelle Einschätzung der Integrationsituation von Interesse.

Zur Gewinnung entsprechender Informationen wurden zwischen Februar und Mitte März 2008 insgesamt 29 qualitative Interviews (Expertengespräche) in Form

von Einzel- oder Gruppeninterviews durchgeführt. Die Interviews waren leitfadengestützt und wurden mitgeschnitten; sie wurden anschließend anhand der erstellten Interviewprotokolle nach einem zuvor entwickelten Raster ausgewertet.

Insgesamt lag der Untersuchung ein stadtteilbezogenes Untersuchungskonzept zugrunde. Das heißt, bei der Auswahl der interviewten Gesprächspartner war vor allem der unmittelbare Stadtteilbezug relevant. Gesamtstädtische Repräsentanten wurden deshalb nur in einzelnen Fällen befragt.

Im Einzelnen sind befragt worden: Die Leiter und Leiterinnen der Kinder- und Jugendzentren Süd-West, Ahe und Quadrath-Ichendorf sowie des Kinder- und Jugendtreffs Auenheim; des Städtischen Kindergartens Quadrath-Ichendorf und der Kita bzw. des Familienzentrums „Abenteuerland“ Süd-West sowie der AWO-Familienbildungsstätte und der Arbeiterselbsthilfe Sprungbrett e.V.; Mitarbeiter der Polizei Bergheim; die Leiter und Leiterinnen der Astrid-Lindgren-Schule und der Erich-Kästner-Hauptschule in Süd-West sowie der Grundschule Gudrun-Pausewang und der Gesamtschule in Quadrath-Ichendorf, außerdem der Schulsozialarbeiter dieser Gesamtschule; die Vorsitzenden der Sportvereine SG Ahe und des 1. FC Quadrath-Ichendorf; Vorstandsmitglieder der Moscheenvereine Quadrath-Ichendorf und Paffendorf; die Leiterin des Integrationsbüros Süd-West und der Leiter des Stadtteilsbüros „Soziale Stadt“ in Süd-West; der Leiter der Schul- und Jugendberatung; Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendgerichtshilfe; Beamte der Polizei Bergheim; die Bürgermeisterin der Stadt Bergheim und Mitglieder des Rates der Stadt Bergheim, die zum Teil auch als Ortsvorsteher tätig sind; Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Jugend, Bildung, Soziales und der Abteilung Planung, Umwelt, Erschließung; Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Bergheim der Agentur für Arbeit Brühl und der ARGE des Rhein-Erft-Kreises.

Bereits während der laufenden Untersuchung wurden erste Zwischenergebnisse auf verschiedenen, gemeinsam mit der Stadt Bergheim durchgeführten Arbeitssitzungen vorgestellt und diskutiert. Auf einem Workshop Mitte März 2008 wurden die wichtigsten der bis dahin vorliegenden Ergebnisse den an der Untersuchung beteiligten Schlüsselpersonen vorgestellt und mit ihnen Folgerungen für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit diskutiert.

Dieses Vorgehen folgte unserem beteiligtenorientierten Untersuchungsansatz, der einen Einbezug aller wesentlichen Akteure vorgesehen hat.

3. Grundlegende Überlegungen zur Integration

Die lokale Ebene stellt de facto die Ebene dar, auf welcher der Alltag der Integration ausgehandelt und realisiert und zugleich mit Leben gefüllt wird. In Bezug auf die Umsetzung auf dieser Ebene gibt es jedoch übergeordnete Rahmenbedingungen durch bundes- und landesrechtliche Bedingungen und Zuständigkeiten, die im Alltag der Integrationsarbeit immer wieder zu Schwierigkeiten und Problemen bei der konkreten Umsetzung führen. Diese Rahmenbedingungen sind vor allem der Rechtsstatus, der Zugang zu Bildung, die Frage der Integration ins Erwerbssystem sowie der Zugang zu sozialen Sicherungs- und Transfersystemen. Unter Beachtung dieser Rahmenbedingungen wurden durch vielfältige Aktivitäten und Erfahrungen vieler Kommunen von verschiedenen Seiten Handlungsempfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik entwickelt.¹

Im fachlichen Diskurs der Integrationskonzepte hat sich ein pragmatisch-pluralistischer Ansatz herausgebildet, der auf Integration als Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Ressourcen sowie am Alltagsleben (jeweils im umfassenden Sinne) abzielt.

Mit diesem Grundverständnis wird eine doppelte Voraussetzung für eine gelungene Integration genannt. Zum einen muss die Möglichkeit zur Teilhabe (strukturell wie rechtlich) an den gesellschaftlichen Funktionssystemen gewährleistet werden. Dies setzt zum anderen allerdings handlungsfähige Subjekte voraus, die diese Möglichkeiten und Rechte auch realisieren können und wollen.

Alle genannten Handlungsempfehlungen lassen sich auf *einen* Grundkanon von Aktivitäten verdichten:

- Sie setzen ein hohes Maß an formaler Verbindlichkeit innerhalb der kommunalpolitischen Gremien voraus, zugleich stellt die kommunale Integrationsarbeit eine besondere Querschnittsaufgabe aller Kommunalverwaltungen (gesamtstädtischer Ansatz) dar.
- Sie erfordern einen sozialräumlichen Ansatz, der über angemessene Formen der strategischen Steuerung sowie eine gezielte Netzwerkarbeit verfügt. Ins-

¹ Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik, Gütersloh

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle zur Verwaltungsmodernisierung (Hg.) (2005): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategien und Organisation, Bericht 7/2005, Köln

Pröhl, M./Hartmann, H. (Hg.) (2002): Strategien der Integration. Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Gütersloh

Hessisches Sozialministerium (Hg.) (2007): Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration. Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen, Wiesbaden

LAGA – Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen NRW (2007): Erfolgsfaktoren für kommunale Integrationspolitik. (www.laga-nrw.de/data/erfolgsfaktoren_fuer_kommunale_integrationspolitik.pdf)

besondere ist die Einbeziehung der Migranten(selbst)organisationen zu berücksichtigen.

- Ebenso stellen Monitoring, Evaluation und Controlling sowie eine regelmäßige Berichterstattung eine wichtige Grundlage für die Ausgestaltung der lokalen Integrationspolitik dar.

Wir folgen damit einem Integrationsbegriff, der von einem Konsensgedanken ausgeht und auf universalistischen Werten (Freiheit, Menschenwürde, Verantwortung für sich und das Gemeinwesen) basiert. Zugewanderte werden als kulturelle Bereicherung empfunden und sind als Teil der (lokalen) Gesellschaft anerkannt. Sie verfügen gleichermaßen über materielle Ressourcen, Prestige und Handlungsmöglichkeiten und sind in das lokale Gemeinwesen eingebunden. Es geht daher um *strukturelle* Chancengleichheit und um umfassende Partizipation in allen Lebensbereichen.

Gleichzeitig wird von den Migranten erwartet, dass sie sich selbst in das lokale Gemeinwesen einbringen und Mitverantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen.

Soziale Integration meint daher, dass soziale Ungleichheit nicht reproduziert wird, sondern *gleiche* Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen und Chancen hergestellt wird. Hierbei sind die Lebensbedingungen (Bildungsabschlüsse, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation), Werte und Orientierungen (familiäre Orientierung, Identifikation, Identität) und soziale Interaktion (Kontakte, Austausch und Dialog) entsprechend zu gestalten.

Diese Überlegungen haben Eingang gefunden in Integrationsgrundsätze, die gemeinsam mit der Stadt Bergheim im Verlauf der Untersuchung entwickelt worden sind. Sie waren auch die Arbeitshypothesen für unsere Untersuchung und stellen zudem die Leitlinie für die künftige Integrationsarbeit dar.

Integrationsgrundsatz 1: Integration ist als wechselseitiger Prozess zu gestalten, der gleichberechtigte Teilhabe auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung ermöglicht. Er stellt gleichzeitig Anforderungen an die Migranten *und* an die einheimische Bevölkerung.

Integrationsgrundsatz 2: Integration muss als ganzheitlicher Prozess gestaltet werden, der von *beiden* Seiten zu tragen ist. Dieser Prozess findet als strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration statt. Er ist umfassend zu fördern und zu koordinieren.

Integrationsgrundsatz 3: Integrationsförderung muss zielgerichtet erfolgen, sich an den unterschiedlichen Bedarfslagen ausrichten, unterschiedliche Lebenserfahrungen berücksichtigen und Benachteiligungen entgegenwirken.

Integrationsgrundsatz 4: Integrationsförderung muss frühestmöglich, systematisch und nachhaltig erfolgen. Im Mittelpunkt steht zum einen der Erwerb der deutschen Sprache bei gleichzeitiger Förderung der Muttersprache, zum anderen die Förderung der schulischen und beruflichen Bildung.

Integrationsgrundsatz 5: Die potentiell doppelte Benachteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund ist wahrzunehmen und ihr entgegen zu wirken.

Teil II

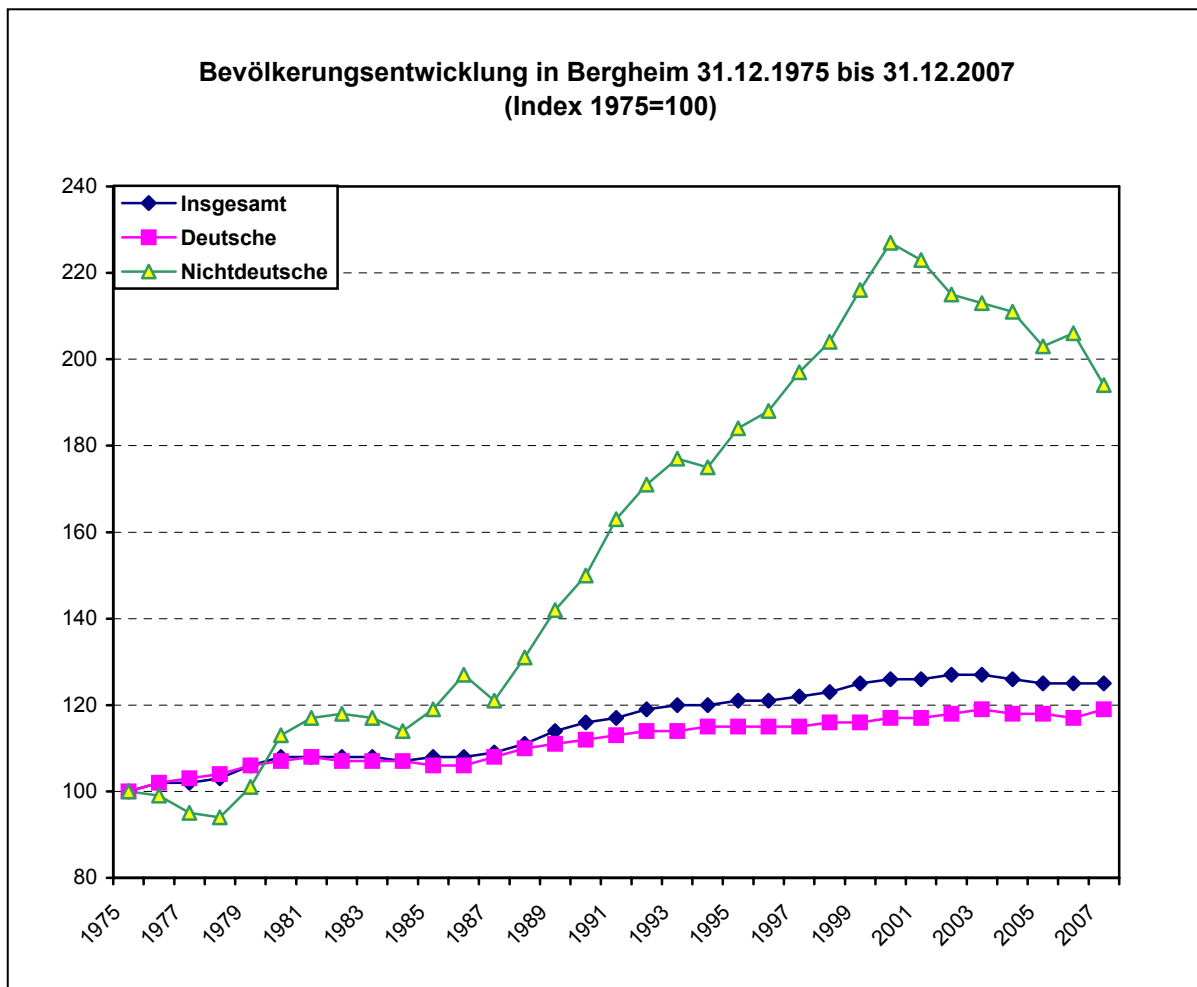
II Zur soziodemographischen Struktur der Stadt Bergheim und ausgewählter Stadtteile

1. Bevölkerung

1.1 Bevölkerungsentwicklung

In der Stadt Bergheim sind 62.917 Menschen (Stand 31.12.2007) mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet. 1975 waren es noch 50.271, d.h. 12.646 oder 20,1 Prozent weniger. Die Stadt wies seither eine positive Bevölkerungsentwicklung auf (Abbildung 1). In diesem Zeitraum hat die nichtdeutsche Bevölkerung deutlich schneller zugenommen als die deutsche Bevölkerung. Ausgehend vom Basisjahr 1975 (=100) hat die nichtdeutsche Bevölkerung um den Faktor 1,7 zugenommen, die deutsche Bevölkerung dagegen lediglich um den Faktor 1,2.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Bergheim 31.12.1975 bis 31.12.2007



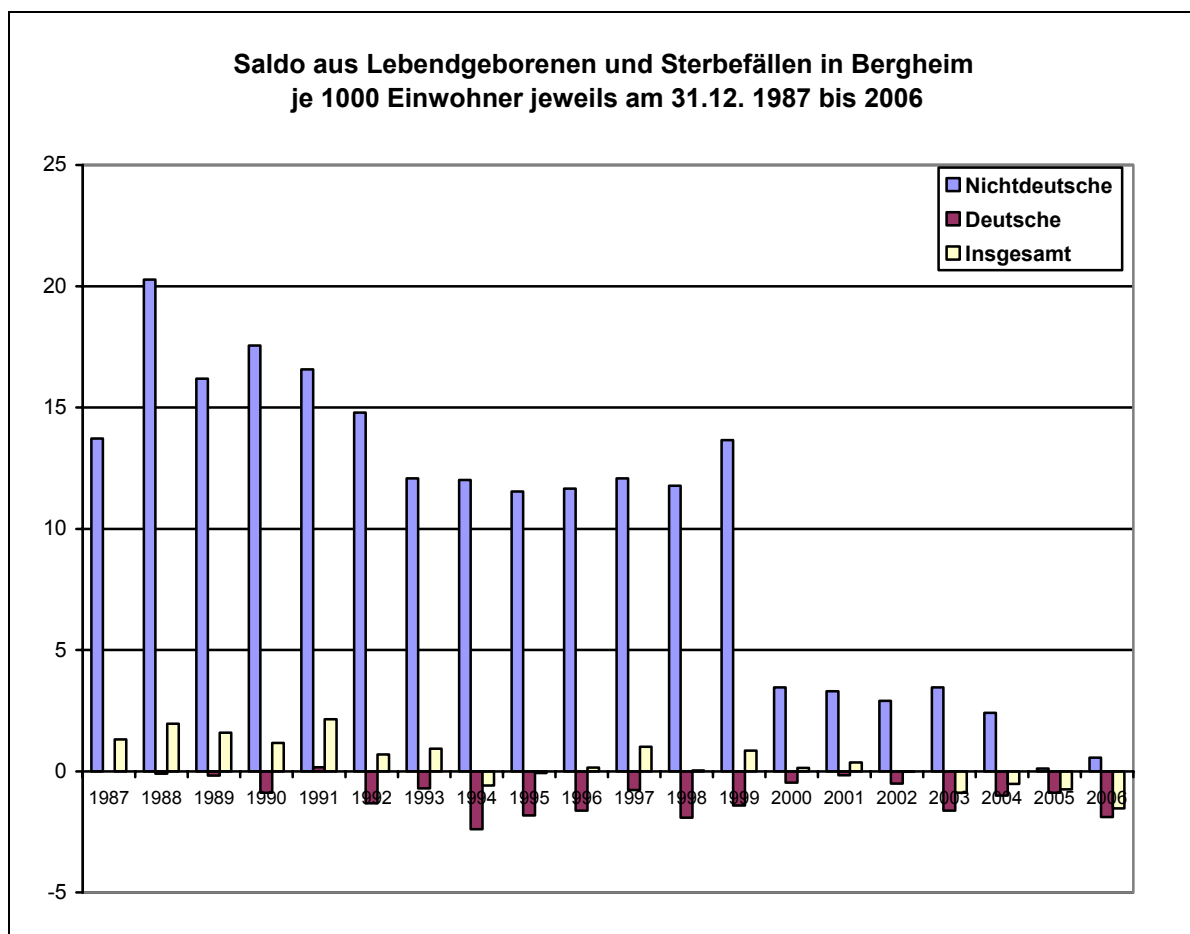
Quelle: Landesdatenbank NRW 2007, Stadt Bergheim, Demographisches Gutachten 2006

Allerdings verlief dieser Prozess des Wachstums der nichtdeutschen Bevölkerung nicht ungebrochen, es gab sowohl Rückgänge als auch Phasen der Stagnation. Auswirkungen auf diese Entwicklung hatten nicht zuletzt auch die politischen Entscheidungen zur Ausländerpolitik auf Bundesebene in Verbindung mit den

Folgen der Rezessionen.¹ Auffällig sind die Jahre von 2000 bis 2007, sie stellen eine Trendwende dar: Die nichtdeutsche Bevölkerung schrumpfte statistisch. Wäre sie im gleichen Tempo wie zuvor weiter statistisch gewachsen, hätte sie im Jahr 2007 einen Wert von mehr als 280 Indexpunkten erreicht.

Die Bevölkerungsbewegung der nichtdeutschen Bevölkerung wird von Wanderungs- und Geburtenüberschüssen getragen. Nach dem Jahr 2000 ist der Saldo aus Fort- und Zuzügen bei der nichtdeutschen Bevölkerung drastisch zurückgegangen. Erst 2006 weist die nichtdeutsche Bevölkerung in Bergheim wieder einen positiven Wanderungssaldo auf.

Abb. 2: Saldo aus Lebendgeborenen und Sterbefällen in Bergheim



Quelle: LDS NRW, LDB 2008, eigene Berechnung

Der Rückgang des Saldos aus Wanderung und deutlicher Verringerung des Geburtenüberschusses hat bewirkt, dass die Bevölkerung in der Stadt Bergheim in den vergangenen Jahren leicht schrumpfte. Für die Zukunft wird dagegen wieder mit einem leichten Wachstum gerechnet. So kommt die jüngste Bevölkerungs-

¹ November 1973: allgemeiner Anwerbestopp; Dezember 1974: Inländerprimat der BA; 1983: Rückkehrhilfen, Begrenzung des Nachzugalters von Kindern, Reglementierung des Nachzugs von Ehefrauen, 1999 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts; Rezessionen 1974/75, 1982/83, 1992/93, 2002/03.

prognose, die im Auftrag der Stadt Bergheim durchgeführt wurde¹, für den Zeitraum vom 2006 bis 2020 auf eine leichte Bevölkerungszunahme von einem Prozent. Die Stadt Bergheim strebt an, langfristig ihren Bevölkerungsumfang zu halten (siehe Demographisches Gutachten 2006, Variante A).

Tab. 1: Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2020

Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bergheim 2006 bis 2020				
31.12.2006	2010	2015	2020	2006 - 2020
62.063	64.010	64.000	63.750	2,7 %

Quelle: Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH: Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim, Grundlagen und Prognoserechnungen, Variante A 31, Dezember 2006, Variante A. 31. Dezember 2006.

Schon in den Jahren 1975 bis 2006 hat es eine deutliche Veränderung in der Altersstruktur gegeben. So hat der Anteil der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden (55 bis unter 65 Jahre) und der schon ausgeschiedenen Generation (65 und älter) an der Gesamtbevölkerung zugenommen, während die jeweiligen Anteile aller übrigen Altersgruppen abgenommen haben.

Tab. 2: Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen

Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in der Stadt Bergheim am 31.12.1975, 31.12. 2006 und 2020					
Altersjahre	1975	2006	1975 =100	2020	1975=100
0 bis unter 6	7,7	5,3	68,4	5,5	71,4
6 bis unter 18	20,6	13,5	65,4	11,1	53,9
18 bis unter 25	9,8	8,3	85,2	7,3	79,5
25 bis unter 55	44,1	43,3	98,0	39,5	89,6
55 bis unter 65	6,8	12,7	188,1	15,4	226,5
65 und älter	9,8	17,0	172,7	21,1	215,3
Alle Altersgruppen	100,0	100,0	-	100,0	-

Quelle: LDS NRW, LDB 2008, Prognose Daten Bergheim (Variante A), eigene Berechnung

In Zukunft (bis 2020) wird es weitere erhebliche Veränderungen in der Altersstruktur geben. Zahl und Anteil der jüngeren Altersgruppen werden weiter abnehmen und die der älteren weiter anwachsen.² Damit dürften auch in der Stadt

¹ Ausführlicher zu diesem Thema: Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH: Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim. Grundlagen und Prognoserechnungen (Entwurf), Köln 2006.

² Vergleiche dazu auch: Demographisches Gutachten, Dezember 2006.

Bergheim und in den angrenzenden Städten und Kreisen die Probleme hinsichtlich des zu qualifizierenden bzw. qualifizierten Nachwuchses für die Wirtschaft zunehmen. Aber auch hinsichtlich der Versorgung der älteren Bürgerinnen und Bürger dürfte es Belastungen geben, z.B. im Pflegebereich.

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung in Bergheim seit Mitte der 1970er Jahre (Tabelle 3), so ist zu erkennen, dass der nichtdeutsche Bevölkerungsanteil von 1975 bis 2000 einer steigenden Trendlinie folgte. In diesem Zeitraum ist der Anteil von 8,6 auf 15,5 Prozent oder um 6,9 Prozentpunkte angestiegen. Ab 2001 folgt der Bevölkerungsstand einer fallenden Trendlinie. Der nichtdeutsche Bevölkerungsanteil ist um 2,1 Prozentpunkte auf 13,4 Prozent geschrumpft.

Tab. 3: Bevölkerung in der Stadt Bergheim nach Nationalität

Bevölkerung in der Stadt Bergheim nach Nationalität vom 31.12.1975 bis 31.12. 2006				
Jahr	Insgesamt	Deutsche	Nicht- deutsche	Nicht- deutsche in %
	1	2	3	4=3:1*100
1975	50.271	45.933	4.338	8,6
1980	54.067	49.151	4.916	9,1
1985	54.061	48.917	5.144	9,5
1990	58.146	51.649	6.497	11,2
1995	60.610	52.640	7.970	13,1
1996	60.986	52.835	8.151	13,4
1997	61.530	53.002	8.528	13,9
1998	61.943	53.105	8.838	14,3
1999	62.661	53.290	9.371	15,0
2000	63.526	53.696	9.830	15,5
2001	63.591	53.901	9.690	15,2
2002	63.728	54.418	9.310	14,6
2003	63.895	54.639	9.256	14,5
2004	63.509	54.371	9.138	14,4
2005	63.015	54.211	8.804	14,0
2006	62.897	53.943	8.954	14,2
2007	62.917	54.480	8.437	13,4

Quelle: LDS NRW, Datenbank, Stadt Bergheim, eigene Berechnung

Neben dem sinkenden Saldo aus Lebendgeburten und Wanderungen ist die Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahre 2000¹ und die Zunahme von Einbürgerungen eine weitere Ursache für den Rückgang der nichtdeutschen Bevölkerung. Ohne Einführung des Geburtsortsprinzips und ohne Einbürgerungen wäre der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung deutlich größer (Tabelle 4).

Tab. 4: Einbürgerungen von Ausländern

Einbürgerungen von Ausländern (Personen) nach Geschlecht in der Stadt Bergheim 2000 bis 2006			
Jahr	Geschlecht		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1997	27	-	-
1998	79	-	-
1999	128	-	-
2000	155	80	75
2001	282	148	134
2002	351	193	158
2003	134	71	63
2004	113	64	49
2005	133	76	57
2006	226	122	104
2007	175	-	-
1997 - 2007	1.903	-	-
2000 - 2006	1.394	754	640

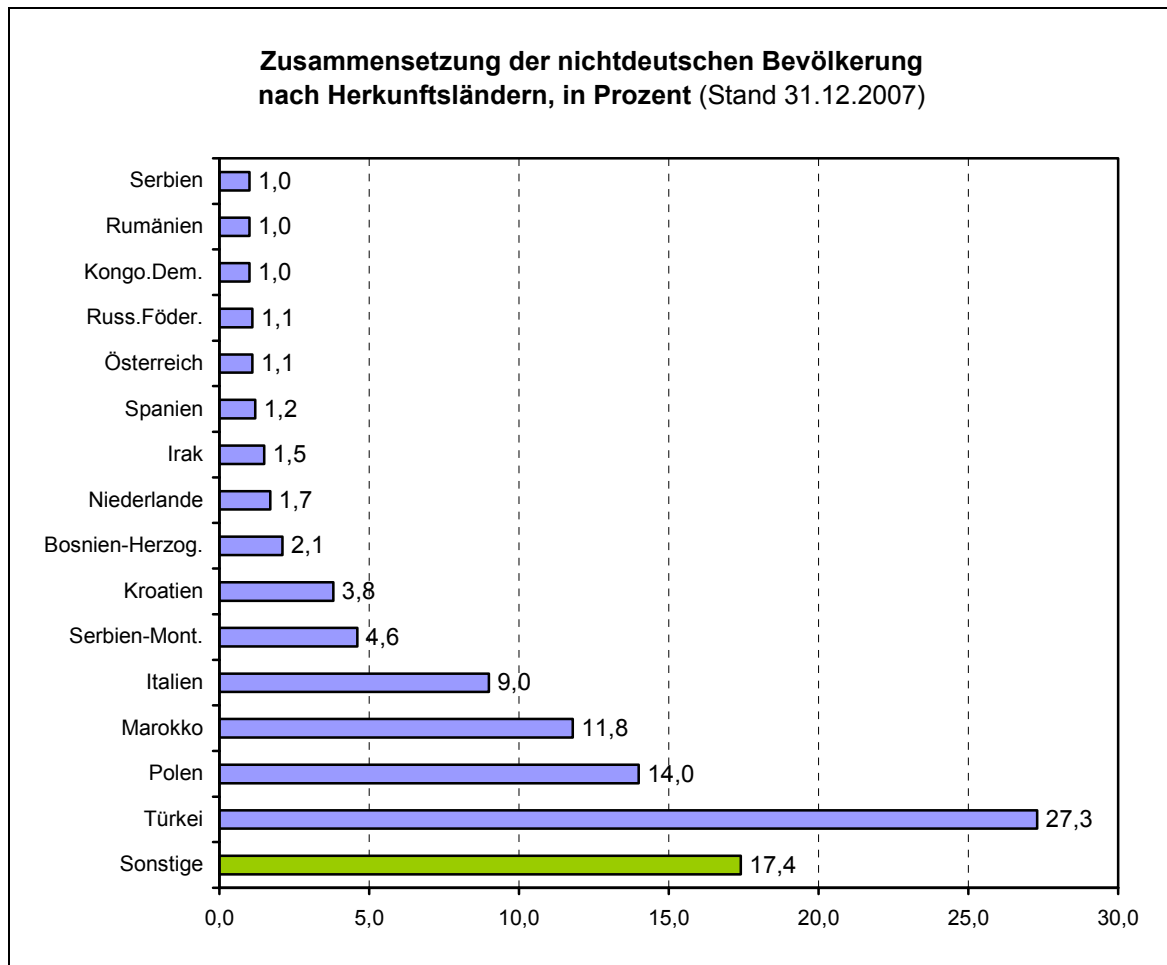
Quelle: LDS NRW, Datenbank, Einbürgerungsstatistik, Stadt Bergheim 1997-1999, 2007

Die Zahl der Einbürgerungen ist infolge der Gesetzesänderung zunächst stark angestiegen. Allerdings ist der Trend nach 2002 wieder rückläufig. Über die Spätaussiedler kann aufgrund der Datenlage keine gesicherte Aussage gemacht werden. Die Experten, die im Rahmen der von uns durchgeführten qualitativen Interviews befragt worden sind, schätzen jedoch, dass die gesamte Migrationsbevölkerung in Bergheim doppelt so hoch ist wie die nichtdeutsche Bevölkerung.

1.2 Nichtdeutsche Bevölkerung nach Herkunftsländern

Die größte Gruppe der in Bergheim lebenden nichtdeutschen Bevölkerung bilden Türken, gefolgt von Polen, Marokkanern und Italienern (Abbildung 3).

¹ Gemeint ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch Gesetz vom 15. Juli 1999. Wirksam wurde das Gesetz wegen Verhandlungen im Bundesrat erst ab dem Jahr 2000.

Abb. 3: Zusammensetzung der nichtdeutschen Bevölkerung nach Herkunftsländern


Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

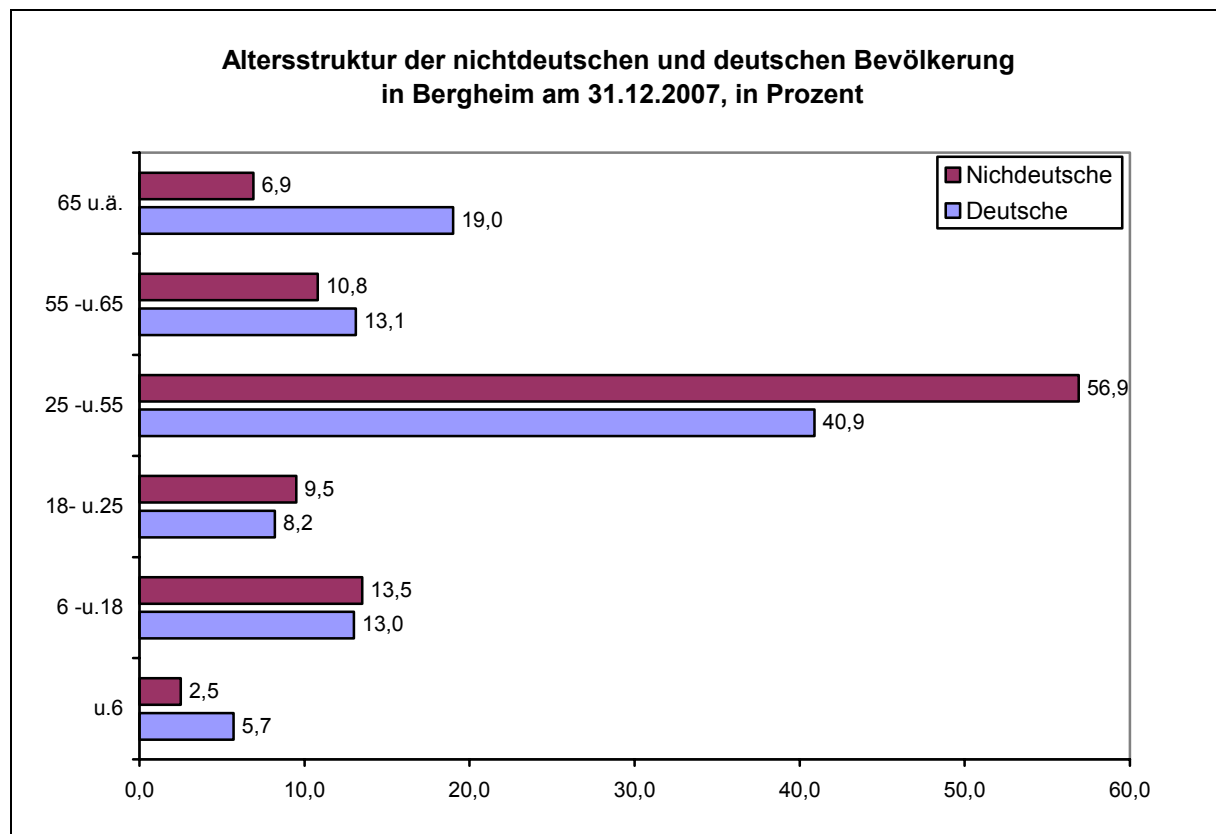
Fasst man die nichtdeutsche Bevölkerung aus dem ehemaligen Jugoslawien zusammen, so stellt sie mit 10,5 Prozent die viertgrößte Gruppe.

Unter den Eingebürgerten sind Türken und Marokkaner absolut gesehen am häufigsten vertreten. Ihr Anteil an den Einbürgerungen liegt seit Jahren über bzw. nahe an ihrem Bevölkerungsanteil. 2002 ließen sich 107 (30,5%) der Einwohner mit türkischer Staatsangehörigkeit einbürgern, 2006 waren es 55 (24,8%).¹

1.3 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung jünger. Die Gruppen, die den Kern der Erwerbspersonen (25 bis unter 55 Jahre) und die ins Erwerbsleben eintretende Generation (18 bis unter 25 Jahre) bilden, sind deutlich stärker besetzt als in der deutschen Bevölkerung. Hingegen ist die Gruppe der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Generation (55 bis unter 65 Jahre), aber auch die Ruhestandsgeneration (65 Jahre und älter) deutlich schwächer besetzt. Das gilt auch für die Kinder im Vorschulalter.

¹ Angaben: Stadt Bergheim, Amt für Wahlen und Statistik.

Abb. 4: Altersstruktur der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung in Bergheim


Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

Seit 1999 geht der Anteil nichtdeutscher Kinder im Vorschulalter, der zu diesem Zeitpunkt mit einem Anteil von sieben Prozent an der Gesamtpopulation um gut zwei Prozentpunkte über dem der gleichaltrigen deutschen Bevölkerungsgruppe gelegen hat, kontinuierlich zurück. Ebenso hat der Anteil nichtdeutscher Neugeborener von 1999 bis 2006 um 16,5 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent abgenommen. Der wichtigste Grund hierfür ist das Geburtsortsprinzip im neuen Staatsangehörigkeitsrecht, wonach Kinder, deren Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, unter bestimmten Voraussetzungen mit der Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Zu diesen Voraussetzungen gehört unter anderem, dass ein Elternteil mindestens seit acht Jahren rechtmäßig seinen Aufenthaltsort in Deutschland hat.¹ Diese Kinder werden seit dem 1. Januar 2000 als Deutsche gezählt, erst mit dem 18. Lebensjahr müssen sie sich dann für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.²

1.4 Nichtdeutsche Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen

Den weitaus höchsten Anteil an nichtdeutscher Bevölkerung weisen die Stadtteile Auenheim, Zieverich, Ahe, Kenten und Quadrath-Ichendorf auf. Absolut leben in

¹ Zu den weiteren Voraussetzungen siehe StAG §4, Absatz 2.

² StAG § 4 Absatz 3.

den Stadtteilen Quadrath-Ichendorf, Kenten und Bergheim-Mitte die meisten ausländischen Bürger.

Tab. 5: Anteil nichtdeutscher Bevölkerung in den Stadtteilen Bergheims

Anteil nichtdeutscher Bevölkerung in den Stadtteilen Bergheims am 31.12.2007			
Stadtteil	Insgesamt	Nichtdeutsche	Anteil
	abs.	abs.	%
Ahe	2.904	525	18,1
Auenheim	681	199	29,2
Bergheim-Mitte	5.980	1.043	17,4
Büsdorf	1.377	49	3,6
Fliesteden	1.779	61	3,4
Glesch	1.930	128	6,6
Glessen	5.427	309	5,7
Kenten	7.671	1.326	17,3
Oberaußem	5.308	410	7,7
Niederaußem	5.697	740	13,0
Paffendorf	1.304	90	6,9
Quadrath-Ichendorf	14.554	2.189	15,0
Rheidt-Hüchelhoven	2.019	305	15,1
Thorr	2.282	205	9,0
Zieverich	4.110	827	20,1
Insgesamt	63.023	8.414	13,4

Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Wahlen und Statistik

Betrachtet man nur die in die Untersuchung einbezogenen Stadtteile, ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 6): Die nichtdeutsche Bevölkerung kommt in diesen Stadtteilen zu weit mehr als 50 Prozent lediglich aus nur sechs Herkunftsländern, obwohl hier Menschen aus bis zu 80 verschiedenen Ländern wohnen. Hinzu kommt, dass diese Länder zumeist auch Vielvölkerstaaten sind und die verschiedenen Völker in den Herkunftsländern oft über eigene kulturelle Traditionen verfügen.

**Tab. 6: Die größten Gruppen nichtdeutscher Bevölkerung
in ausgewählten Stadtteilen**

Die größten Gruppen nichtdeutscher Bevölkerung in Ahe, Auenheim, Quadrath-Ichendorf, Kenten und Zieverich (Stand 31.12.2007)		
Stadtteile / Herkunftsland	Absolut	Anteile*
AHE	abs.	%
Türkei	135	25,7
Marokko	128	24,4
Polen	60	11,4
Italien	21	4,0
Serbien-Montenegro	17	3,2
Gesamt	361	68,8
AUENHEIM	abs.	%
Türkei	183	92,0
QUADRATH-ICHENDORF	abs.	%
Türkei	905	41,3
Italien	258	11,8
Serbien-Montenegro	154	7,0
Marokko	149	6,8
Polen	97	4,4
Gesamt	1.563	71,4
KENTEN	abs.	%
Türkei	279	21,0
Marokko	170	12,8
Polen	161	12,1
Italien	82	6,2
Serbien-Montenegro	75	5,7
Gesamt	767	57,8
ZIEVERICH	abs.	%
Polen	160	19,3
Marokko	152	18,4
Türkei	74	8,9
Italien	55	6,7
Irak	38	4,6
Kongo, Dem.	38	4,6
Gesamt	517	62,5

*an allen Nichtdeutschen

Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

In fast allen Stadtteilen bilden Türken die größte und Marokkaner die zweitgrößte Gruppe unter der nichtdeutschen Bevölkerung. Die drittgrößte Gruppe kommt aus dem EU-Land Polen. Erst an vierter Stelle folgen Italiener. Die Rangfolge

nach Herkunftsländern entspricht in den vier Stadtteilen im Großen und Ganzen der im gesamten Stadtgebiet, dennoch gibt es einige erhebliche Unterschiede, die hervorgehoben werden müssen:

In den Stadtteilen Quadrath-Ichendorf, Kenten und Bergheim-Mitte leben die meisten ausländischen Bürgerinnen und Bürger (Tabelle 6). In Zieverich bilden Polen die größte Bevölkerungsgruppe. In Kenten, wo sie absolut nur die drittgrößte Gruppe bilden, leben gut ebenso viele Polen wie in Zieverich. Bei ihnen handelt es sich weit überwiegend um Männer. Man kann daher davon ausgehen, dass sie über ihre in Polen lebenden Familien eine starke Bindung an ihr Heimatland haben und möglicherweise nur zeitlich begrenzt hier leben. Die Gruppe der Türken und Marokkaner, aber auch die Gruppe der Italiener, die in Quadrath-Ichendorf immerhin die zweitgrößte Gruppe der nichtdeutschen Wohnbevölkerung bilden, dürfte hingegen auf Dauer in Bergheim ihren Wohnsitz haben. Bemerkenswert ist schließlich, dass in Auenheim die überwiegende Zahl der nichtdeutschen Bevölkerung türkische Staatsbürger sind.

1.5 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung in ausgewählten Stadtteilen

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist auch in den untersuchten Stadtteilen im Durchschnitt jünger als die deutsche. Dabei fällt allerdings auf, dass der Anteil der nichtdeutschen Kinder unter 6 Jahren deutlich niedriger ist als der Anteil der deutschen Kinder dieser Altersgruppe. Der Grund hierfür liegt offensichtlich darin, dass die Einbürgerungen zu einer Verschiebung in der Bevölkerungsstruktur geführt haben, denn die eingebürgerten Familien werden nunmehr der deutschen Bevölkerung zugerechnet, und Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden, falls sie in Deutschland geboren sind, als Deutsche gezählt.

Allein in den Jahren von 2002 bis 2006 haben in Bergheim insgesamt 408 türkische Bürgerinnen und Bürger die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, darunter sind vor allem jüngere Altersgruppen. Deshalb steht die Tatsache, dass von den Grundschulern in den von uns untersuchten Stadtteilen über 50 Prozent einen Migrationshintergrund haben, durchaus nicht im Widerspruch zu dem hier dargestellten Befund.

Tab. 7: Altersstruktur der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung nach Stadtteilen

Ahe, Auenheim, Kenten, Zieverich und Quadrath-Ichendorf am 31.12. 2007 (Angaben in Prozent)										
Altersjahre	Ahe		Auenheim		Kenten		Zieverich		Quadrath-Ich.	
	Deut- sche	Nicht- deut- sche	Deut- sche	Nicht- deut- sche	Deut- sche	Nicht- deut- sche	Deut- sche	Nicht- deut- sche	Deut- sche	Nicht- deut- sche
65 u. älter	12,2	4,3	16,6	12,8	22,8	6,6	15,0	5,1	18,2	7,7
55 – <65	10,6	8,9	8,2	14,3	12,5	9,6	12,8	9,0	14,2	11,4
25 – <55	42,2	50,3	37,5	47,3	38,1	56,7	39,9	54,6	39,9	53,6
18 – <25	10,4	13,0	10,1	9,4	8,5	9,7	8,9	8,9	8,9	9,9
6 – <18	16,1	20,5	17,1	16,3	12,2	13,3	15,5	18,2	13,1	14,8
unter 6	8,6	3,0	10,5	0,0	6,0	4,0	7,9	4,1	5,6	2,5

Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Wahlen und Statistik, eigene Berechnung

2. Arbeitsmarkt

Zur Analyse der Lage der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt Bergheim haben leider nur wenige Daten zur Verfügung gestanden, zudem reichen diese meist nur bis zum Jahre 2007, z.T. sogar nur bis 2006.¹ Die Statistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW wie auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) beinhalten auf der Ebene der Gemeinden zumeist nur die absolute Zahl der Beschäftigten oder die Anzahl der Arbeitslosen. Diese Daten wurden als Zeitreihen ausgewertet. Weiterhin wurden Daten hinzugezogen, die von der Geschäftsstelle Bergheim der Bundesagentur für Arbeit und des Rhein-Erft-Kreises veröffentlicht wurden. Daneben standen noch einzelne Stichtagserhebungen zur Verfügung, die von der Agentur für Arbeit Bergheim und von der Stadt Bergheim zur Verfügung gestellt wurden. Auch wenn die Datengrundlage nicht befriedigend ist, sagen die Daten dennoch etwas über die generelle Tendenz, d.h. über die Benachteiligung der nichtdeutschen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt in der Stadt Bergheim und in der Region aus.

2.1 Beschäftigung

Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten, die in der Stadt Bergheim arbeiten, hat sich von der Rezession der Jahre 1992/93 bis heute noch nicht erholt; sie ist vom 30. Juni 1994 bis zum 30. Juni 2007 um 3.884 oder mehr als 21,5 Prozent auf 14.149 Beschäftigte zurückgegangen. Unter den sozialversiche-

¹ Das betrifft vor allem die Beschäftigtendaten, z.T. aber auch die Daten zur Arbeitslosigkeit.

rungspflichtig Beschäftigten wächst der Anteil der Teilzeitkräfte. Die Teilzeitquote ist vom 30.06.1995 bis zum 30.06.2006 von 9,7 auf 16,1 Prozent gestiegen (Tabelle 8). Ohne die deutliche Zunahme der Teilzeitarbeit wäre die Beschäftigtenzahl weitaus stärker gesunken.

Tab. 8: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt Bergheim

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte* in der Stadt Bergheim 30.06.1995 bis 30.06.2006 nach dem Beschäftigungsumfang							
Beschäftigungsumfang	1995	1999		2003		2006	
	abs.	abs.	1995=100	abs.	1995=100	abs.	1995=100
Vollzeit	15.454	14.065	91	12.835	83,1	11.359	73,5
Teilzeit	1.665	1.815	109	2.113	126,9	2.292	137,7
Insgesamt	17.119	15.883	92,8	14.948	87,3	13.652	79,7
Teilzeitquote / Index	9,7%	11,4%	117,5	14,1%	145,4	16,8%	173,1

*am Arbeitsort

Quelle LDS, NRW, Kommunalprofil der Stadt Bergheim (Stand 06.12.2007)

Die Beschäftigungsstruktur, d.h. Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftszweige, weist einige Besonderheiten auf: Ein Drittel der Beschäftigten war zum 30.6.2006 im sekundären Sektor tätig. Im Vergleich zum Rhein-Erft-Kreis oder zum Land NRW liegen im Bergbau (1.129 / 8,3 Prozent) und in der Energie- und Wasserversorgung (993 / 7,3 Prozent) besondere Beschäftigungsschwerpunkte, während das verarbeitende Gewerbe nur schwach besetzt ist. Im tertiären Sektor ist die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (1.886 / 13,8 Prozent) im Vergleich mit dem Kreis oder dem Land relativ groß, während Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern (1.891 / 13,9 Prozent) eine geringere Beschäftigung aufweist.

In den Jahren von 1995 bis 2004 hat zugleich ein bedeutender Strukturwandel stattgefunden, der sich auch in einem enormen Rückgang an beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen widerspiegelt. Während die Bergheimer Betriebe am 30.06.1995 noch 9.905 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt haben, waren es am 30.06.2004 nur noch 6.484 (-34,5 Prozent).¹

2.2 Geringfügige Beschäftigung

Gestiegen ist hingegen die Zahl der in der Stadt Bergheim arbeitenden geringfügig Beschäftigten. Sie nahm von Ende Juni 2000 bis Ende Juni 2007 um 2.073 auf 4.889 oder um 73,6 Prozent zu. Ähnlich entwickelte sich die Zahl der am

¹ LDS NRW, Stand: 21.01.2008. Diese Daten liegen nur bis 2004 vor, weil Angestellte und Arbeiter ab 2005 gemeinsam in der Deutschen Rentenversicherung versichert sind.

Wohnort Bergheim lebenden geringfügig Beschäftigten. Sie kletterte um 2.354 auf 5.616 oder um 72,2 Prozent. Beide Werte sind in diesem kurzen Zeitraum damit um etwas mehr als den Faktor 1,7 angestiegen.¹

2.3 Ausbildungsplätze

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden ist in der Stadt von 1995 bis 2006 von 771 auf 644 oder um 127 (16,5 Prozent) geschrumpft. Von dem Rückgang sind die von jungen Frauen zu besetzenden Ausbildungsplätze wesentlich stärker betroffen. Sie nahmen um 84 auf 237 oder um 26,2 Prozent ab.²

2.4 Arbeitslosigkeit

Nach einer langen Phase wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik sank auch in Bergheim die Arbeitslosigkeit im Jahre 2001 auf einen relativen Tiefpunkt. In Bergheim verlief die Entwicklung analog zum gesamten Bundesgebiet, auch hier hatte der Arbeitslosenbestand 2001 mit 3, 853 Mio. ein relatives Minimum erreicht.³ Ab 2002 lagen die absoluten Arbeitslosenzahlen dann bereits Monat für Monat über den Zahlen des jeweiligen Vorjahres. Erst ab Oktober 2006 zeichnete sich eine Wende ab, der Arbeitslosenbestand begann abzunehmen. Während des gesamten Jahres 2007 setzt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit fort. Diese Entwicklung hält, soweit gesicherte Daten vorliegen, bis heute (Februar 2008) an.

Tab. 9: Arbeitslosenbestand, Arbeitslosenentwicklung und Arbeitslosenquote

Arbeitslosenbestand, Arbeitslosenentwicklung und Arbeitslosenquote im Rhein-Erft-Kreis und in der Stadt Bergheim, Juni 2001, 2006 und 2007*						
Jahr/ Juni	Arbeitslose im Rhein-Erftkreis			Arbeitslose in der Stadt Bergheim		
	Bestand	2001=100	Arbeitslosen- quote	Bestand	2001=100	Arbeitslosen- quote
2001	14.372	100	7,1	2.494	100	11,0
2006	26.677	186	12,8	5.092	204	22,2
2007	20.787	145	9,9	3.515	141	15,0

* Der Übersichtlichkeit wegen sind nur die jeweiligen Tief- bzw. Hochpunkte der Arbeitslosigkeit angegeben
Quelle: BA, Kreisreport, AA Bergheim

Der Arbeitslosenbestand hat sich im Zeitraum von 2001 bis 2006 in der Stadt Bergheim (plus 104 Indexpunkt) deutlich schneller als im Rhein-Erft-Kreis insge-

¹ BA Nürnberg 2007.

² LDS NRW: Kommunalprofil der Stadt Bergheim 2007: 16.

³ Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 2007.

samt (plus 86 Indexpunkte) entwickelt. Allerdings wurde die Arbeitslosigkeit auch schneller abgebaut (minus 63 zu minus 41 Indexpunkte). Dennoch lag die Arbeitslosenquote im Jahre 2007 in Bergheim noch immer erheblich (5,1 Prozentpunkte) über der im Kreis.

Informationen zur *Struktur der Arbeitslosigkeit* in Bergheim liefern die Daten der Geschäftsstelle Bergheim der Agentur für Arbeit.¹ In ihrem Bereich waren im Juni 2007 mehr Männer (53,4 Prozent) als Frauen (45,7 Prozent) unter den Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote der Männer lag mit 11,6 Prozent² leicht über und die Quote der Frauen mit 11,4 Prozent leicht unter der allgemeinen Arbeitslosenquote von 11,5 Prozent. Weit mehr als ein Viertel (27,9 Prozent) der arbeitslos gemeldeten Personen war älter als 50 Jahre, drei Fünftel zählen zu den Langzeitarbeitslosen. Die Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahre erreichte einen Wert von 10,3 Prozent. Noch im Juni 2006 lag ihre Arbeitslosenquote bei 16,9 Prozent und somit 1,6 Prozentpunkte über der allgemeinen Arbeitslosenquote von damals 15,3 Prozent. Offenbar haben die Maßnahmen der BA und der ARGE gegriffen, die sich verstärkt an diese Gruppe wenden.

Verglichen mit der Situation in Westdeutschland insgesamt stellt sich die Situation im Rhein-Erft-Kreis deutlich schlechter dar: Sowohl die allgemeine Arbeitslosenquote (7,5 Prozent) als auch die Arbeitslosenquote Jugendlicher (5,8 Prozent) sowie der Anteil Älterer über 50 Jahre an der Arbeitslosigkeit (24,5 Prozent) ist in Westdeutschland insgesamt deutlich günstiger als im Rhein-Erft-Kreis.³

2.5 Beschäftigungssituation von Ausländern

Für Ende Juni 2007 ermittelte das Statistische Landesamt NRW für Bergheim 1.214 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer (Tabelle 19).⁴ Es handelt sich dabei um zu diesem Zeitpunkt am Arbeitsort besetzte Arbeitsplätze. Diese Zahl sagt jedoch nichts darüber aus, wie lange, wie häufig oder mit wie vielen Arbeitskräften ein Arbeitsplatz z.B. im Laufe eines Jahres besetzt worden ist. Außerdem sagt sie nichts über den Beschäftigungsumfang aus, d.h. ob es sich um Vollzeit- oder Teilzeitarbeitsverhältnisse handelt. Geht man davon aus, dass die nichtdeutsche Bevölkerung im gleichen Umfang wie die Gesamtbevölkerung verkürzt arbeitet, dürften rechnerisch ca. 204 der 1.214 Arbeitsplätze Teil-

¹ Die Gemeindegrenzen der Stadt Bergheim decken sich nicht mit den Grenzen der Geschäftsstelle Bergheim der Agentur für Arbeit. Zur Geschäftsstelle gehören auch Bedburg, Kerpen und die Gemeinde Elsdorf. Die Arbeitslosenzahlen im Bereich der Geschäftsstelle Bergheim sind daher erheblich höher.

² Die Arbeitslosenquoten errechnen sich auf der Grundlage von abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

³ BA, Arbeitsmarkt in Zahlen – Aktuelle Daten, Berichtsmonat Dezember 2007, Tabelle 2.

⁴ Die Junizahlen werden üblicherweise zugrunde gelegt, um saisonale Einflüsse auszuschließen.

zeitarbeitsplätze gewesen sein.¹ Da ca. 27 Prozent oder 325 der beschäftigten nichtdeutschen Bevölkerung zum Ende Juni 2007 weiblich waren, ist anzunehmen, dass wenigstens 119 von ihnen in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis standen.²

Die Beschäftigungstendenz von Ausländern insgesamt ist entsprechend der gesamten Entwicklung von 1999 bis 2007 negativ. In diesem Zeitraum wurden 215 oder 15 Prozent der Arbeitsplätze, die mit Ausländern besetzt waren, abgebaut. Der Arbeitsplatzverlust traf die ausländischen Arbeitskräfte stärker als die Arbeitskräfte insgesamt (10,9 Prozent), und sie traf die ausländischen Männer (22,1 Prozent) deutlicher als die Männer insgesamt (17 Prozent). Die Zahl der beschäftigten Frauen ist in diesem Zeitraum hingegen relativ stabil geblieben.

Tab. 10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bergheim nach Geschlecht und Nationalität

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bergheim nach Geschlecht und Nationalität 1990 bis 2007 *									
jeweils am 30.6.	Beschäftigte								
	Insg.	darunter		Ausländer			Anteile in Prozent		
		Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen
2007	14.149	8.503	5.646	1.214	889	325	8,6	10,5	5,8
2006	13.652	8.180	5.472	1.160	858	282	8,5	10,5	5,2
2005	13.893	8.315	5.578	1.129	842	287	8,1	10,1	5,1
2004	14.112	8.481	5.631	1.197	887	310	8,5	10,5	5,5
2003	14.950	9.150	5.800	1.247	929	318	8,3	10,2	5,5
2002	15.349	9.478	5.871	1.321	986	335	8,6	10,4	5,7
2001	14.972	9.281	5.691	1.275	972	303	8,5	10,5	5,3
2000	15.392	9.788	5.604	1.338	1.037	301	8,7	10,6	5,4
1999	15.883	10.234	5.649	1.429	1.140	289	9,0	11,1	5,1

* Beschäftigte am Arbeitsort

Quelle: LDS NRW, 2008, eigene Berechnung

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist in wesentlich geringerem Maße am Arbeitsort in Beschäftigung integriert als die deutsche Bevölkerung. Für das Jahr 2007 gilt:

¹ Berechnet aufgrund der Daten vom Juni 2006. Die Teilzeitquote betrug damals 16,8 Prozent. Angenommen wurde, dass sich diese Quote 2007 nicht erhöht hat, was allerdings sehr optimistisch ist, da die Teilzeitquote in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist.

² Die Teilzeitquote für Frauen betrug in Bergheim Ende Juni 2006 gut 36,5 Prozent.

Obwohl die Nichtdeutschen einen Anteil von 13,4 Prozent¹ an der Gesamtbevölkerung hatten (Tabelle 3), betrug ihr Beschäftigtenanteil lediglich 8,6 Prozent.² Noch deutlicher wird die geringe Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, wenn lediglich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65 Jahre) einbezogen wird.

Tab. 11: Nichtdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Bergheim

Nichtdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Bergheim*, ihr Anteil an der Bevölkerungsgruppe und an den Beschäftigten am Arbeitsort** 2007			
Ausländische Bevölkerung	Insgesamt	Männer	Frauen
Im Alter von 18 bis 65 Jahren	6.512	3.796	2.716
Anteile an dieser Altersgruppe in Bergheim	16,1%	18,4%	13,7%
Anteil an den Beschäftigten am Arbeitsort	8,6%	10,5%	5,8%

*31.12.2007; ** 30.06.2007

Quelle: Stadt Bergheim, Amt für Wahlen und Statistik; LDS NRW, Kommunalprofil der Stadt Bergheim (Stand: 6.12.2007); eigene Berechnung

Die amtliche Statistik weist die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Ort, an dem sie wohnen (Beschäftigte am Wohnort), z.T. auch nach Nationalitäten aus. Diese Zahlen spiegeln deutlicher die Beschäftigungssituation der nichtdeutschen Bevölkerung wider. Am 30. Juni 2007 betrug die Zahl der Beschäftigten am Wohnort Bergheim 18.845, sie lag damit um 33,2 Prozent über der am Arbeitsort.

Ein erheblicher Teil der nichtdeutschen Bevölkerung findet offensichtlich einen Arbeitsplatz außerhalb von Bergheim. Die Zahl der beschäftigten Nichtdeutschen am Wohnort übertraf Ende Juni 2007 die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort um 667 oder um 54,9 Prozent (Tabelle 12). Ein weiterer Teil von ihnen dürfte darüber hinaus in oder außerhalb von Bergheim *geringfügig beschäftigt* sein. Am 30. Juni 2007 befanden sich am Wohnort Bergheim 727 Nichtdeutsche in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Das waren 28,9 Prozent aller abhängig beschäftigten ausländischen Erwerbstätigen.³ Von den deutschen Beschäftigten am Wohnort gingen 4.889 oder 20,6 Prozent einer geringfügigen Beschäftigung nach. Ein großer Teil der geringfügig beschäftigten Nichtdeutschen (27,8 Prozent) und Deutschen (26,2 Prozent) hat diese Tätigkeit als Nebenjob, d.h. parallel zur normalen Beschäftigung ausgeübt (BA 2008).

Ein weiteres wichtiges Merkmal der ausländischen Beschäftigten ist, dass sie im Durchschnitt nur über eine geringere formale Qualifikation verfügen. Lediglich 34

¹ 31.12.2007.

² 31.06.2007.

³ Hier: Beschäftigte plus geringfügig Beschäftigte.

Prozent der Ausländer haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, während es bei den Deutschen 58 Prozent sind. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen liegen die entsprechenden Werte noch dichter beieinander (Tabelle 12). Das könnte damit zusammenhängen, dass viele Jugendliche erst mit 20 Jahren eine Ausbildung beginnen und die Differenzierung erst in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren hervortritt.

Tab. 12: Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort - nach Alter, Nationalität und Berufsausbildung

Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Bergheim nach Alter, Nationalität und Berufsausbildung				
Staatsangehörigkeit/ Qualifikation	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			
	30.06.2007		30.06.2006	
	Insgesamt	unter 25 Jahre	Insgesamt	unter 25 Jahre
Deutsche				
Insgesamt	16.959	2.034	16.615	1.925
mit Berufsausbildung in %	58,0	47,5	59,2	34,8
ohne Berufsausbildung in %	16,2	44,1	16,4	45,5
Fachhoch- und Hochschulausbildung in %	7,6	2,3	7,5	2,5
Keine Zuordnung möglich in %	18,2	19,3	16,9	17,2
Nichtdeutsche				
Insgesamt	1.881	214	1.768	213
mit Berufsausbildung in %	32,4	28,5	33,1	32,4
ohne Berufsausbildung in %	35,2	44,9	36,6	43,7
Fachhoch- und Hochschulausbildung in %	2,3	1,4	2,9	2,8
Keine Zuordnung möglich in %	30,0	25,2	27,3	21,1

Quelle: Informationsangebot der Statistik der BA, Stand: 05.02.2008

Ein großer Teil der ausländischen Arbeitskräfte dürfte in Fertigungsberufen tätig sein. Zwar liegen uns zu ihrer beruflichen Gliederung nur Daten für den Rhein-Erft-Kreis vor, doch sind diese Daten wegen der Größe der Stadt und der gemeinsamen Nähe der Gemeinden des Kreises zu Köln ein starker Indikator auch für Bergheim. Ende Juni 1992 übten noch knapp 61 Prozent einen Fertigungsberuf aus, bis Ende Juni 2006 sank dieser Anteil auf 39 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Ausländer in diesen Berufen schrumpfte im Verlauf dieses Zeitraums

um 1.791 (28,7 Prozent) auf 4.459. Von den deutschen Arbeitskräften waren 2006 sogar nur noch 26,5 Prozent in Fertigungsberufen tätig.¹

Schließlich sind zum 30.06.2004 mehr als drei Viertel (77,4 Prozent) der ausländischen Beschäftigten am Arbeitsort Bergheim nach ihrer Stellung im Beruf Arbeiter. Am 30.06.1999 waren es noch mehr als vier Fünftel (81,4 Prozent). Der gesunkene Anteil ist nicht auf eine vermehrte Beschäftigung in Angestelltenberufen zurückzuführen, denn diese ist mit 270 nur leicht (+9) angestiegen. Vielmehr ist der Rückgang einem Abbau von Arbeiterarbeitsplätzen um 241 auf 927 oder 20,6 Prozent geschuldet (LDS NRW).

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Wie im bundesweiten Trend auch hat die nichtdeutsche Bevölkerung im Vergleich zur deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch auf dem Arbeitsmarkt Bergheim und in den angrenzenden Regionen deutlich schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies erklärt auch, warum die Arbeitslosigkeit unter dieser Bevölkerungsgruppe wesentlich höher ist als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

2.6 Ethnische Ökonomie

Im Demographischen Gutachten für die Stadt Bergheim wird betont, dass die gewerbliche und dienstleistungsbezogene Entwicklung in Verbindung mit einem attraktiven und ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen einer der wichtigsten Maßstäbe für die kommunale Prosperität sei und dieses Handlungsfeld im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine zentrale strukturpolitische Bedeutung habe (Demographisches Gutachten, Formulierung von Zielen, 2007: 23f.). Außerdem sei eine attraktive Einzelhandelslandschaft sowie ein gutes Angebot an sozialen und gesundheitsorientierten Dienstleistungen als positiver Standortfaktor ein allgemeines Attraktivitätsmerkmal und – insbesondere in der Nahversorgung – zwingende Voraussetzung dafür, dass die wohnungsnah Grundversorgung gerade für die zunehmende Zahl alter und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen gewährleistet ist. Dies sei ein essentieller Bestandteil des selbst bestimmten Lebens (ebd.: 25).

Umso überraschender ist, dass sich hier keine Aussagen zur ethnischen Ökonomie finden, die in der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion durchaus als Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab angesehen wird. Wie die Untersuchung von Schuleri-Hartje/Floeting/Reimann (2005) feststellt, sichern in der lokalen Ökonomie ethnische Gewerbebetriebe zunehmend die ortsnahe Versorgung der Quartiersbevölkerung. Darüber hinaus können sie mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern und der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu einer Stabilisie-

¹ LDS NRW, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 30. Juni 1992 und 30. Juni 2006.

rung von Stadtteilen beitragen. Zugleich wird ihnen eine große Bedeutung für die Orientierung von Neuankömmlingen sowie für die Integration der zugewanderten Bevölkerung insgesamt zugeschrieben. Und auch eine vom Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim (ifm) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die ethnische Ökonomie in Deutschland einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt, deren Bedeutung noch zunehmen dürfte. Es wird ein dringender Handlungsbedarf auf unterschiedlichen Ebenen gesehen. Unbestritten sei, dass das Gründungspotenzial unter Migranten besser ausgeschöpft werden müsse und ihnen der Weg in die Selbständigkeit erleichtert werden muss (Leicht u.a. 2005).

Wie auf diesem Feld der Stand der Entwicklung in Bergheim ist, kann hier nicht beurteilt werden, da uns hierfür leider keine Daten zur Verfügung gestanden haben.

2.7 Arbeitslosigkeit von Ausländern

Der jahresdurchschnittliche Bestand an registrierten ausländischen Arbeitslosen hat in etwa den gleichen Verlauf genommen wie bei der Gesamtarbeitslosigkeit. In den Jahren 2001 bzw. 2002 erreichte die Arbeitslosigkeit einen Tiefpunkt. Mit der Rezession 2002/2003 stieg auch die Ausländerarbeitslosigkeit rapide an, und zwar von 2001 bis 2006 um 122 Prozent, d.h. deutlich stärker als die Gesamtarbeitslosigkeit (+92 Prozent). Bei den ausländischen Frauen betrug der Anstieg sogar 286 Prozent. Mit dem 2006 einsetzenden Konjunkturaufschwung sank auch die Arbeitslosigkeit von Ausländern, allerdings wiederum langsamer als die Gesamtarbeitslosigkeit (Tabelle 13).

Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit nahm auch der Anteil der ausländischen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen zu, im Durchschnitt des Jahres 2007 auf nahezu 24 Prozent. Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 16,4 Prozent sind Ausländer deutlich überproportional unter den Arbeitslosen vertreten. Zugleich sind Frauen wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. In Bergheim kamen im Jahr 2007 auf 1.000 ausländische Männer im erwerbsfähigen Alter¹ 124 Arbeitslose und auf 1.000 ausländische Frauen 145 Arbeitslose. Bei der deutschen Bevölkerung betragen die entsprechenden Werte für Männer 113 und für Frauen 93.

Das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit lässt sich durch die genannten Zahlen nur grob abschätzen. Eine präzisere Auskunft gäbe die spezifische Arbeitslo-

¹ Bei den Arbeitslosen wurde der Jahresdurchschnitt von 2007 für die Berechnung zugrunde gelegt, während die Bevölkerung zum Stichtag 31.12.2007 erhoben wurde. Das bedeutet, bei diesen Zahlen handelt es sich um Hilfwerte, die das Ausmaß der Arbeitslosigkeit deutlich machen sollen.

senquote für Ausländerinnen und Ausländer, da diese auf Basis aller abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen berechnet wird. Da die spezifische Arbeitslosenquote von Ausländern für die Stadt Bergheim nicht vorliegt, muss auch hier auf die Daten der Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit Bergheim zurückgegriffen werden.¹

Tab. 13: Arbeitslose in der Stadt Bergheim nach Nationalität und Geschlecht

Arbeitslose in der Stadt Bergheim nach Nationalität und Geschlecht in den Jahren 1998 bis 2007 (Jahreszahlen)									
Jahre	Bestand an Arbeitslosen			darunter					
	Insgesamt			Ausländer			Anteile an allen Arbeitslosen in Prozent		
	Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen	Insg.	Männer	Frauen
2007	3.618	1.934	1.684	866	471	395	23,9	24,4	23,5
2006	4.797	2.632	2.165	1.088	621	467	22,7	23,6	21,6
2005	4.366	2.543	1.823	979	639	340	22,4	25,1	18,7
2004	3.205	2.133	1.072	688	532	156	21,5	24,9	14,6
2003	3.081	2.028	1.053	605	451	154	19,6	22,2	14,6
2002	2.615	1.720	895	479	355	124	18,3	20,6	13,9
2001	2.497	1.628	869	490	369	121	19,6	22,7	13,9
2000	2.500	1.587	913	517	391	126	20,7	24,6	13,8
1999	2.590	1.626	964	560	417	143	21,6	25,6	14,8
1998	2.568	1.640	928	576	438	138	22,4	26,7	14,9

Quelle: BA, Gemeindestatistik, eigene Berechnung

Die spezifische Arbeitslosenquote von Ausländern hat in Bergheim in den letzten drei Jahren nie unter 20 Prozent gelegen (Tabelle 14). Im Jahr 2006 hat sie sogar die 30-Prozent-Marke überschritten. Im Dezember 2007 lag die spezifische Arbeitslosenquote von Ausländern insgesamt um mehr als zwölf Prozentpunkte über der allgemeinen Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent.

¹ Wie bereits erwähnt, sind die Zahlen der Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit insgesamt erheblich höher, da sie ein größeres Gebiet als die Stadt Bergheim umfassen.

Tab. 14: Gemeldete ausländische Arbeitslose nach Bestand und Arbeitslosenquote bei der Dienststelle Bergheim

Gemeldete ausländische Arbeitslose nach Bestand und Arbeitslosenquote in der Dienststelle Bergheim der Agentur für Arbeit jeweils September 2005 bis September 2007		
jeweils September	Ausländische Arbeitslose	
	Bestand an Arbeitslosen	Arbeitslosenquote
2005	2.085	29,3
2006	2.138	28,6
2007	1.746	22,2

Quelle: Arbeitsmarktreport 2006 und 2007 der Arbeitsagentur Brühl

Die hier angeführten Daten belegen sowohl hinsichtlich des Arbeitslosenbestandes als auch hinsichtlich der Arbeitslosenquote, dass Ausländer stärker als Deutsche von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Auch dann, wenn sie als Leistungsbezieher unter den Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III (SGB) fallen, ist Arbeitslosigkeit für sie und ihre Familien mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden. Die wenigen Daten, die uns zur Verfügung stehen und Auskunft geben über die Verteilung auf die unterschiedlichen Rechtskreise, zeigen, dass die große Mehrheit (82 Prozent) der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Eingebürgerte) unter den Rechtskreis des SGB II fallen.¹

Tab. 15: Deutsche und ausländische Arbeitslose nach Rechtskreisen (Oktober 2007)

Deutsche und ausländische Arbeitslose nach Rechtskreisen Oktober 2007, in Prozent		
Nationalität	SGB III	SGB II
Deutsche	32,3	67,7
Ausländer	18,3	81,7

Quelle: BA, Monatsbericht Oktober 2007

Über Umfang und Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit unter der ausländischen Bevölkerung liegen ebenfalls nur wenige Daten vor. Von den 294 jugendlichen Arbeitslosen, die im Januar 2008 im Bestand der Arbeitslosen in der Stadt Bergheim geführt wurden, hatten 61 oder 20,7 Prozent einen Migrationshintergrund. Im Januar 2007 waren es noch 27,7 Prozent. Gut 70 Prozent von ihnen gehörten im Jahr 2008 zum Rechtskreis des SGB II.²

¹ Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenbestand Stadt Bergheim, Januar 2008. Bei dieser Quelle handelt es sich um einzelne Blätter, die uns von der Geschäftsstelle Brühl zur Verfügung gestellt wurden.

² Ebd.

2.8 Teilnahme von Migranten an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Bereits mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1994 wurde die Vermittlungsorientierung in den Vordergrund gerückt. Durch die Einführung von SGB II und SGB III wurde diese Orientierung noch verstärkt. Dies bedeutet weiterhin, dass die arbeitsmarktpolitischen Instrumente so gestaltet wurden, dass sie der Integration in Arbeit, insbesondere der Integration in Erwerbsarbeit dienen sollten bzw. konnten.

Die Daten in Tabelle 16 legen nahe¹, dass Migranten² und Ausländer, obwohl sie einen Anteil an der Arbeitslosigkeit von rd. 30 bzw. 24 Prozent haben, in geringerem Maße in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbezogen sind. Unter den Arbeitslosen des Rechtskreises des SGB II sind sogar fast 36 Prozent Migranten. Aber auch sie sind nicht proportional an den Aktivitäten der aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligt.

Tab. 16: Anteile von Arbeitslosen mit Migrationshintergrund an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Anteile von Arbeitslosen mit Migrationshintergrund an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Stadt Bergheim im Oktober 2007			
Maßnahmeart	Gesamt	SGB III	SGB II
Anteil von Ausländern an allen Arbeitslosen *	24,1	11,8	28,7
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen insgesamt **	19,6	12,7	25,8
A Chancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt verbessern	23,6	13,1	31,3
B Beschäftigung begleitende Maßnahmen	15,5	15,1	17,1
C Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung	10,7	9,4	20,0
D Beschäftigung schaffende Maßnahmen	24,3	-	24,3
E Freie Förderung	-	-	-
F Sonstige Förderung	10,0	-	10,0

* Hierin sind lediglich die arbeitslosen Ausländer, nicht aber z.B. eingebürgerte Ausländer enthalten, da der Migrantenstatus nicht erfragt werden darf. Dies ist lediglich bei Eintritt in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Fall. Aus diesem Grund müsste der Anteil von allen Migranten an den Arbeitslosen (Ausländer plus Personen mit Migrationshintergrund) höher sein.

** Hier handelt es sich um alle Arbeitslosen mit Migrationshintergrund.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Berichtsmonat Oktober 2007

¹ Wir sprechen davon, dass die Daten diese Überlegungen „nahe legen“, weil die Erhebungsstichtage von Arbeitslosigkeit und Maßnahmebeteiligung nicht übereinstimmen.

² Die Bundesagentur für Arbeit unterscheidet zwischen Migranten und Ausländern. Letztere bilden eine Teilmenge der Migranten. Die Gruppe der Ausländer ist daher kleiner. Nicht in jedem Fall liegen uns Statistiken vor, die beide Gruppen getrennt ausweisen, dies war nur bei den Daten in Tabelle 15 der Fall.

Bei den unter 25-jährigen Teilnehmern sind Migranten ebenfalls nicht gemäß ihrem Anteil an den Arbeitslosen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbezogen. Lediglich ein Zehntel von ihnen hat an der Maßnahmeart „Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung“ teilgenommen, obwohl sie im Januar 2008 mehr als ein Fünftel der jüngeren Arbeitslosen gestellt haben.

3. Bildungsbeteiligung

3.1 Schulbesuch

Der erreichte Schulabschluss ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung, um in das duale Ausbildungssystem oder auch später in Berufstätigkeit integriert zu werden. Wie die PISA-Studien gezeigt haben, ist die Einmündungswahrscheinlichkeit in Ausbildung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund selbst bei einem guten Schulabschluss deutlich geringer als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Anteil von ausländischen Schülern an den Hauptschulen und Förderschulen überproportional hoch, dagegen sind die ausländischen Jugendlichen an den Gymnasien, aber auch an der Gesamtschule deutlich unterrepräsentiert.

Tab. 17: Schüler an allgemein bildenden Schulen in der Stadt Bergheim

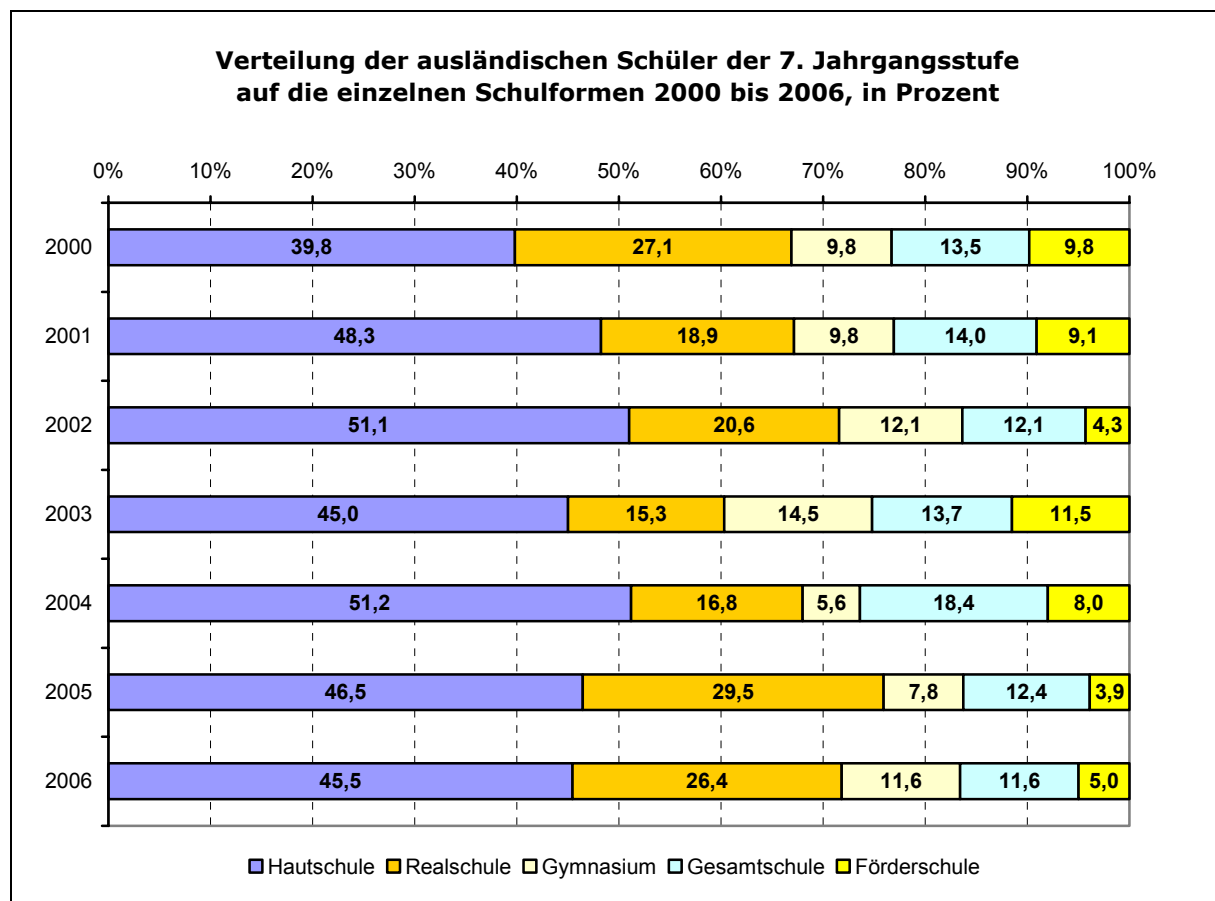
Schüler an allgemein bildenden Schulen in der Stadt Bergheim nach Nationalität Schuljahr 2006/2007							
Merkmal	Insgesamt	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule	Förderschule
Schulen	22	12	2	2	2	1	3
Schüler	8.146	2.665	955	1.108	1.977	1.059	382
Davon Ausländer	abs. 1.258	463	323	134	129	118	91
	in % 15,4	17,4	33,8	12,1	6,5	11,1	23,8

Quelle: LDS NRW, Landesdatenbank, Schulstatistik, Stand: 20.03.2008, eigene Berechnung

Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die siebte Klassenstufe betrachtet, das ist die Jahrgangsstufe, in der die weiteren Bildungsentscheidungen in der Regel gefallen sind. Im Schuljahr 2006/2007 betrug der Anteil von ausländischen Jugendlichen in der Hauptschule knapp 36 Prozent und in der Förderschule 32 Prozent, während ihr Anteil im Gymnasium lediglich sechs Prozent und in der Gesamtschule knapp zehn Prozent betrug. Lediglich in der Realschule sind ausländische Jugendliche mit einem Anteil von insgesamt knapp 17 Prozent entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten.

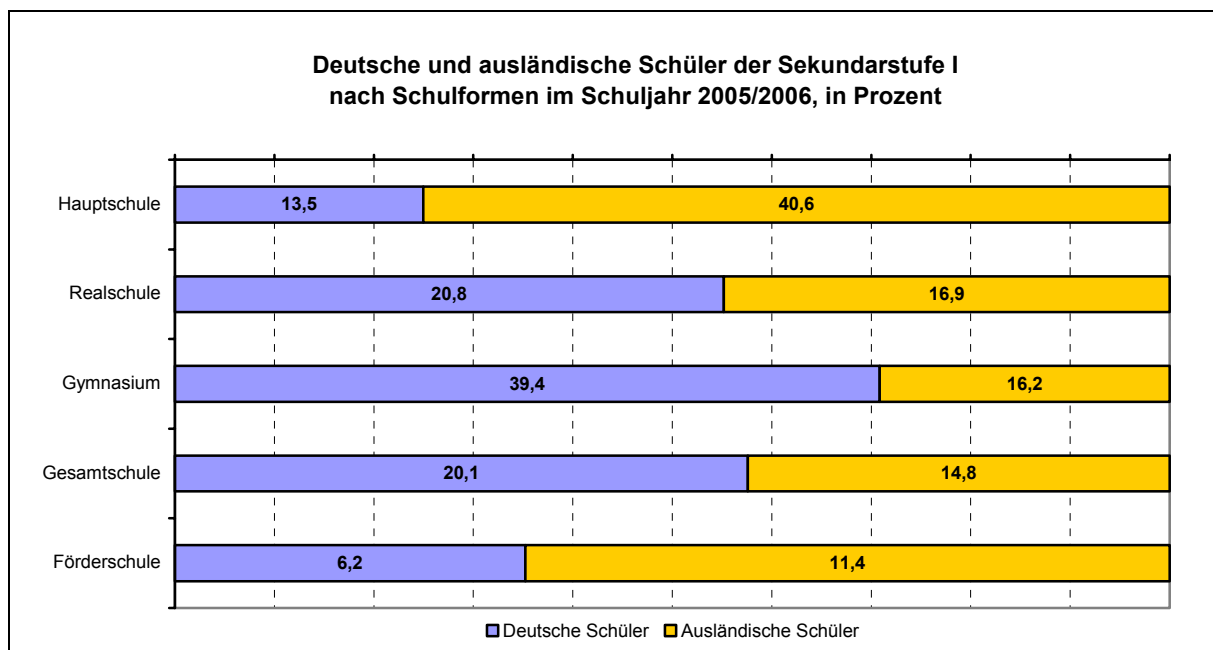
Wie die folgende Abbildung zeigt, geht derzeit lediglich etwa die Hälfte aller ausländischen Schüler auf weiterführende Schulen (Realschule, Gesamtschule oder Gymnasium), die andere Hälfte geht auf die Hauptschule (46 Prozent) oder die Förderschule (5 Prozent).

Abb. 5: Verteilung der ausländischen Schüler der 7. Jahrgangsstufe auf die einzelnen Schulformen



Quelle: LDS NRW, Landesdatenbank, Schulstatistik, Stand: 20.03.2008, eigene Berechnung

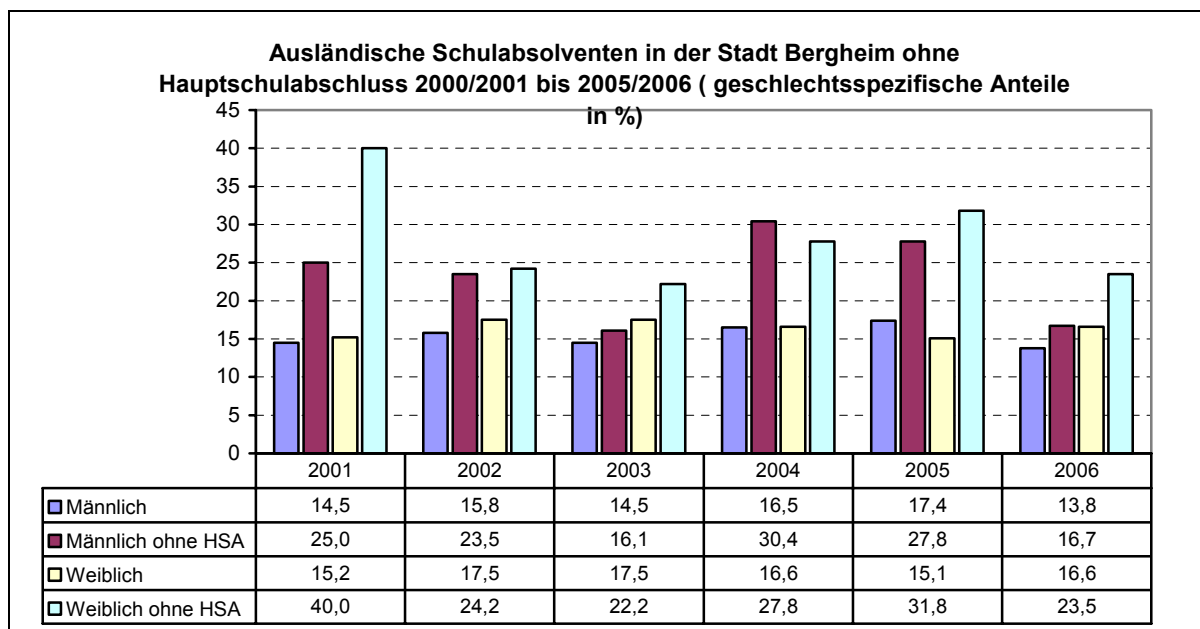
Auch wenn sich ausländische Eltern in den letzten Jahren bemüht haben, ihre Kinder in höhere Schulformen zu schicken, weist die Verteilung der ausländischen Schüler auf die einzelnen Schulformen doch eine beachtliche Stabilität auf (Abbildung. 5). Während für die ausländischen Schüler die Hauptschule die am häufigsten besuchte Schulform ist, ist es für die deutschen Schüler das Gymnasium. Am geringsten ausgeprägt sind die Unterschiede bei der Realschule (Abbildung 6).

Abb. 6: Deutsche und ausländische Schüler der Sekundarstufe I nach Schulformen


Quelle: LDS NRW, Landesdatenbank, Schulstatistik, Stand: 20.03.2008, eigene Berechnung

3.2 Schulabschlüsse

Von den 122 ausländischen Absolventen des allgemein bildenden Schulsystems in der Stadt Bergheim¹ hatten 60 einen Hauptschulabschluss, davon 54 (30,7 Prozent)² nach Klasse 10.

Abb. 7: Ausländische Schulabsolventen in der Stadt Bergheim


Quelle: LDS NRW, Landesdatenbank, Schulstatistik, Stand: 21.03.2008, eigene Berechnung

¹ LDS NRW, Landesdatenbank, Statistik der allgemein bildenden Schulen, Stand: 21.03.2008, eigene Berechnungen.

² Der Wert in Klammern gibt den Anteil an allen Absolventen (Ausländer und Deutsche) des Schuljahres 2005/06 in der Stadt Bergheim an.

Weiterhin hatten 21 Jugendliche (13,5%) die Fachoberschulreife und weitere 13 (8,4%) die Fachoberschulreife mit Qualifikation erworben. Schließlich verließen vier Jugendliche (9,3%) die Schule mit Fachhochschulreife und 16 (7,6%) mit allgemeiner Hochschulreife. Nur acht Jugendliche (6,6%) haben die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Dennoch ist zu beobachten: Je höherwertiger der Abschluss, umso geringer ist der Anteil der ausländischen Schüler.

Obwohl die absoluten Zahlen der ausländischen Schüler ohne Abschluss gering erscheinen, liegt ihr jeweiliger Anteil deutlich über dem Anteil der ausländischen Absolventen an allen Schulentlassenen. Auffällig ist, dass auch im Schuljahr 2005/2006 der Anteil der Mädchen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, relativ hoch gewesen ist (Abbildung 6).

Insgesamt kann man feststellen, dass Kinder ausländischer Eltern nicht allein hinsichtlich ihrer Verteilung auf die verschiedenen Schulformen, sondern auch hinsichtlich der von ihnen erreichten Schulabschlüsse deutlich benachteiligt sind. Dies ist umso gravierender, als die Fachoberschulreife inzwischen als Mindeststandard für den Eintritt in eine Berufsausbildung im dualen System gilt (vgl. Ulrich 2006: 21-36).

4. Fazit

Als sich die Bundesregierung Mitte der 1950er Jahre dazu entschloss, ausländische Arbeitskräfte – zunächst Italiener – für die deutsche Wirtschaft anzuwerben, war dieser Schritt nur als kurzfristige, vorübergehende Maßnahme gedacht, um den Spitzenbedarf an Arbeitskräften zu decken. Das erwies sich, wie wir heute wissen, als Trugschluss. Im Laufe der Jahre nahm nicht allein die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, sondern auch deren Aufenthaltsdauer zu. 1981 lebten drei Fünftel von ihnen bereits länger als acht und knapp die Hälfte länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik. Bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als zehn Jahren kann man nicht mehr davon sprechen, dass es sich lediglich um einen befristeten Vorgang und nicht um Einwanderung handele. Die „Gastarbeiter“ wurden vielmehr zu Einwanderern, die von provisorischen Unterkünften in abgeschlossene Wohnungen zogen und ihre Familien in die Bundesrepublik nachholten.

Die zunehmende Einwanderung war mit vier Problemkomplexen verbunden, von denen Bergheim nicht ausgenommen ist. Im Gegenteil, da in und um Bergheim, d.h. in der Wirtschaftsregion Köln, Industrien ihren Standort hatten und haben, die vor allem billige, nicht aber unbedingt qualifizierte Arbeitskräfte benötigten, sind hier diese Probleme sogar noch stärker ausgeprägt als in anderen Regionen der Bundesrepublik.

Die statistische Analyse belegt, wie und in welchem Maße diese vier Problemkomplexe die Entwicklung der Stadt Bergheim über Jahre geprägt haben:

1. *Wohnsituation*. Die Zahl der nichtdeutschen Wohnbevölkerung steigt über Jahre an. Viele der Migranten haben einen deutschen Pass. Sie leben auf Dauer mit ihren Familien in Bergheim. Man kann auch sagen, sie sind hier integriert. Dieser Prozess ist nicht mehr umkehrbar. Es gab Verschiebungen auf dem Wohnungsmarkt. Manche Stadtteile, insbesondere manche Wohnquartiere, haben sich zu „Ausländervierteln“ entwickelt. Es kommt in Bergheim, insbesondere in diesen Stadtteilen, zu einer sozialen Umschichtung der Bevölkerung.
2. *Arbeit und Arbeitsmarkt*. Die ausländischen Arbeitskräfte kommen überwiegend als ungelernte Arbeiter, nur ein geringer Teil als Facharbeiter. Dies ist über viele Jahre hinweg ein konstanter Prozess. Mit den Rezessionen, zunächst in den 1970er und 1980er Jahren, werden die besonderen Folgen der geringen Qualifikation dieser Beschäftigtengruppe sichtbar. In Bergheim nimmt die Zahl der arbeitslosen Ausländer tendenziell zu. Da sie, wie schon früh erkennbar, nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sind viele von ihnen inzwischen auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen.
3. *Familiennachzug* und „zweite Generation“. Die Situation für Kinder und Jugendliche ist besonders schwierig. Ihre Ausbildungsbeteiligung ist gering. Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist gemessen an ihrem Anteil an der ausländischen Bevölkerung überproportional hoch. Nicht anders verhält es sich mit den Schulabschlüssen. Nahezu die Hälfte hat lediglich einen Hauptschulabschluss, der heute keine gute „Eintrittskarte“ für die betriebliche Berufsausbildung mehr ist. Die Hauptschule ist darüber hinaus zu *der* Schule für Migrationskinder geworden.
4. Verhältnis von *Ausländern* zu *Deutschen*. Die Ängste und die Ablehnung, die bei den Einheimischen durch die Umschichtung der Bevölkerung hervorgerufen werden, spiegeln sich nicht direkt in unseren Zahlen wider. Die Verteilung der Migrationsbevölkerung auf die Stadtteile, Wohnviertel, Kindergärten und Schulen lässt jedoch die Grundlagen der Probleme deutlich werden, von denen in der Bevölkerung und in der Politik gesprochen wird.

Nicht für alle diese Problempunkte findet sich ausreichend tief gegliedertes statistisches Datenmaterial. Hier besteht eine statistische Lücke, die geschlossen werden müsste. Dennoch erlauben die vorliegenden Daten in Verbindung mit dem entsprechenden Hintergrundwissen, das von uns mit den qualitativen Interviews erhoben wurde, weitere Bewertungen vorzunehmen. Entsprechende Befunde sind Gegenstand von Teil III.

Teil III

III Ausgewählte Felder der Integration im Spiegel qualitativer Interviews

Das folgende Kapitel stellt die wichtigsten Befunde der im Rahmen der Untersuchung durchgeführten qualitativen Interviews dar. Es ist thematisch gegliedert nach verschiedenen Feldern, die für die Integrationsarbeit wichtig sind und die von den Gesprächspartnern angesprochen worden sind.

In jedem Unterkapitel werden zunächst kurz wichtige theoretische oder verallgemeinerbare Erkenntnisse zum jeweiligen Thema dargestellt, und es wird – soweit dies möglich ist – auch Bezug genommen auf bereits vorliegende Befunde zu Bergheim. Im Anschluss daran werden wichtige Ergebnisse aus der qualitativen Befragung dargestellt und zu ihrer Untermauerung wörtliche Auszüge aus den Interviews dokumentiert; die Gesprächspartner wurden dabei anonymisiert. Zum Abschluss jedes Unterkapitels werden Folgerungen und Empfehlungen formuliert.

In einem abschließenden Unterkapitel erfolgt dann eine zusammenfassende Einschätzung der aktuellen Integrationssituation in Bergheim.

1. Erwerbsarbeit und Qualifikation

Die überwiegende Mehrheit¹ der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland ist auf Lohneinkommen² als Mittel der persönlichen oder familialen Daseinssicherung angewiesen, das auf unselbständig verrichteter Arbeit, auf Lohnarbeit oder – in einer heute gebräuchlichen Formulierung ausgedrückt – auf „Integration in Arbeit“ beruht. Diese Formulierung weist darauf hin, dass auch Erwerbs- oder Arbeitslose³, obwohl sie zeitweilig Lohnersatzleistungen beziehen, auf Lohnarbeit angewiesen sind. Nicht zufällig ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt oder die Vermittlung in Erwerbsarbeit vorrangiges Ziel von SGB II und SGB III.

Die Integration in Erwerbsarbeit ist, vermittelt über den Lohn, wesentlich für die gesellschaftliche Teilhabe. Das, was man sich persönlich oder als Familie leisten kann, hat eine erhebliche Bedeutung für das eigene Ansehen bzw. den Status, d.h. für die Wertschätzung und Anerkennung durch Dritte. Die integrative Wir-

¹ Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) NRW gab es in Deutschland im Jahr 2006 insgesamt 34,7 Millionen Arbeitnehmer und 42,4 Millionen Erwerbstätige. Das bedeutet, dass rd. 82 Prozent der Erwerbstätigen für Lohn oder Gehalt tätig waren.

² Diese Bezeichnung steht hier als Sammelbegriff für Arbeitslohn, Gehalt oder anderswie bezeichnete Einkommensformen.

³ Addiert man zu den Arbeitnehmern die 3,4 Millionen Erwerbslosen noch hinzu, so kommt man auf 38,1 Millionen oder rd. 90 Prozent abhängige Erwerbspersonen, die auf ein Lohnarbeitsverhältnis angewiesen sind.

kung des Einkommens bezieht sich jedoch nicht allein auf die Versorgung mit Konsumgütern, darüber hinaus ist das Einkommen auch entscheidend für den Zugang¹ zu öffentlichen Kulturgütern wie für den kulturellen Besitz der Familien und für die Beziehungen, über die jemand verfügt.

Mit anderen Worten: Nicht bloß die Integration in Erwerbsarbeit als solche ist bedeutsam, sondern insbesondere die *Art* der Integration. Hierbei spielen vor allem Qualifikation und Höhe des Lohn Einkommens eine wichtige Rolle. So bieten z.B. die prekären Beschäftigungsverhältnisse den Arbeitnehmern lediglich ein Einkommens-, Schutz- und Integrationsniveau, das deutlich unter den in der Gegenwartsgesellschaft anerkannten Standards liegt (Dörre 2005: 250-258). Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beschränken folglich die Chancen wirklicher gesellschaftlicher Integration, sie werden darüber hinaus auch über die Schule sozial „vererbt“ und zum Problem der zweiten und dritten Generation.

Das Vorliegen eines Migrationshintergrundes geht eng einher mit einer niedrigen sozialökonomischen Stellung, die der entscheidende Faktor für den Zugang zu den verschiedenen Schulformen ist. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund weisen eine niedrigere sozialökonomischen Lage auf und haben deshalb geringere Chancen, eine höhere Schulform zu besuchen (PISA 2005: 267).

Im Nationalen Integrationsplan wird eben diese Problematik hervorgehoben und festgestellt: „Bildung und Ausbildung sind zentrale Faktoren für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie entscheiden über gleichberechtigte Teilhabe am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben und somit auch über Beschäftigungschancen und die Höhe des Einkommens. (...) Über den Erfolg der Integration wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Integration gelingt am besten dort, wo Menschen aus Zuwandererfamilien aktiv im Erwerbsleben stehen“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 17).

Vor diesem Hintergrund betont der Nationale Integrationsplan als vordringliche Aktivität des Bundes die Verbesserung des Zugangs junger Menschen mit Migrationshintergrund zu Bildung und Ausbildung. Hierzu gehören die Erweiterung des Berufswahlspektrums, der passgenaue Einsatz öffentlicher Unterstützungsangebote und die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsmöglichkeiten. Um diese Ziele zu erreichen, beabsichtigt der Bund in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und der „Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ die schon existierenden Instrumente wie den Ausbildungspakt, das EQJ-Programm und das JOBSTARTER-Programm stärker für diese Gruppe zu nutzen. Weiterhin sollen im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen

¹ Dabei geht es zum einen darum, dass man es sich leisten kann (Eintritte, Beiträge, Gebühren, weitere Kosten, die mit der Nutzung entstehen etc.), zum anderen müssen die Angebote auch räumlich und ohne große Kosten zu erreichen sein.

Verwaltung und Betriebe die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund erhöht werden. Ausländische Auszubildende sollen zudem einen erweiterten Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe und zu BAföG erhalten. Für Mädchen soll eine besondere Berufsorientierung angeboten werden.

Generell will der Bund die Beschäftigungschancen von Migranten verbessern, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Angebote zur Beratung, Information und Kommunikation an die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe anpassen und ihre betriebliche Integration gezielt fördern (Nationaler Integrationsplan 2007: 17).

Befunde

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist in Bergheim bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutlich unterrepräsentiert. Zudem sind die ausländischen Arbeitskräfte deutlich häufiger als deutsche ausschließlich geringfügig beschäftigt.

Insgesamt gesehen verfügen die ausländischen Beschäftigten über eine durchschnittlich geringere formale Qualifikation. Zwar hat von den ausländischen Absolventen des allgemein bildenden Schulsystems in der Stadt Bergheim gut die Hälfte einen Hauptschulabschluss, und weitere zwei Fünftel haben sogar höhere Schulabschlüsse, dennoch gilt, dass je höherwertiger der Abschluss ist, umso geringer ist der Anteil der ausländischen Schüler.

Diese Problematik spiegelt sich auch in den Interviews wider. Von den deutschen Interviewpartnern wird Erwerbsarbeit mit fehlender Perspektive und Arbeitslosigkeit in Zusammenhang gebracht. Diese besondere Lebenslage wird als zentrales Problem gerade auch für die Integration von Jugendlichen benannt und in verschiedenen Varianten angesprochen:

Die männlichen Jugendlichen haben keine Perspektive. Die hängen dann auf der Straße herum. Die, die einen Arbeitsplatz haben, werden von den eigenen Leuten gemobbt. (I07)

Die Situation der Migranten ist durch Armut geprägt. Weitere Probleme sind Isolation und Arbeitslosigkeit. (I18)

Da unsere Interviewpartner überwiegend aus Kindergärten, Schulen und der sozialpädagogischen Gemeinwesenarbeit kommen, sind berufliche Bildung und Arbeitsmarktpolitik nicht ihre primären Arbeitsfelder. Allerdings werden diese Themen mit konkreten Aktivitäten verbunden, wobei es den Anschein hat, dass die damit verbundenen Angebote nicht Teil eines integrierten Gesamtkonzepts für Bergheim sind, sondern es sich hierbei eher um individuelle Initiativen von Einzelpersonen oder um Initiativen eines Trägers handelt:

Ich sehe für mich, dass es hier sehr viele Kinder und Jugendliche gibt, die Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben müssen und Hilfen benötigen, die sie in ihren Familien nicht bekommen können, die sie aber benötigen, um langfristig hier zu leben zu können. Das betrifft die Bildung, die wird immer wichtiger, und die Berufsausbildung. Es gibt hier viele, die keine Ausbildung haben und später von Gelegenheitsarbeiten leben, z.B. als Lagerarbeiter. (I04)

Wir arbeiten mit Migranten aus Bergheim Süd-West, aber auch mit Migranten aus dem nördlichen Erftkreis. Wir arbeiten eher mit Arbeitslosen, weniger mit Jugendlichen, sondern mit Erwachsenen von 18 bis 65 Jahre. Unsere Einrichtung hat die Integration von Deutschen und Ausländern in Gesellschaft und Arbeit zum Ziel. Ich arbeite in der Projektentwicklung mit. Wir überlegen uns, welche Projekte dazu dienen könnten, die Situation im Stadtteil zu verbessern. (I29)

An unserer Schule haben wir einen Schwerpunkt Berufsorientierung. Unsere Schulsozialarbeiter führen in diesem Zusammenhang auch Hausbesuche durch. (I16)

Nur am Rande kommt das Problem der Qualifikation und der niedrigen Einkommen vor. Armut von Migranten wird hingegen häufiger angesprochen:

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben eher im geringeren Maße einen Zugang zur Agentur. Sie verfügen über geringere Qualifikationen. (I22)

Ein Programm, das eine Strategie oder auch nur besondere Schritte in Richtung Verbesserung der Arbeitsmarktfähigkeit von Migranten enthält und mit einer entsprechenden Infrastruktur ausgestattet ist, gibt es in Bergheim nicht. Anscheinend besteht auch keine direkte Kooperation zwischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern.

Folgerungen und Empfehlungen

Der regionale Arbeitsmarkt lässt sich mit Mitteln der Kommunalpolitik nur in geringem Maße, vor allem aber nicht kurzfristig verändern. Allerdings hat die Kommune die Möglichkeit, die Voraussetzungen, die zu mehr Chancengleichheit führen können, zu verbessern. Dies bedeutet in erster Linie:

- Es ist notwendig, Anstrengungen zu unternehmen, dass die sprachlichen Fähigkeiten bei allen Gruppen der Migrationsbevölkerung angehoben werden, auch wenn es nicht erforderlich ist, die deutsche Sprache perfekt zu beherrschen, um arbeiten zu können. Doch die Sprache ist *die* entscheidende Brücke zur Integration.
- Es ist notwendig, bei allen Weiterbildungseinrichtungen, bei der Agentur für Arbeit und bei der ARGE dafür einzutreten, dass Migranten Zugang zur Weiterbildung erhalten.
- Es ist notwendig, den Kreislauf aus niedriger sozialökonomischer Stellung der Eltern und schlechter Schulbildung der Kinder zu durchbrechen, indem bereits in den Schulen Migrantenkinder und Kinder aus einkommensschwachen Familien besonders gefördert werden, damit sie vermehrt einen besseren Zugang zu höheren Schulabschlüssen bekommen.
- Es ist notwendig, dass systematisch bei den Unternehmen dafür geworben wird, schulentlassene Jugendliche aus Migrantenfamilien und aus Familien mit niedrigem sozialökonomischen Status in eine Ausbildung zu übernehmen. Dabei geht es auch darum, Vorurteilsstrukturen im Auswahlsystem der Betriebe professionell aufzubrechen.
- Es ist notwendig, dass schon in der Schule in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu diesem Zweck systematisch ein Pool von Praktikumsplätzen eingerichtet wird.

2. Erwerbslosigkeit und Armut

„In den vergangenen fünfzehn Jahren hat sich die Beschäftigungssituation von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich verschlechtert. So ist die Erwerbsbeteiligung der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gesunken und ihre Arbeitslosenquote ist etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 77). Im März 2008 betragen die Quoten in Deutschland 18,9 und 9,4 Prozent (BA, aktueller Monatsbericht). Noch vor der Rezession 1997/98 war die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte stets niedriger als die der deutschen. 1970 hat die Arbeitslosenquote für Ausländer noch bei 0,3 Prozent und für Deutsche bei 0,6 Prozent gelegen, zwölf Jahre später waren es 11,8 und 7,5 Prozent (Harten/Flitner 1980: 64).

Während der 1960er und in den frühen 1970er Jahren wiesen die ausländischen Arbeitskräfte wegen der hohen Rückkehrbereitschaft nur niedrige Aufenthaltszeiten auf. In Zeiten der Arbeitslosigkeit kehrten die ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurück, damit verschwanden sie aus der Statistik. Mit dem Anwerbestopp vom November 1973 änderte sich das. Da Bürger aus Nicht-EG-Staaten von der Rückkehr ausgeschlossen wurden, war die Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit und Rückkehr abgeschnitten. Die ausländischen Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Staaten blieben in Deutschland, auch wenn sie arbeitslos wurden (Herbert 2001: 237f.), mit der Folge, dass ihre Erwerbsbeteiligung sank, ihre Arbeitslosigkeit stieg und immer mehr von ihnen in die Stille Reserve gedrängt wurden (Harten/Flitner 1980: 64).

In den Rezessionen (1974/75 und 1981/82) zeigte sich die Kehrseite der „Unterschichtung“. Ausländische Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation waren vor allem in Wirtschaftsbereichen beschäftigt, die in besonderer Weise von der Strukturkrise betroffen waren. Ein großer Teil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Ausländer gehörte damals schon zum „harten Kern“ der Arbeitslosen, den nur „schwer Vermittelbaren“, für die in den nächsten Jahren kaum Arbeitsplätze vorhanden sein würden (Herbert 2001: 237).

Die Arbeitslosigkeit erreicht inzwischen auch die „zweite Generation“. Allerdings kann nur wenig über das Ausmaß ausgesagt werden. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren gab es kaum ausreichende Zahlen zur Arbeitslosigkeit von jungen Migranten. Für 1975 wurde geschätzt, dass jeder dritte ausländische Jugendliche ohne Arbeit war. Im 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung heißt es: „Statistisch ist die Jugendarbeitslosigkeit der Ausländer/innen und Spätaussiedler/innen wenig auffällig. Der Anteil junger Ausländer/innen an der Altersgruppe ist schon länger stabil und liegt deutlich unter dem Ausländeranteil an der Ge-

samtarbeitslosigkeit (15%).¹ Zudem ist von einer gewissen Dunkelziffer an Jugendarbeitslosen auszugehen, da eine ganze Reihe ausländischer Jugendlicher weder in Bildungs- noch im Arbeitsmarktsystem andocken“ (2007: 73).

Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit² bedeutet für die Betroffenen zunächst den Verlust eines Arbeitsplatzes und den Ausschluss von der Möglichkeit, gegen Entgelt unselbstständig Arbeit zu verrichten. Dieser Ausschluss hat für sie zur Folge, dass sie von dem hauptsächlichsten Mittel ihrer persönlichen und familialen Daseinssicherung auf unbestimmte Zeit abgeschnitten sind. An die Stelle des Lohn- einkommens treten Versicherungs- und/oder öffentliche Fürsorgefonds, aber auch Leistungen der Familie.

Erwerbslosigkeit bedeutet für die Betroffenen jedoch mehr als den Verlust von Lohneinkommen, damit verbunden ist auch der Entzug von gesellschaftlicher Anerkennung und von Einflussmöglichkeiten. Erwerbslosigkeit hat Auswirkungen auf den gesamten Lebenszusammenhang:

- Im Falle der Freisetzung aus dem Erwerbsprozess erweist sich ihr Arbeitsvermögen als „wertlos“. Die Erwerbslosen erfahren sich als Arbeitskräfte von „minderer Güte“.
- Ihre Beziehungen zu Arbeitskollegen reißen ab, zudem ist bei lang andauernder Arbeitslosigkeit infolge der Entwertung des Arbeitsvermögens generell ihre berufliche Existenz bedroht.
- Schließlich wirkt die Erwerbslosigkeit auf die Familie zurück und führt dort zu erheblichen Belastungen, die sich u.a. als Probleme von Erziehung und Partnerschaft äußern (Nietfeld/Becker 1999: 374ff.).
- Der Erwerbslose ist wegen seines Ausgeschlossenseins von der Arbeitswelt und deren Möglichkeiten auf sein „Privatleben“ zurückgeworfen.

Arbeitslosigkeit erhöht das *Armutsrisiko* oder anders ausgedrückt: Zwischen Arbeitslosigkeit und Armut besteht ein enger Zusammenhang. Mehr noch, beide gehen eine Verbindung ein. Auf der finanziellen Ebene ist Arbeitslosigkeit i.d.R. mit einer drastischen Absenkung der (Haushalts-)Mittel zur Daseinsvorsorge verbunden, so dass ein Prozess der Destruktion von einmal erreichten Lebensformen und Reproduktionsverhältnissen eintritt.

¹ Diese Aussage bezieht sich auf die Struktur der Arbeitslosen und nicht auf die Quote.

² Wir verwenden hier den Begriff der Erwerbslosigkeit, da Erwerbslosigkeit nicht mit Arbeitslosigkeit einhergehen muss. Das wäre nur bei einem Arbeitsverständnis der Fall, das auf „Arbeit im öffentlichen Raum“, auf Erwerbsarbeit oder Berufsarbeit, also auf Formen der Lohnarbeit beschränkt bleibt. Tatsächlich kennen wir verschiedene Formen der Arbeitstätigkeit wie Familienarbeit oder Vereins- und Parteiarbeit, generell ehrenamtliche Arbeit, die nicht gegen Lohn verrichtet wird. Schließlich ist auch die Arbeit in einem Praktikum keine Erwerbsarbeit, wenn sie auch dahin führen soll. Der Begriff der Erwerbslosigkeit, wie wir ihn verwenden, darf auch nicht mit den statistischen Maßgrößen „Erwerbslose“, „Erwerbslosigkeit“, „Arbeitslose“ und „Arbeitslosigkeit“ verwechselt werden, wie sie die statistischen Ämter und die Bundesagentur für Arbeit verwenden.

Wann eine Person oder eine Familie als *arm* gilt, ist eine Frage der Definition bzw. des jeweiligen Armutsbegriffs. In der deutschen Armutsforschung werden Personen oder Familien als arm bezeichnet, deren Einkommen 50 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen liegt.¹ Nach einer Festlegung des Europäischen Rates (Dezember 2001 in Laeken) gelten diejenigen Personen als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Mitgliedsstaat erhalten (Laeken-Indikatoren). Erwerbslosigkeit steht wegen der drastischen Absenkung der Haushaltsmittel unter den Armutsrissen an erster Stelle. Während im Jahre 2004 in der gesamten Bevölkerung 12,7 Prozent als arm galten, waren es unter den Arbeitslosen 42,1 Prozent. Daneben gehören Ausländer generell zu den Problemgruppen der Armut. Im Jahr 2004 galten 23,8 Prozent von ihnen als arm. Das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe lag 20,7 Prozent unter der Armutsgrenze (Statistisches Bundesamt 2006: 618f.).

Erwerbslosigkeit und Armut kann jeden Arbeiter und Angestellten einmal vorübergehend treffen; für bestimmte soziale Gruppen ist dies jedoch anders. Die Erwerbslosen, insbesondere die erwerbslosen Ausländer sind eine Schicht² für sich geworden, insoweit sie langzeiterwerblos oder von perforierter Erwerbslosigkeit betroffen sind. Unter dem Druck, jede zumutbare Arbeit anzunehmen und in Konkurrenz zu anderen Erwerbslosen sind sie zur Annahme von Arbeitsverhältnissen zu Niedriglöhnen, zur Aufnahme von Minijobs oder von Leiharbeit, kurz: von prekärer Beschäftigung gezwungen. Infolge dieses Prozesses kommt es zu einer Verbindung von Erwerbslosigkeit und „Working Poor“.

Vor diesem Hintergrund legt der Nationale Integrationsplan den Schwerpunkt bei der Integrationsarbeit auf berufliche und sprachliche Förderung. Das ist konsequent, denn: „Berufliche Tätigkeit und Stellung sowie die Höhe des Erwerbseinkommens hängen stark voneinander ab und entscheiden über die Möglichkeit einer eigenständigen Lebensplanung. Die Perspektive auf eine stabile Berufs- und Erwerbsbiographie, die Wertschätzung im familiären und gesellschaftlichen Umfeld und die Einbeziehung in betriebliche Abläufe und kollegiale Teams sind weitere wesentliche Integrationsfaktoren, die mit dem ausgeübten Beruf eng verbunden sind“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 77).

¹ Neuerdings wird das Einkommen in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU nach der Systematik „Leben in Europa“ (EU-SILC) erhoben. Andere Berechnungen werden in Deutschland auch auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) oder des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) erstellt. Siehe auch Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 sowie den mehrdimensionalen Armutsbegriff bei Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering (2005).

² Auf diesen Sachverhalt hat schon Theodor Geiger (1972: 96f.) für die Weimarer Republik hingewiesen.

Befunde

Wie die statistische Analyse gezeigt hat, gab es in den vergangenen 14 Jahren in der Stadt Bergheim deutliche Veränderungen bei der Berufsstruktur, mit entsprechenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Zudem wurde deutlich, dass die nichtdeutsche Bevölkerung – wie in den meisten anderen Regionen auch – erheblich stärker als die deutsche Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Zudem sind ausländische Frauen wesentlich häufiger arbeitslos als ausländische Männer. Gut ein Fünftel der arbeitslosen Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund, knapp drei Viertel von ihnen sind dem Rechtskreis des SGB II zuzurechnen. Insgesamt gesehen hat die ausländische Bevölkerung ein deutlich höheres Erwerbslosigkeits- und Armutsrisko als die deutsche (siehe Teil II).

Diese Tatsache wird auch in den Interviews angesprochen. Die Erwerbslosigkeit der nichtdeutschen Bevölkerung wird von nahezu allen deutschen Interviewpartnern wahrgenommen. Aus dem Kontext der Gespräche wird weiterhin deutlich, dass von ihnen Arbeitslosigkeit in allen ihren Formen als Integrationshindernis angesehen wird.

„Wir haben eine hohe Arbeitslosigkeit. Arbeitslos sind meistens Migranten, aber auch Deutsche. Arbeitslosigkeit wirkt isolierend und desintegrierend.“(I29)

„In Ahe wohnen sehr viele Familien, die Probleme haben, Ausländer sind, arbeitslos sind, Hartz IV-Empfänger sind usw.“ (I08)

Jedoch gibt es seitens der Interviewpartner kaum Hinweise darauf, wie man das Problem angehen könnte oder welche Maßnahmen ergriffen werden, um dieses zentrale Problem anzugehen. Es wird in der Regel als Erschwernis in der Umsetzung der eigenen Arbeit gesehen. Lediglich das Stadtteilprojekt Süd-West arbeitet inhaltlich und systematisch an dem Problem Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit wird von den Interviewpartnern mit *Armut* in Verbindung gebracht. So wird u.a. darauf hingewiesen, dass die oftmals geringen Familieneinkommen verhindern, dass Frauen, aber auch Kinder und Jugendliche, Angebote wahrnehmen, für die Gebühren erhoben werden müssen. Von einigen Interviewpartnern wird die schlechte finanzielle Situation der Familien auch als ein Grund des Rückzugs gesehen.¹

„Die Situation der Migranten ist durch Armut geprägt. Weitere Probleme sind Isolation und Arbeitslosigkeit.“(I18)

„Wir haben mal ein Angebot für muslimische Frauen gehabt. Da haben zehn bis zwölf Frauen teilgenommen. Das muss man gut organisieren. Das musste eingestellt werden, weil die Frauen das nicht bezahlen konnten. Wir haben das Angebot dann so formuliert, dass die das von der KK als Präventionssport bezahlt bekommen hätten. Doch die konnten nicht in Vorleistung gehen.“ (I11)

¹ Durch die deutliche Anhebung der Freibeträge bei den Kosten für den Besuch eines Kindergartens will die Stadt Bergheim dem entgegenwirken.

Von Migrantinnen wird dieser Zusammenhang direkt angesprochen:

Ich gehe regelmäßig zur Brücke e.V. abholen.¹ (Migrantin)

Selbst in folgender Aussage, die eher anklagend ist, wird indirekt auf die mangelnden monetären Ressourcen hingewiesen, die angeblich ungerechtfertigt vom Staat ausgeglichen werden. Zugleich wird daran die Behinderung von Integration durch fehlende Erwerbsarbeit deutlich, was seitens der deutschen Bevölkerung auch zum Teil Ressentiments hervorruft:

Gut läuft die Unterstützung durch die Sozialhilfe und durch die anderen Sozialsysteme. Das ist meine persönliche Erfahrung. Wenn ich sehe, was die bekommen im Vergleich zu jemandem, der 45 Jahre gearbeitet hat. (I12)

Obwohl Ausländerinnen und Ausländer deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden sie seltener als Deutsche an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligt. Auch in Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung lässt sich eine deutliche Unterbesetzung feststellen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben eher im geringeren Maße einen Zugang zur Agentur. Sie verfügen über geringe Qualifikationen. „Die Klinken für den Arbeitsmarkt hängt zu hoch.“ Sie haben einen hohen Anteil in Lehrgängen und Qualifikationen zu den sog. praktischen Berufen. (I22)

Zur *Qualität der Maßnahmen* wurde Folgendes festgestellt:

Es gibt eine kaufmännische außerbetriebliche Berufsausbildung (BAE) mit 36 Teilnehmern. Hieran nehmen vorwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund teil. Hierbei ist vorrangig Sprachvermittlung, dann Qualifikation. (I22)

Migranten werden häufig Arbeitsgelegenheiten zugewiesen, Tätigkeitsfelder in allgemeinen Tätigkeiten, Bau und Garten- und Landschaftsbau.

Die Qualifizierung hat seinen Schwerpunkt vor allem in den Bereichen Altenpflege und Kita. Eine Maßnahme nach §37 (Vermittlung durch Dritte) ist hervorzuheben. Hier erfolgen über die Otto Benecke Stiftung Coaching und Vermittlung. (I23)

Die Möglichkeiten, die die aktive Arbeitsmarktpolitik bietet, werden folglich nicht optimal genutzt, so dass sich auch die Chancen für Migranten, qualifiziert in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, noch einmal verringern.

Folgerungen und Empfehlungen

Auch unter dem Aspekt der Arbeitslosigkeit gilt, was zur Erwerbsarbeit festgestellt worden ist: Der regionale und kommunale Arbeitsmarkt lässt sich mit herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten nicht kurzfristig verändern. Daher geht es vor allem darum, die Arbeitsmarktfähigkeit von ausländischen Arbeitslosen zu verbessern. Hierzu werden folgende Schritte empfohlen:

¹ Während der Durchführung der Interviews war zu beobachten, dass die Bergheimer Tafel, Brücke e.V., überproportional von Migranten genutzt wurde. Die Mitarbeiter der Tafel bestätigten diese Beobachtung.

- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird nicht als *besondere* Zielgruppe der Arbeitsmarktförderung oder der Förderung der Berufsausbildung betrachtet.
- Der besonderen Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund muss in Quantität und Qualität Rechnung getragen werden. Das meint verstärkte Anstrengungen, zumindest aber eine Erhöhung ihrer Anteile in den Maßnahmen, insbesondere den qualifizierteren Maßnahmen.
- Es bestehen Defizite in der Ausbildungs- und Vermittlungseignung durch mangelndes Sozialverhalten und unzureichende Sprachbeherrschung. Im Vorfeld beruflicher Qualifizierung sind eine bessere Abstimmung und eine verstärkte Kooperation notwendig.
- Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und der ARGE sollte ein Integrationskonzept erarbeitet werden, beginnend mit dem Bereich „Berufliche Integration“.
- Es sollten regelmäßige Austausche und Strategiegelgespräche zwischen Stadt (Integrationsstelle) und der Agentur für Arbeit bzw. der ARGE eingerichtet werden. Zumindest über die Trägerversammlung der ARGE sollte aktiv Einfluss auf die Verbesserung der Situation für Migranten genommen werden.

3. Wohnen und Segregation

Wohnen als ein Grundbedürfnis der Menschen hat eine wichtige identitätsstiftende Funktion. Die Wohnung ist ein Ort der Individualität, sie bietet Schutz und ist ein Ort, wo wichtige Lebensfunktionen vollzogen werden (Nahrungsaufnahme, Schlaf, Körperreinigung, Hygiene, aber auch Lernen und Arbeiten). Sie bietet zugleich Anschluss an eine bestimmte Infrastruktur. Das Adjektiv *wohnlich* hebt hervor, dass ein Wohnumfeld oder eine Wohnung so gestaltet oder ausgestattet ist, dass man sich gern dort aufhält, gern dort wohnt. Daher betont der Nationale Integrationsplan: „Das Wohnen hat eine zentrale Funktion im Integrationsprozess (...). Die Gestaltung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes sowie die öffentlichen und privaten Infrastrukturangebote sind daher wichtige Rahmenbedingungen für das soziale Zusammenleben und die Chancen der Integration vor Ort“ (2007: 112). Wohnprobleme wirken sich hingegen negativ auf diese Aspekte und mithin auf den Prozess der Integration aus.

Die *Wohnintegration* lässt sich über die drei Dimensionen *Leistbarkeit*, *Wohnqualität* und *Wohnungsgröße* beschreiben; diese Dimensionen stellen zugleich eine Rangfolge dar. Die Höhe der Miete ist zweifelsfrei für viele Mieter – insbesondere mit niedrigem Lohn- oder Sozialeinkommen – ein Hauptproblem. Eine hohe Wohnkostenbelastung durch das Haushaltsbudget wird in der Regel nur dann akzeptiert, wenn sie nicht existenzgefährdend ist. Eine geringe *Wohnqualität* wiederum lässt sich mit Merkmalen wie Feuchtigkeit, undichte Fenster, dunkle Räume, fehlendes WC und Bad/Dusche, fehlende Möglichkeiten zum Waschen der

Wäsche (Waschmaschine/Waschküche), Lärmbelastung, durch Kriminalität belastetes Umfeld und Verschmutzung beschreiben. Das Merkmal *Wohnungsgröße* steht in einem Zusammenhang mit der Größe einer Familie.

In Regionen und Städten lässt sich eine räumliche Absonderung bestimmter Bevölkerungsgruppen nach sozialer Schicht, Stellung im Lebenszyklus oder ethnisch kulturellem Hintergrund beobachten. Dieser als *Segregation* bezeichnete Prozess stellt im Ergebnis eine Art räumliches Abbild sozialer Ungleichheit einer Gesellschaft, einer Region oder einer Stadt dar. Die Mechanismen von Segregation sind eben auch jene, die durch Merkmale von Wohnintegration beschrieben werden (Hamm/Neumann 1996).

Segregation wird allerdings nicht immer als problematisch erfahren. Erst indem sich ungleich verteilte Lebenschancen mit ihr verbinden, wird sie zur Ausgrenzung. In dieser Hinsicht kann sich eine Gruppe freiwillig absondern, um sich sozial zu distanzieren, um Gruppensolidarität, die eigene Identität oder den sozialen Status zu sichern. Segregation kann auch erzwungen werden. Von ihr betroffen sind zumeist Gruppen mit einem niedrigen sozialen Status wie Minderheiten oder Randgruppen.

Ausländer waren eine Zeit lang eine akzeptierte Bevölkerungsgruppe in Sanierungsgebieten bzw. anderen Entleerungsräumen oder in Wohnquartieren, die von einer zahlungskräftigen deutschen Bevölkerung nicht angenommen wurden. Sie teilen sich diese Wohnräume mit „sozial schwachen“ deutschen Familien, Rentnern, jugendlichen Arbeitslosen, aber auch Studenten, kurz: Gruppen, die billige Wohnungen bevorzugen.

Der Zuzug von Migranten hatte aus Sicht der Deutschen ein Absinken des Wohnwertes eines Hauses oder des Wohnviertels zur Folge, so dass diese fort- und weitere Ausländer nachzogen. In vielen Städten Westdeutschlands sind auf diese Weise regelrechte „Ausländerviertel“ entstanden. Erst nach längerer Zeit werden die Schwierigkeiten sichtbar, die sich aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich der Infrastrukturversorgung und im Bildungs- und Ausbildungsbereich ergeben.

Dennoch darf auch die positive Funktion solcher Einwanderer-Quartiere nicht übersehen werden. Es wäre falsch, diese Viertel allein als Ausgrenzung oder Abgrenzung durch die Gesellschaft des Einwanderungslandes zu betrachten. Sie stellen auch ein Durchgangsstadium des Einwanderungsprozesses dar und haben einen eigenständigen Platz zwischen zwei Gesellschaften, und zwar zwischen der des Herkunftslandes und des Aufnahmelandes; sie konstituieren so eine dritte Gesellschaft der Einwanderer. Dort bilden sich eigene Formen der Sozialstruktur und des Zusammenlebens heraus (Herbert 2001: 235ff.).

Die sozialräumliche Segregation ist eine Realität, „die sich vielerorts nur begrenzt beeinflussen und verändern lassen wird; insoweit muss Integration trotz Segregation erfolgen“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 112). Der Nationale Integrationsplan nennt u.a. folgende Ziele, um die negativen Folgen der Segregation zu stoppen und die Integrationsleistung dieser Viertel zu verbessern (2007: 113):

- „Benachteiligte Quartiere mit Defiziten im baulichen Bestand und in der infrastrukturellen Ausstattung müssen durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumfeldbedingungen stabilisiert werden und attraktiver gemacht werden, auch um ökonomisch besser gestellte Bewohner im Quartier zu halten und Bürger aus anderen Stadtteilen zum Umzug in das Quartier zu motivieren.“
- Maßnahmen zur Quartiersentwicklung sollen unter gleichberechtigter Beteiligung aller Quartierbewohner und ihrer Bedürfnisse umgesetzt werden.
- Zur Schaffung und Stabilisierung von sozialen Netzen als Grundlage einer positiven Stadtentwicklung sollen nachbarschaftliche Kontakte, gemeinschaftliche Aktivitäten und Initiativen initiiert werden. Als wichtiges Handlungsinstrument, dieses Ziel zu erfüllen, wird das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ genannt.

Befunde

Ahe, Auenheim und Quadrath-Ichendorf sowie Bergheim Süd-West (Kenten und Zieverich) gehören neben Bergheim-Mitte zu den Stadtteilen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung. Zudem konzentrieren sich einzelne Nationalitäten auf bestimmte Wohnquartiere.

Ahe

Im Stadtteil Ahe liegt ein Wohnpark, der Mitte der 1970er Jahre als gehobene Wohnbebauung für eine einkommensstarke Bevölkerungsschicht errichtet wurde. Infolge des Fortzugs dieser Schichten ist der Migrantanteil stark angestiegen und das soziale Ansehen des Wohnparks stark gesunken. Prozesse von Invasion und Sukzession führten dazu, dass der Wohnpark zum Einwanderungsquartier wurde. Inzwischen beträgt der Anteil der Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung knapp ein Fünftel.

Die mit Abstand größten Gruppen sind Türken und Marokkaner. Allerdings werden bis heute noch einzelne Wohnblocks nahezu ausschließlich von Deutschen bewohnt. Die Bewohner dieser Wohnblocks grenzen sich von den ausländischen Bewohnern ab.

Ein weiterer Gegensatz besteht zwischen der Bevölkerung, die im Dorf Ahe und jener, die im Wohnpark lebt. Die Dorfbewohner haben den Wohnpark seit jeher abgelehnt. Der Wohnpark verfügt über eine gute Infrastruktur mit zahlreichen Einrichtungen. Hier befinden sich u.a. eine Schwimmhalle sowie eine Außenstelle

der Stadtbibliothek, in der auch vom Ortsvorsteher regelmäßig Sprechstunden für die Bewohner angeboten werden. Für die Jugendlichen des Stadtteils besteht ein Jugendtreff, außerdem gibt es einen Fußballverein, in dem auch Kinder und Jugendliche ausländischer Familien spielen. Probleme, so wurde berichtet, treten aber mit der Integration der Jugendlichen auf, für die der Kirchplatz ein informeller Jugendtreff ist.

Auenheim

Der Stadtteil Auenheim ist eine Werksiedlung in unmittelbarer Nähe eines großen Kohlekraftwerkes der RWE und des Braunkohletagebaus. Die Siedlung wurde für die Beschäftigten dieser Betriebe gebaut. Innerhalb dieser Siedlung liegt ein Quartier von einfacher Wohnbebauung, in dem zu 90 Prozent Migranten (zumeist türkischer Nationalität) leben. Der Anteil Nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung ist hier mit knapp 30 Prozent mit Abstand am höchsten von allen Stadtteilen Bergheims. Einrichtungen sozialer Infrastruktur gibt es kaum. Ein Kinder- und Jugendtreff wird ehrenamtlich betrieben. Migrationskinder werden von dieser Einrichtung kaum erreicht.

Quadrath-Ichendorf

Im Stadtteil Quadrath-Ichendorf war bis zu Beginn der 1990er Jahre belgisches Militär stationiert. Hier befindet sich auch die türkische Moschee. In ihrer Nähe soll ein türkisches Kulturzentrum entstehen. Die Migranten leben in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, die aber bis auf das Hochhaus-Quartier am Wildentenweg über den gesamten Stadtteil verteilt sind. Der Anteil Nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung beträgt 15 Prozent. Mit 935 Personen lebt hier die größte Gruppe türkischer Staatsbürger.

Der Stadtteil verfügt über eine umfassende Sport- und Schulinfrastruktur. Es gibt eine Stadtteilzeitung „MitEiAnder“, an der auch Migranten mitarbeiten. Eine „freiwillige Börse“ versucht den Integrationsprozess im Stadtteil voranzutreiben und zu gestalten. Hier befindet sich auch ein Jugendzentrum, das vom Deutschen Roten Kreuz getragen wird. Die Einrichtung wird sowohl von ausländischen als auch von deutschen Jugendlichen besucht.

Bergheim Süd-West

Der Stadtteil Bergheim Süd-West wird aus den Orten Kenten und Zieverich gebildet. Die nichtdeutsche Bevölkerung lebt zum Teil in Hochhäusern in Kenten und im Wohnpark Zieverich. Dieser Wohnpark wurde wie der Wohnpark in Ahe vormals als Wohngebiet mit gehobenem Standard errichtet. Heute wird er überwiegend von einer Bevölkerung mit Migrationshintergrund bewohnt.

Dieser Stadtteil gehört zum „Soziale Stadt“-Gebiet. Dort ist eine Vielzahl von Projekten angesiedelt. Diese sollen, wie das Stadtteilbüro Süd-West, das Integrationsbüro mit dem Projekt „Nationwork“, die Integration der Migranten in das soziale, kulturelle und rechtliche Gefüge der Stadt Bergheim vorantreiben, ohne dabei den Verlust der eigenen Identität herbeizuführen. Parallel dazu soll die Mehrheitsgesellschaft für andere Sicht- und Verhaltensweisen sensibilisiert und geöffnet werden (Handlungskonzept Nationwork 2007: 6). Darüber hinaus gibt es in dem Stadtteil noch ein Jugendzentrum.

Die Sonderstellung von Ahe und Quadrath-Ichendorf entwickelte sich dadurch, dass freistehende Komfortwohnungen nicht mit der anvisierten Zielgruppe belegt werden konnten. Infolge dessen wurden diese Wohnungen an ausländische und einkommensschwache Familien vermittelt. Damit entstanden relativ abgeschlossene Wohnquartiere mit einer Konzentration von Problemen, die direkte Auswirkungen hatten auf die soziale Infrastruktur von Schulen und Kindergärten bzw. Kindertageseinrichtungen. Der Anteil ausländischer Kinder und von Kindern mit Migrationshintergrund, die diese Infrastruktur nutzen, überschritt deutlich ihren Bevölkerungsanteil und betrug in einigen Schulen und Klassen bis zu 50 Prozent. Die Schulen sehen sich dadurch bis heute mit erheblichen Problemen konfrontiert; dies betrifft den Spracherwerb, das Sozialverhalten der Kinder und die Beziehungen der ausländischen Eltern zur Schule.

In der starken räumlichen Segregation, d.h. der Konzentration auf wenige Wohnquartiere, wird eine wesentliche Ursache für die nur schwer gelingende Integration gesehen. Isolierend wirkt dabei die z.T. über die Religion vermittelte soziale Kontrolle innerhalb bestimmter Viertel.

Der Wohnpark ist ein Problem: Der Investor ging in die Pleite. Ein Teil der Wohnung ist zu Sozialwohnungen gemacht worden. Da hinein sind sozial schwierige Familien (Marokkaner und andere, aber auch Deutsche) eingezogen. Der Wohnpark ist heute wie ein Ghetto. Das ist ein Problem, auch wegen der starken sozialen Kontrolle, die von den Familien ausgeht. Die Jugendlichen können sich nur schwer von der Familie ablösen und sich weiter entwickeln. (I04)

Die Ghettoisierung der arabischen (marokkanischen) Bevölkerung im Wohnpark ist ein Problem. Das ist eine Selbstghettoisierung. Dies hat sich verstärkt, seitdem die Moschee in Paffendorf gebaut worden ist. In den 70er Jahren war das noch ein begehrter Wohnbereich. Jetzt ist das gekippt. (I13)

Diese Wohnquartiere weisen auch hinsichtlich der Infrastruktur typische Merkmale von Einwandererkolonien auf. Hier gibt es Einkaufsläden, Tee- und Imbissstuben, auch Gaststätten und Moscheen. Sie erfüllen die Funktion eines Bindegliedes zwischen Herkunftsland und Aufnehmerland. Das wird aber von den deutschen Interviewpartnern zum Teil mit Skepsis betrachtet:

Die Umstände führen dazu, dass sich die Migranten noch weiter abschotten. Die bauen sich ihre eigene Infrastruktur auf: eigene Ärzte, eigene Geschäfte usw. Die Ballung ist einfach zu dicht. Der Anteil der Integrationsunwilligen ist einfach zu groß, dadurch entstehen die Probleme. (I07)

Die Migranten bewerten das anders. Ihre Äußerungen zeigen, dass die Segregation bei ihnen nicht durchweg freiwillig ist, eine gewisse Öffnung hin zur Gesellschaft des Einwanderungslandes ist durchaus erkennbar:

Hier in Quadrath-Ichendorf gibt es keine besonderen Probleme mit der Wohnsituation. (Migrantin)

Ich fühle mich unter den türkischen Mitbürgern richtig wohl. Man redet über Alltagsthemen. Ich fühle mich allgemein sehr wohl hier. Meine Kinder fühlen sich auch sehr wohl hier und deren Zukunft wird gut gefördert. Das System in der Politik bezüglich der Schule ist gut und effektiv. (Türke, vier Söhne, zwei Töchter, seit 28 Jahren in Deutschland, arbeitslos, 59 Jahre alt)

Also ich finde das Leben hier sehr schön. Was Besseres konnte mir nicht passieren. Denn wenn ich jetzt in Marokko leben würde, dann wäre ich mit Sicherheit verheiratet. Da ich in Deutschland geboren bin, genieße ich es, mich schulisch weiterzubilden. (Marokkanerin, Quadrath-Ichendorf, Studentin, 25 Jahre)

Da die Wohnintegration in den Einwanderervierteln relativ gut ist, wird dieses Thema als Integrationsproblem in den Interviews allenfalls am Rande erwähnt. Lediglich ein Interviewpartner weist darauf hin, dass einige der „Luxuswohnungen“ inzwischen stark renovierungsbedürftig seien. Dies sowie die Tatsache, dass die Migrationsbevölkerung billige Wohnungen bevorzugt, lässt darauf schließen, dass nicht alle Wohnungen dieselbe Qualität aufweisen wie die im Wohnpark.

Die Stadt Bergheim nimmt die mit der räumlichen Segregation entstandenen Probleme nicht nur wahr, sie hat sie darüber hinaus auch in ihrem integrierten Handlungskonzept für den Stadtteil Süd-West bereits berücksichtigt. Beispielhaft hierfür sind die zahlreichen Aktivitäten, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in Bergheim Süd-West entwickelt worden sind. So hat der Bürgerausschuss im Hinblick auf die Bewältigung der Problemlagen des demographischen Wandels für die Zielgruppe der Migranten Folgendes festgestellt: „Die Generationenstadt Bergheim verfolgt eine nachhaltige Integrationspolitik, in der die Rahmenbedingungen für ein Miteinander von Nationen und Kulturen zur gemeinsamen Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen geschaffen werden.“ Der Bürgerausschuss hat daher beschlossen: „Die Stadt Bergheim strebt an, das gegenseitige Verständnis der Kulturen und Religionen, insbesondere auf Stadtteil- und Quartiersebene zu fördern und die örtlichen Akteure dabei zu unterstützen. Ziel ist es, eine nachhaltige Dialogstruktur mit den aus dem Ausland zugewanderten Menschen aufzubauen, um die vielfältigen Chancenpotentiale nutzbar zu machen“ (Handlungskonzept Nationwork 2007: 3).

Folgerungen und Empfehlungen

Die von einigen Interviewpartnern ausgesprochene Forderung, die Wohnstruktur in den genannten Wohnvierteln aufzulösen, ist unrealistisch. Die Strukturen in diesen Quartieren sind über viele Jahre hinweg – zuletzt in zunehmendem Tempo – gewachsen, es gibt spezifische Infrastrukturen, Kommunikationsformen und

Subkulturen.¹ Hinzu kommt, dass die Stadt nur über begrenzte Belegungsrechte verfügt. Eine ethnisch und sozial gemischte Belegung könnte nur über einen längeren Zeitraum erfolgen, gleichwohl wäre sie anzustreben.

Die Absicht, bestehende Formen der Segregation zu zerschlagen, übersieht indes, dass die Stabilität der Wohnviertel nicht selten auch von einer Stabilität der Organisation und der Übernahme von Verantwortung für die Lebensgestaltung im Wohnquartier begleitet wird. Gerade solche Prozesse sollten eher gestärkt werden. Hierfür wäre jedoch mehr Offenheit seitens der Bevölkerungsmehrheit im Stadtteil erforderlich.

Kurzfristig sollten Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen, aber auch auf deren Imageverbesserung zielen, um auch einkommensstärkere Schichten im Stadtteil zu halten. Zu nennen wären hier insbesondere:

- Bessere verkehrstechnische Anbindung der Wohnquartiere an die Zentren der Stadt (öffentlicher Nahverkehr);
- bessere Angebote hinsichtlich Bildung, Beratung und Beteiligung;
- Fortschreibung und Ausdehnung der Integrations- und Stadtteilbüros auch auf Stadtteile, in denen solche Angebote noch nicht vorhanden sind;
- der Kinder- und Jugendtreff in Auenheim sollte professionelle Unterstützung erhalten;
- Organisation von kulturellen Veranstaltungen;
- die Einrichtung spezieller Jobbörsen in den Migrationsquartieren.

Insgesamt sollten die bereits in Bergheim Süd-West entwickelten positiven Ansätze fortgesetzt und vertieft werden.

4. Abweichendes Verhalten (Devianz)

Verhalten, das von gesellschaftlichen Normen und Werten abweicht, kann durchaus akzeptiert oder toleriert werden, wie z.B. eine von der Durchschnittsnorm abweichende Kleidung oder der Besuch einer Moschee. Erst wenn das von den allgemein akzeptierten Normen und Werten abweichende Verhalten sanktionierende Reaktionen hervorruft, die darauf abzielen, dieses Verhalten zu unterbinden bzw. die Person zu bestrafen, um konformes Verhalten zu erzwingen, kann man von *Devianz* sprechen, unabhängig davon, ob das Verhalten nach anderen gruppenspezifischen Mustern als konformes Verhalten gilt. In jedem Fall ist die Reaktion bis hin zur Sanktion mit einer öffentlichen Distanzierung bzw. Ächtung verbunden.

¹ Siehe auch Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim, Maßnahmen. Köln 2007.

Kriminalität als besondere Form abweichenden Verhaltens (Devianz) bezeichnet einen Verstoß gegen strafrechtliche Normen, sie wird als eine Form der Reaktion u.a. mit Segregationsprozessen in Zusammenhang gebracht. Dieser extreme Ausdruck von Devianz wird als ein Ergebnis des Auseinanderklaffens von kulturell vorgegebenen Erfolgszielen und Werten einerseits und den beschränkten Möglichkeiten, diese Ziele und Werte mit legitimen Mitteln zu erreichen andererseits, verstanden (Merton 1968). Die Entstehung von jugendlicher Delinquenz wird hingegen mit Anpassungsproblemen an kulturelle Muster und Normen der Mittelklasse erklärt, die gerade männliche Jugendliche aus unteren sozialen Klassen haben, zu denen auch Jugendliche ethnischer Minderheiten gehören. Diese kollektiven Reaktionen auf Normen der Mittelklasse sind eine weniger materiell orientierte aggressive, destruktive und vandalistische Bandendelinquenz. Derartige Verhaltensweisen sind jedoch nicht die einzigen Möglichkeiten, auf solche Spannungen zu reagieren. Es gibt auch Formen von resignativer Anpassung, der Aufgabe erstrebenswerter Ziele oder der Aufstiegsorientierung.

Mit diesen Erklärungen korrespondiert eine Position, die hinter dem Anstieg von Kriminalitätsziffern in unserer Gesellschaft eine Zunahme gesellschaftlicher Spannungen entdeckt, die wiederum ihre Ursache in nicht bewältigter gesellschaftlicher Ungleichheit hat. Die Gegenposition dazu sieht die Ursache von Kriminalität in politisch zu verantwortenden Verlusten von angestammten Bindungen, in einer Abkehr von vermeintlich Stabilität gewährleistenden Traditionen des Familienlebens und in einer durch Reformen bedingten Aushöhlung überkommener Sozialisationsinstanzen wie Schule und Kirche sowie schlechthin in einem Verfall des ererbten politischen und gesellschaftlichen Wertegefühls (Blasius 1978: 19).

Auf ein besonderes öffentliches Interesse stößt in diesem Zusammenhang die Jugendkriminalität. In der Bundesrepublik Deutschland wird mit „Jugend“ die Altersgruppe der zur Zeit der Tat 14- bis unter 18-Jährigen bezeichnet. In das Jugendstrafrecht sind darüber hinaus die Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) einbezogen. Die Kriminalitätsbelastung beträgt „bei jungen Menschen ein Mehrfaches der Belastung der Vollerwachsenen. Eine derartige Überrepräsentation junger Menschen sowohl unter den Tatverdächtigen als auch unter den Verurteilten ist seit Langem zu verzeichnen. (...) Die Kriminalitätsbelastung steigt vom 14. Lebensjahr an recht steil an, erreicht bei den Heranwachsenden und Jungerwachsenen ihren Gipfel, fällt danach wieder stark ab und läuft ab dem 35. Lebensjahr allmählich aus“ (Heinz 2003: 33).

Der beschriebene Verlauf entspricht auch dem der Jahre 2005 und 2006 in *Nordrhein-Westfalen*. Die weiblichen Tatverdächtigen erreichen hingegen den Gipfel der Belastung im Jugendalter. Zudem sind Mädchen und junge Frauen deutlich

weniger unter den Tatverdächtigen als Jungen und junge Männer. Bei den Jugendlichen und bei den Heranwachsenden hatten sie 2007 einen Anteil von knapp 21 Prozent. Die nichtdeutschen Tatverdächtigen hatten 2007 bei den Jugendlichen einen Anteil von knapp 18 Prozent und bei den Heranwachsenden von knapp 19 Prozent (Polizeiliche Kriminalstatistik NRW 2006: 27; Kriminalitätsentwicklung 2007: 7). Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil ist die Kriminalitätsquote jedoch relativ hoch, was aber angesichts ihrer Ausgangsbedingungen (vgl. die Kapitel 1 und 2 in diesem Teil) nicht überraschend ist.

Befunde

Obwohl in Bergheim rd. 100 Nationalitäten leben, werden vor allem Nationalitäten, die traditionell einen islamischen Glauben haben, eher als „fremd“ wahrgenommen. Ihr *Verhalten* wird als *abweichend* empfunden und von einigen abgelehnt, allenfalls zögerlich toleriert. Auf jeden Fall steht das andersartige Verhalten im Zentrum des problemgeladenen Verhältnisses zwischen Nichtdeutschen und der deutschen Bevölkerung.

Wir haben Probleme mit Migranten oder besser mit Religionsgemeinschaften, die sich bei uns niederlassen. Wir haben eine Moschee in Quadrath-Ichendorf. Es soll eine weitere Moschee genau auf der Hauptstraße gebaut werden. Da gibt es Widerstand.

Die Menschen (die Migranten) sollen sich mal das Wort „Integration“ vornehmen und überlegen, was das heißt. Mit den übrigen europäischen Ausländern haben wir ja keine Probleme. Das ist immer gezielt auf den Islam. Nur mit dem Islam haben wir Probleme. Auf die Religion möchte ich nicht eingehen, denn jeder hat ja eine andere Religion. (I09)

Eine Veränderung, die ich feststelle: die stärkere Islamisierung seit dem Moscheebau. Die Mädchen mit Kopftüchern treten jetzt häufiger als früher auf. Allerdings ist das noch immer eine vereinzelte Erscheinung. (I13)

Der Rückzug auf den eigenen Glauben seitens der Muslime kann durchaus als eine Form der Anpassung gesehen werden, auch wenn sie nicht im Sinne der Mehrheitsbevölkerung erfolgt.

Bei der Wahrnehmung von verschiedenen Formen abweichenden Verhaltens geraten in den einzelnen Stadtteilen vor allem männliche Jugendliche in den Fokus. Das kann möglicherweise mit einer besonderen Form der Ausübung des Glaubens zusammenhängen. In einzelnen Fällen nimmt die jugendliche Religiosität eher verbal aggressivere Formen an, die durchaus in Devianz übergehen kann, aber noch keine gravierenden Sanktionen verlangt.

Es gibt Cliques und Banden, die auch mit konvertierten Deutschen bestückt sind. Die Jugendlichen wollen Gebetsräume haben, hören keine Musik mehr usw. Das bewegt sich in Richtung eines strengen Islam. (I19)

Die große Gruppe von islamistisch orientierten Jugendlichen und die Konvertiten sind im Jugendzentrum eher verbal gewalttätig. Die haben jetzt Hausverbot. Jetzt kommen auch mal wieder neue Leute, wenn wir offene Tür haben. (I03)

Als eher *deviant* kann man Formen der „Randale“ und die „Eroberung“ und Verteidigung von Sozialräumen, aber auch die soziale Unangepasstheit in Vereinen sehen. Diese Verhaltensweisen erschweren die Integration und bestärken einen

Teil der einheimischen Bevölkerung in ihren Bewertungen und in der Position, dass es eben „mit ihnen“ nicht geht. Es gibt aber auch Erklärungen, die zwischen den im Stadtteil vorfindbaren Verhältnissen und Möglichkeiten und dem Verhalten der Jugendlichen eine deutliche Verbindung sehen.

Auf unserem Kirchplatz ist jeden Abend die Hölle los. Da ist häufig „Randale“. Da müsste den Jugendlichen etwas geboten werden. Durch die fehlende Verkehrsanbindung kommt man abends aus Ahe nicht heraus. Die Jugendlichen können nicht in die Jugendzentren gehen und fühlen sich allein gelassen und wissen nichts mit sich anzufangen. (I11)

Es sind nicht allein ausländische Jugendliche, die problematisch sind, sondern auch deutsche. Die treffen sich am Kirchplatz und machen hauptsächlich den Stress dort. (I04)

Das sind die üblichen Rangeleien unter den türkischen und anderen Jugendlichen. Die türkischen Jugendlichen können nicht mehr von ihren Eltern kontrolliert werden. Die machen, was sie wollen. Ansonsten sind das ganz normale Sachen: verkehrswidriges Verhalten, Vandalismus an Wartehäuschen oder Kinderspielplätzen. Wenn es um Zerstörung geht, dann dürfte es sich hauptsächlich um türkische Jugendliche handeln, die das zu verantworten haben. Sie betrachten „ihr“ Ghetto als ihren Herrschaftsraum. Die deutschen Jugendlichen werden vertrieben. Das kann aber durchaus normal sein. Vielleicht gäbe es das auch, wenn da zwei deutsche Jugendgruppen da wären.“ (I06)

In Quadrath-Ichendorf gibt es viele Sport- und sonstige Vereine. Die Migranten haben kaum einen Zugang zu den Vereinen. Das liegt nicht zuletzt an deren Sozialverhalten. Die werden aufgrund dessen immer mehr ausgeschlossen. (I05)

Wenn die Jugendlichen Ausbildung und Arbeit hätten, wären sie auch nicht so auffällig. (Vertreter der Moschee)

Delinquenz von nichtdeutschen Jugendlichen wird eher wahrgenommen und deutlich höher eingeschätzt als die von deutschen Jugendlichen. Sie wird als ein typisches Problem der zweiten Generation gedeutet. Obwohl die Kriminalitätsbelastung¹ unter ausländischen Jugendlichen höher ist, muss man sie durchaus auch als typisch für das Jugendalter interpretieren:

Beim Diversionstag, da waren von 22 Straftätern 80 Prozent Ausländer. Die bekommen da direkt eine Sanktion. (I07)

Das wesentliche Problem ist die Kriminalität, die ist bei ausländischen Jugendlichen auch stärker als bei den deutschen ausgeprägt. Zudem wird ihre Kriminalität auch noch stärker wahrgenommen. Die bekommen auch häufiger Sozialstunden aufgebremmt. Das liegt an der Männerrolle und dass sie materiell weniger zur Verfügung haben. Migranteneltern stellen ihren Kindern weniger Geld zur Verfügung als deutsche Eltern. (I05)

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind zahlenmäßig nicht besonders auffällig (ca. 30% der von uns bearbeiteten Fälle), aber anteilmäßig (an der Bevölkerung) bin ich nicht ganz so sicher. Sie sind bei allen Delikten vertreten. Jugendkriminalität ist nach unseren Erfahrungen kein Integrationsproblem, sondern eher altersbedingt und unterschichtbezogen zu verstehen. (I25)

Von vielen Interviewpartnern wird Delinquenz mit Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Armut in Verbindung gebracht. Als ein die Kriminalität fördernder Faktor, der die Integration behindert, wird auch die Siedlungsstruktur benannt:

Die männlichen Jugendlichen haben keine Perspektive. Die hängen dann auf der Straße herum. Die, die einen Arbeitsplatz haben, werden von den eigenen Leuten gemobbt. (I07)

Die schlimmsten Fehler sind bei der Wohnungsbelegungspolitik gemacht worden. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, dass man nicht so viele einer Nation und einer Religion auf einen „Haufen“ packen. (I07)

¹ Leider enthält die Statistik des Landeskriminalamtes keine gemeinde- und kreisgenauen Angaben.

Immer wieder wird betont, dass Devianz und jugendliche Delinquenz ein Erziehungsproblem seien. Diese Erklärung entspringt eher einem konservativen Muster, sie findet sich sowohl bei deutschen als auch bei muslimischen Interviewpartnern. Allerdings werden von muslimischen Eltern die Erziehungsschwierigkeiten nicht mit Kriminalität in Verbindung gebracht.

Es besteht die Gefahr, dass einige der Kinder in die Kriminalität abrutschen. Die Eltern sind mit der Erziehung überfordert. Das Problem kommt aber nicht vor Ort, d.h. an der Schule zum Tragen. Wir sehen jedoch die Probleme. Wir sehen, wenn sich Cliquen bilden, wir sind eigentlich dann auch zuständig, denn die Probleme wirken sich auf die Schule aus. Wir haben einen Sozialarbeiter, der dann tätig wird und dann hängt die Familie mit drin. Als Schulleiterin sehe ich allerdings nur die Spitze des Eisberges. (I15)

Von einem anderen Interviewpartner wird berichtet, dass in den Stadtteilen Quadrath-Ichendorf, Ahe und Auenheim die ausländischen Eltern (Väter) beklagten, ihnen würden die Kinder, insbesondere die Jungs, „über den Kopf wachsen“. In dieser Hinsicht würden sie Hilfe benötigen. Das Integrationsbüro sei gut, aber es sei zu spät gekommen.

Folgerungen und Empfehlungen

In Bergheim gibt es ein breites Spektrum von Formen abweichenden Verhaltens. Von den Interviewpartnern wird Devianz bis hin zur Kriminalität vor allem als jugendliche Delinquenz von Nichtdeutschen wahrgenommen.

Was das normale abweichende Verhalten von Ausländern betrifft, so ist hier mehr Offenheit seitens der Mehrheitsgesellschaft gefordert. Allerdings muss auch von den Ausländern erwartet werden, dass sie die deutsche Kultur, die Lebensformen, Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft akzeptieren. Folgende Schritte wären geeignet, beides zu fördern:

- Alle Formen des Dialogs und der Kommunikation, die sich auf etwas gemeinsames Drittes wie Kindergarten, Kindertagesstätte, Schule, die Gestaltung des Stadtteils und der Wohnquartiere beziehen, sollten gefördert und ausgebaut werden. Das Projekt „Grabeland“ ist ein beispielhaftes Unternehmen, das auch über die Verteilung der Gartengrundstücke hinaus fortgeführt werden sollte.
- Weiterhin sollten auch Feste veranstaltet und sonstige Kulturveranstaltungen in den Wohnquartieren durchgeführt werden, selbst wenn sich ihre Planung und Durchführung z.T. als schwierig erweist.
- Vereine sollten hinsichtlich ihrer interkulturellen Kompetenzentwicklung gefördert werden. Wichtig wäre auch ihre professionelle Unterstützung, um Migranten auf allen Ebenen in das Vereinsleben einzubeziehen.

Jugendliche Delinquenz ist ein „Durchlaufproblem“, da 70 Prozent der Jugendlichen laut Jugendgerichtshilfe Ersttäter sind. Die Reaktionen darauf sollten deshalb vor allem folgende sein:

- Die Forderung „Prävention statt Repression“ (Heinz 2003: 8) sollte nachdrücklich (weiter) verfolgt werden.
- Präventive Ansätze müssen in den Strukturen (z.B. in Schulen und bei Freizeitmöglichkeiten usw.) angesiedelt sein, da ein wachsaues Reagieren auf bestimmte Signale notwendig ist.
- Sozialpädagogische Ansätze wie Streetworking sollten beibehalten und fachlich weiterentwickelt werden.
- Formen außergerichtlicher Verfahren wie „Diversionen“ (Täter-Opfer-Ausgleich) sollten weiterhin durchgeführt werden (vgl. Handlungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit).

Gerade zum Thema Jugendgewalt von männlichen jugendlichen Ausländern, das in der öffentlichen Debatte bis heute eine große Rolle spielt, darf ein Fazit nicht fehlen. Die Integrationsarbeit in Bergheim sollte nicht „die verkürzten Fokussierungen auf Phänomene wie Kriminalität und Gewalt oder Devianz und Traditionalismus bei Zuwanderern“ zum Ausgangspunkt wählen, denn das vermittelt „der Politik ein einseitiges Bild und lenkt sie damit zur Verstärkung restriktiver/repressiver Maßnahmen. Notwendig ist eine sorgfältige, auf empirisch belastbare Ergebnisse zielende Untersuchung von Störungen in laufenden Integrationsprozessen“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 197). Nur solche Untersuchungsergebnisse können eine Grundlage für entsprechende Handlungsprogramme sein.

5. Sprache

„Sprachkompetenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Erfolg und für gesellschaftliche Integration“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 47). Ihre herausgehobene Bedeutung erhält sie, weil sie sowohl das Medium der Alltagskommunikation ist, als auch in Bezug auf Bildung und auf den Arbeitsmarkt eine wesentliche Ressource darstellt. Sprachliche Vielfalt ist zum einen innovative Anregung und führt zu interkulturellem Austausch, kann aber andererseits z.B. in der Arbeitswelt oder bei sozialen Kontakten zu Verständigungs- und Abstimmungsproblemen führen. Insofern wirken Sprache und Sprachakzente als Symbole für Zusammengehörigkeit wie für Fremdheit, d.h. das Nichtbeherrschen der Sprache kann zu Abgrenzungen bzw. Diskriminierungen führen. „Ungleichheiten im Zugang zu Bildung, Einkommen, den zentralen Institutionen und gesellschaftlicher Anerkennung ebenso wie soziale Kontakte sind wesentlich, wenngleich nicht allein, durch sprachliche Kompetenzen in der jeweiligen Landessprache bedingt“ (Esser 2006: I).

Nach dem allgemeinen Forschungsstand wird der Spracherwerb durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Insbesondere das Einreisearcher bzw. die Aufenthalts-

dauer, die Sprachfertigkeit der Eltern¹ sowie die ethnische Konzentration in der Wohnumgebung bzw. eine eventuelle ethnolinguistische Konzentration in den Schulen bzw. den Schulklassen bestimmen dessen Erfolg. Auch der direkte Bildungserfolg hängt von der sprachlichen Kompetenz ab. Entscheidend hierfür ist, dass fast ausschließlich nach Kompetenzen in der Landes- bzw. Unterrichtssprache bewertet wird.

Gleiches gilt für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Neben dem (Aus-)Bildungsniveau und der Berufserfahrung werden insbesondere umfassende Kenntnisse in der Landessprache gefordert. „Sprachliche Defizite vermindern die Chance, überhaupt eine Beschäftigung zu finden und vor allem eine höhere Stellung zu erlangen deutlich und sind mit merklichen Abschlägen beim Einkommen verbunden“ (Esser 2006: IV).

Um einer gegenseitig sich verstärkenden Wirkung von Migrationshintergrund, Spracherwerb und sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken, ist eine Verminderung der ethnischen Konzentration in den Schulklassen und eine verbesserte Förderung im vorschulischen und im Bereich der Grundschulen anzustreben. Dies trägt langfristig zu einer erheblichen Verbesserung im Bildungs- bzw. Erwerbsstatus und der Integrationssituation insgesamt bei. Der Erfolg solcher sozialpolitisch ausgerichteten Maßnahmen wird in verschiedenen Langzeitstudien insbesondere in den USA immer wieder bestätigt.²

Im „Nationalen Integrationsplan“ (2007) wird eine systematische und frühe Sprachförderung gefordert, die auch die Muttersprache mit einbezieht. Spracherwerb findet zu allererst in den Familien statt. Daher stellen die Eltern eine wichtige Ressource bei der Sprachförderung dar. Sie sind von Anfang an mit einzubeziehen und zu unterstützen. Der Zeitraum der Begegnung mit der deutschen Sprache sollte schon sehr früh erfolgen. Des Weiteren stellen Kindertageseinrichtungen (einschließlich Kindertagespflege) und Schulen die wichtigsten Orte der Sprachförderung dar. Im Nationalen Integrationsplan werden drei Handlungsfelder genannt (2007: 48):

- Unterstützung von Sprachentwicklung und Spracherwerb durch die Eltern;
- Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen;
- Durchgängige sprachliche Bildung im Übergang Kindergarten - Grundschule.

Diese Zielsetzung soll über ein differenziertes Bündel von Maßnahmen zur Sprachförderung realisiert werden.

¹ „Eine höhere Bildung der MigrantInnen selbst bzw. ihrer Eltern begünstigt das Erlernen der Zweitsprache deutlich“ (Esser 2006: II).

² Vgl. aktuell „James Heckman über Chancen“. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 74/2008, Ausgabe 29./30. März.

- So wird die Einführung von ehrenamtlichen mehrsprachigen Elternbegleitern, eine gezielte Elternansprache und -information, insgesamt also Maßnahmen zur Erhöhung der Elternkompetenz empfohlen.
- Des Weiteren sollten niedrigschwellige Angebote für Kinder und Familien, insbesondere zum frühen Besuch von Kindertageseinrichtungen, zur Verfügung stehen. Ein Problem wird darin gesehen, dass analog zu deutschen Familien Migrantenkinder von Eltern aus bildungsfernen Milieus seltener Betreuungseinrichtungen nutzen. Hier sind besondere Anregungs- und Unterstützungsformen zu entwickeln.
- Sprachliche Bildung soll als wichtige Querschnittsaufgabe in die Konzepte der Kindertageseinrichtungen implementiert und Sprachstandserhebungen sollen flächendeckend eingeführt werden.
- Für Kindertageseinrichtungen sollen entsprechende Rahmenbedingungen für eine konsequente Sprachförderung ermöglicht werden (u.a. kleinere Gruppen, sprachlich gut durchmischte Kindergruppen, interkulturelle Öffnung, mehr Personal bei einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund) wie auch konsequente Aus-, Fort- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher.
- Für Kindertageseinrichtungen sollen durch die Länder Rahmenpläne für Bildungs- und Sprachförderung entwickelt werden.
- Nicht zuletzt wird eine gemeinsame Gestaltung des Übergangs Kindergarten – Schule, die einen gemeinsamen Bildungsauftrag („auf gleicher Augenhöhe“) haben, empfohlen. Dies soll verbunden sein mit gemeinsamen Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kindertageseinrichtungen und Schule sowie mit Beitragsfreiheit ab dem fünften Lebensjahr (Nationaler Integrationsplan 2007: 50ff.).

Befunde

Mit der Einführung des „Gesetz(es) zur frühen Bildung und Förderung von Kindern, Kinder-Bildungsgesetz“ (KiBiz), das im Kindergartenjahr 2008/2009 zum 1. August 2008 in Kraft tritt, wird der Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen verstärkt. Im Rahmen der Umsetzung des KiBiz wird für Nordrhein-Westfalen eine auf zwei Jahre angelegte landesweite Sprachförderung erstmals gesetzlich verankert. In der Stadt Bergheim werden solche Sprachstandserhebungen eigenständig schon seit 2002 regelmäßig durchgeführt.

Es gibt ein landesweites Konzept zur Sprachförderung verbunden mit der regelmäßigen Sprachstandserhebung (seit 2007 landesweit verpflichtend). Sie werden aber schon seit 2002 eigenständig und freiwillig von der Stadt durchgeführt. Auf Basis der Ergebnisse der Sprachstandserhebung werden ggf. Maßnahmen zur Sprachförderung (über die Kitas) vorgeschlagen und durchgeführt. (126)

Über die Sprachstandserhebungen hinaus werden von den Interviewpartnern weitere Angebote genannt:

In Zusammenarbeit mit der AWO gab es Sprachförderkurse für Eltern. Diese wurden mangels Nachfrage aber inzwischen eingestellt.

Die VHS und die ASH bieten Kurse an (Bergheim fördert die „Kinderbetreuung“). Ebenso werden im Kontext der Lokalen Agenda beim Besuch von Sprachkursen Maßnahmen zur Kinderbetreuung finanziert.

In Quadrath-Ichendorf werden auf freiwilliger Basis Sprachkurse für Eltern angeboten.

Es gibt ein Rucksack-Projekt, bei dem die Eltern in die Aktivitäten zur Sprachförderung der Kinder einbezogen werden.

In Süd-West gibt es verschiedene Angebote über das Stadtteilbudget, dem BAMF oder durch die ASH. (I26)

Ausgehend von den oben genannten Voraussetzungen zur Umsetzung des KiBiz hat jede Kita ein eigenes Konzept zur Sprachförderung zu erarbeiten. In Bergheim hat die Kita „Abenteuerland“ frühzeitig (2005) ein beispielhaftes Konzept für eine Sprachförderung auf Basis eines Interkulturellen Konzepts entwickelt.¹ Es beinhaltet wesentliche der oben genannten Forderungen und Empfehlungen aus dem Nationalen Integrationsplan und bettet diese in einen reformpädagogischen Ansatz ein. Schwerpunkte sind neben der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern die Einbeziehung der Eltern, eine umfassende Qualifizierung der Fachkräfte sowie Überlegungen zur Gestaltung des Übergangs Kindergarten - Grundschule. Darüber hinaus gibt es einen Qualitätssicherungs-Zirkel der städtischen Kitas. Insofern liegen Voraussetzungen für ein stadtweit flächendeckendes Sprachförderkonzept vor. Allerdings wird beklagt, dass die Stadt nur geringen Einfluss habe auf die Kitas der freien Träger:

Auf die Kitas der freien Träger gibt es diesbezüglich nur wenig Einfluss. (I26)

Parallel zum Konzept der „Kita Abenteuerland“ wurde von der Stadt Bergheim ein „Gesamtkonzept der Stadt Bergheim, Sprachförderung, Integration“ im Juli 2005 veröffentlicht. Dieses Konzept ist aber eher als Darstellung der vielfältigen Aktivitäten zur Sprachförderung in Bergheim zu verstehen. In der Bewertung der Erfahrungen wird in dem Konzept festgestellt, dass „Sprachförderbedarf nicht nur in den Einrichtungen besteht, die eine überdurchschnittlich hohe Zahl an ausländischen Kindern betreuen, sondern auch viele deutsche Kinder einer Förderung bedürfen, da sie aufgrund der sozialen Struktur ihres familiären Umfeldes nicht entsprechend angeleitet werden“ (ebd.: 3).

Der Bereich Sprachförderung wird im Demographie-Gutachten für die Stadt Bergheim, Teil 3: Maßnahmefelder, wieder aufgegriffen:

„Nach wie vor haben viele Zuwanderer unterschiedlicher Altersgruppen Sprachprobleme. Auch bei Jüngeren bestehen Sprachdefizite sowohl in der Sprache des Herkunftslandes als auch im Deutschen. Die gezielte Sprachförderung sollte daher im frühen Kindesalter und damit im Vorschulalter beginnen und auch die Eltern von schulpflichtigen Kindern berücksichtigen. Die Sprachfördermaßnahmen in der Stadt Bergheim wurden in der Vergangenheit auf Grundlage von Bedarfserhebungen sehr stark ausgebaut. Mit den entsprechenden Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen und in den Schulen sowie den 5- und 10-Monats-Kursen ist die Stadt Bergheim bereits heute sehr gut aufgestellt (Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim – Maßnahmefelder, 2007: 45).

¹ Kita Abenteuerland: „Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft“. Interkulturelles Konzept, Stand August 2005.

Inzwischen hat die Stadt Bergheim ihre Aktivitäten verstärkt. „In den Bergheimer Kindergärten werden zum Kindergartenjahr 2007/2008 insgesamt 23 Projekte zur Sprachförderung durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) gefördert. Im Kindergartenjahr 2006/2007 waren es 10 Monatskurse. Damit liegt der Fokus bereits vor Inkrafttreten des KiBiz auf einer breiten Förderung von Kindern verbunden mit einer Erleichterung ihres Übergangs in die Grundschule und der Verbesserung ihrer Zukunftschancen“ (SEP 2007: 35).

Die Aktivitäten zur Sprachförderung in den Grundschulen werden unterschiedlich bewertet. Zum einem wird in mehreren Interviews auf den Förderunterricht und so genannte Auffangklassen verwiesen, in denen sprachlich und fachlich auf den Besuch der Regelklasse vorbereitet wird. Für den Förderunterricht steht aber in der Regel nur eine Stunde pro Woche zur Verfügung, was als unzureichend eingeschätzt wird. Zudem wird ein fehlendes Leitbild kritisiert:

Zumeist wird aber ein individueller Ansatz verfolgt. Es liegt kein Integrationsleitbild vor und daher wird kein struktureller Konzeptansatz (z.B. gezielte Förderung in allen Fächern oder besondere Ansätze in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern usw.) verfolgt. (I27)

Für eine Ausweitung des Sprachförderkonzepts sprechen im Weiteren Äußerungen der Agentur für Arbeit und der lokalen ARGE. Hier werden „sprachliche Defizite“ als grundlegendes Problem für die Erwerbsintegration formuliert. Dabei wird hervorgehoben, dass die Schwierigkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund insbesondere in der Schrift- bzw. der Hochsprache und weniger in der Umgangssprache liegen. Für diese Zielgruppe werden Maßnahmen und Kurse mit einer verstärkten Sprachkomponente angeboten. Besser aber wäre eine umfassende Sprachförderung vor dem Übergang in Berufsausbildung bzw. Erwerbsarbeit.

Von den Gesprächspartnern der Interviews, die in den Stadtteilen geführt worden sind, wird die Bedeutung der Sprachförderung, insbesondere die Sprachförderung der Eltern betont. Hier gibt es Hinweise auf eine notwendige Ausweitung der Eltern- und Familienarbeit bzw. von Sprachkursen für Erwachsene.

Das erste Problem ist der Spracherwerb. Das Hauptproblem ist, dass die ausländischen Frauen die deutsche Sprache nicht können, so dass es bei den Kindern zum doppelten Analphabetismus kommen kann. (Mitarbeiterin Freier Träger)

Ich werde ständig mit dem Thema „Integration“ konfrontiert, z.B. im Kindergarten, wenn ich die Kinder hin bringe und mich mit den Eltern unterhalte, merke ich, wie falsch es gewesen ist, nie einen Sprachkurs besucht zu haben. Die Kinder leiden auch sehr stark darunter, weil die im Kindergarten aufgrund der sprachlichen Defizite in die Ecke gedrängt werden. Ich konnte die Sprache nie richtig und konnte es den Kindern auch nicht beibringen. (Ausländische Mutter)

Die Sprache wird nicht beherrscht, daraus entstehen erhebliche Probleme. Trotz z.T. vieler Sprachkurse können die Frauen kein Deutsch und das überträgt sich auf die Kinder. Das Sprachproblem führt zu Benachteiligung in Bildung, Ausbildung und Beruf. Es sollten mehr Sprachkurse angeboten werden. (Migrant)

Folgerungen und Empfehlungen

Die Voraussetzungen für eine aktive Sprachförderung sind gegeben. Insbesondere im Kindergartenbereich ist eine Vielzahl von Angeboten vorhanden. Bei den Jugendlichen, am Übergang Schule – Berufsausbildung sowie bei Erwachsenen ist aber noch ein vielfältiger Bedarf an Fördermöglichkeiten festzustellen.

Zudem fehlt ein einheitliches und verbindliches stadtweites Gesamtkonzept zur Sprachförderung. Im Anschluss an das Konzept der „Kita Abenteuerland“ sollten hierfür entsprechende Eckpunkte formuliert werden. Es wird empfohlen, die Umsetzung dieser Eckpunkte innerhalb des jeweiligen spezifischen Konzepts jeder Kinderbetreuungseinrichtung (also auch von freien Trägern) verbindlich zu gestalten. Gegebenenfalls scheint es sinnvoll, sie als Förderkriterium zu benennen. Die Eckpunkte sollten alle Kinderbetreuungsangebote, Grundschulen sowie den Sekundarbereich der Schulen berücksichtigen. Dabei ist die intensive Einbeziehung von Eltern mit zu berücksichtigen. Die Angebote für Erwachsene und Eltern sind auszuweiten.

Der bestehende Qualitätssicherungs-Zirkel der städtischen Kitas ist in die Formulierung der Eckpunkte einzubeziehen bzw. er ist mit der Erstellung eines ersten Entwurfs zu beauftragen. Hierin sind Qualitätsstandards zu formulieren, die auch als Voraussetzung für eine städtische Förderung von Kindertageseinrichtungen zu formulieren sind. Die Eckpunkte und Qualitätsstandards sollten somit auch Kindertageseinrichtungen freier Träger einbeziehen.

Zur Entlastung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Gebieten mit hoher Anzahl an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird eine gemischte Verteilung von Kindern und Jugendlichen auf verschiedene Kindergärten bzw. Schulen empfohlen (Abbau der ethnolinguistischen Konzentration). Dies führte nicht nur zu einer besseren Verteilung zwischen einzelnen Quartieren und Stadtteilen, sondern würde auch fördernde Lernumwelten (Solga/Wagner 2004) für Kinder- und Jugendliche schaffen. Insbesondere Benachteiligte profitieren von solchen Lernanforderungen, während bei so genannten besser gestellten Kindern und Jugendlichen keine Nachteile in der Lernentwicklung festgestellt werden konnten. „Allerdings würden die besser gestellten einheimischen Kinder gleichzeitig einen Teil ihrer Vorteile verlieren, wenn sich ihre Schulen und Schulklassen stärker ethnisch (und sozial; d.A.) mischen würden“ (Esser 2006: 101).

Diese Form der Intervention zielt über den unmittelbaren Integrationseffekt hinaus auf eine (langfristige) Strategie zur Minderung der Folgen sozialer und Bildungsungleichheit ab und zeichnet sich langfristig als besonders erfolgreiche Strategie zur Vermeidung bzw. Verminderung von Ausbildungslosigkeit und Devianz aus (vgl. Heckman 2008).

6. Betreuung von Kindern

Befunde

In der Kinderbetreuung von Vorschulkindern in Kindergärten bestehen nach Aussagen der dort Beschäftigten kaum Integrationsprobleme. Sowohl das Miteinander der Kinder, als auch das der Eltern wird als eher unproblematisch dargestellt.

Vorbehalte gegenüber ausländischen Eltern (in der Kindertagesstätte) gibt es nicht. Das Miteinander der Eltern in unserer Einrichtung klappt ganz gut, was die denken, können wir nicht sagen. (I17)

Im Kindergarten merke ich nicht den Unterschied zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und deutschen. Uns interessiert nicht die nationale Herkunft, sondern uns interessieren allein die Kinder. Wir machen daher auch keine Unterschiede zwischen der Herkunft der Eltern. Schwierigkeiten gibt es auch mit deutschen Eltern. Es gibt da keine Unterschiede, denn Probleme gibt es immer. Wir sehen da keine ethnischen Unterschiede. Im Gegensatz zu früher werden heute mehr Kinder gegenseitig eingeladen. Früher haben sich die Eltern dagegen gesperrt, das ist heute nicht mehr so. (I17)

Aus diesen Aussagen wird nicht deutlich, ob es Vorbehalte und Unterschiede tatsächlich nicht gibt, oder ob sie nur nicht wahrgenommen werden. In der folgenden Stellungnahme wird sicher richtig angesprochen, dass Begegnung und gegenseitiges Verständnis nicht einfach naturwüchsig passieren, sondern begleitet und angeleitet werden müssen:

Ganz wichtig ist der Kontakt der Eltern untereinander. Über die Kita haben die Eltern die Möglichkeiten, sich untereinander kennen zu lernen. Das braucht aber Begleitung und Anleitung, denn von allein kommen die Menschen kaum zusammen. Das schaffen wir aber durch unsere Angebote. Ein Schwerpunkt ist, dass deutsche Eltern und Eltern aus anderen Kulturen sich gemeinsam an den Projekten beteiligen. Darin fühlen wir uns auch bestätigt. Es kommen auch Deutsche aller Bildungsgruppen, auch Analphabetinnen. (I18)

Kinder gehen vorbehaltlos miteinander um, eine Abgrenzung über Sprache oder Herkunft findet nach den Aussagen der Erzieherinnen nicht statt. Diese Einschätzung wird durch Ergebnisse der Sozialisationsforschung unterstützt, jedenfalls so lange, wie die Kinder nicht durch wesentliche Bezugspersonen anders geprägt werden.

In der Kindertagesbetreuung werden auch die Mütter am ehesten erreicht, jedenfalls soweit eine minimale Sprachkompetenz vorhanden ist. Aber auch die Gewinnung der Mütter für die Teilnahme an Deutschkursen scheint über die Kitas besonders gut möglich. Eine zentrale Rolle spielen die Kitas jedenfalls für das Erlernen der deutschen Sprache durch die Kinder.

Wir brauchen kleinere Gruppen, damit die Kinder besser lernen, Deutsch zu sprechen und lernen, selbständig zu werden. Die Kinder benötigen noch sehr viel individuelle Unterstützung. Es ist erstaunlich, wie schnell die Kinder Deutsch lernen, wenn sie in kleinen Gruppen lernen können. Probleme treten auf, wenn neue Kinder in die Gruppe kommen. (I17)

Großer Bedarf besteht noch bei den jungen Müttern, einen Deutschkurs zu besuchen. Das scheitert oft daran, dass es keine Kinderbetreuung gibt. Außerdem gibt es zu wenig Deutschkurse. Die Kurse reichen nicht, sondern die Frauen müssen auch ein Übungsfeld haben. Dazu sind wir im Moment da. Es muss nicht bei uns sein, sondern in dem neuen Bürgerzentrum müsste es auch solche Treffpunkte geben. Die Frauen müssen so schnell wie möglich Deutsch lernen, damit sie nicht immer nur schlecht bezahlte Arbeit annehmen müssen. (I18)

Ich möchte, dass mein Kind von klein auf mit der Kultur in Deutschland aufwächst. Sie soll mit den deutschen Kindern spielen und sich verständigen. Ich habe keine Angst davor, wie meine Eltern in meinem Kindesalter Angst vor Kontakten hatten. (26-jährige marokkanische Mutter, seit 1984 in Deutschland)

Etwas anders sieht es eine 24-jährige marokkanische Mutter von zwei kleinen Kindern:

Die Kinder leiden auch stark unter der Tatsache, dass ich die deutsche Sprache nie richtig gelernt habe und es den Kindern auch nicht richtig beibringen konnte. Sie werden im Kindergarten aufgrund der sprachlichen Defizite in die Ecke gedrängt. Ich kann mich aufgrund der sprachlichen Schwäche auch nicht aktiv am Kindergartenleben beteiligen, Ich setze sie da ab und gehe. Die Betreuerinnen sind sehr hilfsbereit, aber mit den sprachlichen Schwächen können sie auch nicht weiter helfen. (24-jährige marokkanische Mutter, zwei kleine Kinder)

Als ein Problem wird der Übergang von der Kita in die Schule gesehen:

Ich sehe am Übergang Kindergarten – Schule einen Bruch. An diesem Punkt müssen wir den Kontakt zu den Eltern hinbekommen. Ein Jugendzentrum müsste entsprechend mit Kontakt und Einbezug der Eltern eingerichtet werden. (I18)

Als ein weiteres Problem der Kindergärten wird der Personalmangel genannt:

Wir brauchen mehr Personal, um die notwendige Arbeit zu leisten, um besser auf die Kinder eingehen zu können. Es ist nicht unbedingt nötig, dass es Personal mit Migrationshintergrund ist. (I17)

Es fehlt Betreuung für Kinder. Das Arbeitsamt fordert Flexibilität, aber bietet keinen Kompromiss. (Irakerin, 27 Jahre, verheiratet, ein Sohn, seit 2000 in Deutschland)

Folgerungen und Empfehlungen

Die Kitas müssen in ein gesamtstädtisches Integrationskonzept konsequent eingebunden werden. Ihre zentrale Rolle beim Erwerb der deutschen Sprache für Kinder mit Migrationshintergrund muss durch Fortbildungen und ggf. durch den Einsatz von speziellem Fachpersonal gestärkt werden. Die Länder haben im „Nationalen Integrationsplan“ festgehalten, dass „zur Umsetzung der sprachlichen Fördermaßnahmen (in Kindertagesstätten) ... eine Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher unerlässlich (ist). Die Länder prüfen gegenwärtig unterschiedliche Maßnahmen, dieses Qualifizierungsangebot umzusetzen“(25). Die Stadt Bergheim sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf dringen, dass diese Unterstützung baldmöglichst realisiert wird.

Ein wichtiger Punkt ist die Gestaltung der Übergänge von der Vorschulbetreuung in die (Ganztags-)Schule. In der „Gemeinsamen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung für die Stadt Bergheim, Teil I Jugendhilfeplanung“ wird ausgeführt: „Die vorschulischen Fördermaßnahmen, z.B. vorschulische Sprachkurse, sind sicherzustellen, damit eine optimale Förderung erfolgt“ (53). Aussagen zur Gestaltung der Übergänge von der Vorschulbetreuung in die Grundschule finden sich jedoch noch nicht, da diese Frage bislang noch nicht Gegenstand der Planungsüberlegungen ist.

Untersuchungen im Rahmen des „TransKiGs“-Projektes¹ des Landes NRW haben festgestellt, dass klar strukturierte Übergaben von Kindern aus der Vorschulbetreuung in die Grundschule eher die Ausnahme sind und zudem sehr stark von dem persönlichen Engagement einzelner Erzieherinnen und Lehrer abhängen. Eine möglichst bruchlose Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch von solchen aus sozial schwachen Familien, kann so nicht gewährleistet werden.

Das am 1. August 2008 in Nordrhein-Westfalen in Kraft tretende Kinderbildungsgesetz (KiBiz) macht zu diesem Übergang in §14 einige Aussagen, allerdings sind diese eher organisatorischer Art. Die inhaltlich-konzeptionelle Konkretisierung etwa der in Abs. 2, Punkt 5 genannten „gemeinsame(n) Konferenzen zur Gestaltung des Übergangs in die Grundschule“ und deren Einbindung in ein gesamtstädtisches Integrationskonzept steht damit noch aus. Informationen zur Gestaltung des Übergangs sind über das „TransKiGs“-Projekt des Landes NRW erhältlich.

Die Kitas könnten auch deshalb eine Schlüsselrolle für eine gelingende Integration spielen, weil dies der einzige Bereich zu sein scheint, wo die Eltern, insbesondere die Mütter tatsächlich angesprochen und einbezogen werden können. Dies wird inzwischen von den Familienzentren aufgegriffen.

Um diese Ressourcen nutzen zu können, müssen diese Einrichtungen personell und sachlich so ausgestattet werden, dass sie ihre integrationsbezogenen Aufgaben auch effektiv wahrnehmen können, wozu nicht zuletzt eine interkulturelle Schulung der Mitarbeiterinnen gehören würde.

7. Schule

Im Abschnitt „Beitrag der Länder zum Nationalen Integrationsplan“ wird im Unterabschnitt „Schule als Ort der Integrationsförderung“ ausgeführt: „Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sind die Orte, an denen Integration am erfolgreichsten praktiziert wird. Dennoch vollzieht sich Integration nicht automatisch. Sie erfordert ein hohes Maß an Bereitschaft, Zeit, Anstrengungsbereitschaft und Offenheit von allen Seiten. Die Länder sind sich bewusst, dass Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch einen höheren Aufwand betreiben müssen, um Integrationsarbeit im erforderlichen Umfang leisten zu können. Es besteht deshalb Einigkeit, dass für diese Schulen auch spezifische Mittel bereitgestellt werden, sei es durch Senkung der Frequenzen, Erhöhung des Lehrpersonals oder Unterstützung der Lehrkräfte durch sozialpädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe.“

¹ www.trankigs.de.

Diese Schulen benötigen besonders qualifiziertes Personal. Dem kann zum einen durch Kräfte, die über besondere interkulturelle Kompetenzen verfügen (z.B. Integrationslotsen), zum anderen durch eine Erhöhung des Anteils von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern mit Migrationshintergrund Rechnung getragen werden, sowie auch durch eine konsequente Fortbildung. Module zum Erwerb interkultureller Kompetenzen sind in den neuen Standards für die Ausbildung der Lehrkräfte bereits festgeschrieben. Die Länder werden die dort beschriebenen Maßnahmen zügig umsetzen“ (Nationaler Integrationsplan 2007: 26 f.).

Dass das auch dringend erforderlich ist, hat die letzte Pisa-Studie erneut deutlich gemacht. „In Deutschland erzielen Kinder ohne Migrationshintergrund signifikant und deutlich bessere Leseleistungen als Kinder mit Migrationshintergrund (Quelle: IFS Dortmund).“¹

Befunde

Die befragten Schulen selbst schildern ihre Situation im Wesentlichen als unproblematisch. In keinem der Interviews wird von massiven Integrationsschwierigkeiten mit den Schülern in der Schule berichtet.

Unsere Schüler haben zu 65 Prozent einen Migrationshintergrund, 45 Prozent haben einen ausländischen Pass. Die meisten sind hier geboren. Die schulische Laufbahn ist dadurch hier nicht beeinträchtigt. Das sind keine Gründe, dass sie schlechtere Schüler sind. Unsere Realschulklasse besteht zu 80 Prozent aus ausländischen Schülern. Da die Schüler schon gemeinsam die Grundschule besucht haben, ist die Zusammenarbeit unproblematisch. Es gibt keine Probleme im Miteinander. Wir haben aber eine Gruppe, die von ihren sozialen Kompetenzen her problematisch ist. Da wirken wir erziehend, indem wir Grenzen setzen. Dabei sind unsere Erziehungsschwerpunkte: Verhalten, Benehmen, Grenzen setzen. (I15)

Dass die Aufgabe der Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund ernst genommen wird, macht auch die folgende Feststellung des Leiters der Gesamtschule deutlich:

Bei uns verlässt kaum ein, im letzten Jahr gar kein türkischer Schüler die Schule ohne Abschluss.

Allerdings wird mehrfach darauf verwiesen, dass auch in der Schule die Abgrenzung bzw. Separierung zunimmt, Spannungen wachsen und eine verstärkte Hinwendung zum Islam zu beobachten sei.

Es ist uns nicht gelungen, die Kinder aus ihrer Ghettoisierung herauszuholen. Die Schüler separieren sich auch auf dem Schulhof. Das ist gerade bei den Jungs so. Die Sprachschwierigkeiten sind auch in der zweiten oder dritten Generation noch vorhanden. Ich beobachte in den letzten Jahren eine stärkere Abschottung. Das hängt auch von der Leistungsfähigkeit ab. Je stärker die Schüler sind, umso stärker sind auch die Kontakte untereinander. Die Stärkeren sind und wirken auch integrierter, auch weil die Sprache da eine Rolle spielt. (I16)

Probleme werden eher im Umfeld und in der Infrastruktur sowie in ungenügender Ausstattung und Unterstützung der Schulen gesehen.

¹ Zitiert nach „Spiegel online“, www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,521201-6,00.html.

Als ein Punkt wird die Überforderung der Eltern, aber auch der Schule mit der Erziehung der Kinder gesehen.

Mit dem Ganzttag werden erst die Probleme sichtbar, denn im Ganztagsbereich gibt es nicht mehr die geschlossene Aufsicht, so dass Regelverstöße (Vandalismus, schlechtes Benehmen) deutlich werden. Allein schon deshalb, weil die Pausen mittags länger sind. Darauf sind wir als Lehrer nicht vorbereitet. Das Personal wird dem Ganzttag sowohl von der Qualität als auch von der Quantität her nicht angepasst.

Wir brauchen ein Verhaltenstraining für die Schüler, denn wir als Pflichtschule müssen alle Schüler aufnehmen. Wir benötigen dabei professionelle Hilfe. Ich glaube, dass das auch an dem Umfeld liegt, denn die Kinder kommen aus gestörten Verhältnissen.

Gesunde Familienstrukturen sind auch bei den Ausländern seltener, die müssten Hilfen in Anspruch nehmen. Sie geben das aber nicht zu. Es besteht die Gefahr, dass einige der Kinder in die Kriminalität abrutschen. Die Eltern sind mit der Erziehung überfordert. Das Problem kommt aber nicht vor Ort, d.h. an der Schule, zum Tragen. Wir sehen jedoch die Probleme. Wir sehen, wenn sich Cliques bilden, wir sind eigentlich dann auch zuständig, denn die Probleme wirken sich auf die Schule aus. Wir haben einen Sozialarbeiter, der dann tätig wird und dann hängt die Familie mit drin. Als Schulleiterin sehe ich allerdings nur die Spitze des Eisberges. (I15)

Die Schwächen der Jugendlichen beginnen bereits im Kindergartenalter, und durch die Schwächen der Eltern und auch der Lehrer werden sie auch nicht ausreichend gefördert. Wenn die Kinder dann in der 9. oder 10. Klasse sind, bräuchten sie besondere Unterstützung, die die Eltern nicht leisten können. Die Jugendlichen müssen einen Blick dafür bekommen, was sie werden können und werden wollen und was sie dafür machen müssen. (I02)

Lehrer sind kaum in der Lage, die Eltern anzusprechen. Ich erlebe Lehrer noch immer als Personen, die Eltern maßregeln. (I04)

Als weiterer Punkt wird die Erwartung ausländischer Eltern genannt, dass die Schule die Erziehung der Kinder übernehmen sollte, bei gleichzeitig wahrgenommenen unterschiedlichen Auffassungen über Erziehung. Allerdings wird auch ein mangelndes Bildungsbewusstsein angesprochen:

Die ausländischen Eltern erwarten von uns, dass wir erziehend wirken und dadurch treffen unterschiedliche Methoden aufeinander. Von ihnen kommt durchaus die Forderung, auch einmal eine Ohrfeige zu verteilen. Die Arbeit unserer Kollegen wird durch den erzieherischen Aspekt schwierig, der Deutschunterricht spielt da nicht die Rolle. Die Gruppe, die uns die meisten Probleme bereitet, sind die Marokkaner. Bei den Deutschen sind das eher Vernachlässigungsprobleme, Armut, allein erziehende Mütter usw. (I15)

Bei den Marokkanern gibt es kaum Bildungsbewusstsein. Bei den Türken ist das was anderes. Die Eltern müssen eingebunden werden, insbesondere in die Bildung. Die müssen einen realistischen Blick für das Bildungswesen bekommen. Es muss bereits im Kindergarten damit angefangen werden. (I16)

Auch die „Unerreichbarkeit“ der Eltern, insbesondere der Mütter, ist ein Thema.

Sehr problematisch ist die Arbeit mit den ausländischen Müttern, da die kaum da sind und wir kaum Kontakte zu ihnen bekommen. Es gibt immer noch sehr viele unter ihnen, die hier nicht aufgewachsen sind, die den Weg in die Schule nicht finden. Die Mütter sind z.T. mit der Schule überfordert. Deren Auffassung ist, die Schule soll erziehen. Wir müssten ihnen klar machen können, dass auch sie die Erziehung nicht ganz an die Schule abgeben können. (I15)

Wir haben versucht, an dieser Schule ein Forum zu schaffen. Wir haben versucht, das von unten zu schaffen. Von oben geht das nicht. Anlass war das Attentat von Madrid: Kinder haben hier das Attentat begrüßt. Wir dachten, das darf nicht so weiter gehen. Wir haben uns überlegt, die liberalsten Geister an uns zu ziehen, um das aufzubrechen. Von der arabischen Seite sind nur Väter und keine Mütter erschienen. Wir haben Arbeitskreise gegründet und Maßnahmen entwickelt. Als die Umsetzung erfolgen sollte, erschienen nur noch zwei deutsche Mütter. (I13)

Umgekehrt wird von Seiten der Migranten auch darauf verwiesen, die Schule würde Kinder mit Migrationshintergrund bewusst ausgrenzen:

Hier in Quadrath-Ichendorf gibt es Probleme mit den Schulen: Türkische Kinder werden z.B. von der Realschule (Gutenbergstraße) „vertrieben“. (I01)

Zu wenig bzw. keine Schulsozialarbeit ist ein durchgängiges Thema bei allen interviewten Schulen:

Wir brauchten noch eine weibliche Schulsozialarbeiterin mit Erfahrungen im Bereich Integration, vielleicht auch eine mit Migrationshintergrund, die auch Hausbesuche macht. In den Grundschulen und Kindergärten benötigen wir auch mehr Personal mit entsprechenden Erfahrungen, vielleicht auch mit Migrationshintergrund. Lehrer mit Migrationshintergrund sind mir immer willkommen. (I16)

Ich brauche einen Sozialarbeiter, der türkisch spricht. Die Sozialarbeiterin, die bei uns arbeitet, ist gut, aber überlastet. Die Probleme liegen im Sozialen und das betrifft alle Kinder, die hier sind. Wir brauchen mehr Sozialarbeiter mit mehr Zeit. Wir brauchen sie täglich als feste Stelle. Wir brauchen außerdem eine Schulpsychologin, eine Ergotherapeutin und eine Konrektorin. (I14)

Wir brauchen bei der Sozialarbeit im Ganztagsbereich eine verlässliche Unterstützung von anderen Professionen. Beispiel: Sozialstationen an der Schule mit Krankenschwester, Sozialarbeiter und Psychologen. Wir wollen für 2008 ein Gewaltpräventionskonzept erstellen. Dafür brauchen wir eine Fachkraft, die das durchführt.

Dann benötigen wir Profis, die ein Anti-Aggressionstraining durchführen. Dafür gibt es aber keine Gelder und wenig verlässliche Unterstützung. Das benötigen wir aber, wenn hier im Stadtteil nicht der große Crash kommen soll. (I15)

Zu wenig Vernetzung und Kooperation mit anderen Stellen (Polizei, Integrationsbüro usw.) wird ebenfalls mehrfach genannt.

Wir müssen noch besser unsere Programme für den gesamten Stadtteil abstimmen. Die Schulen müssen mehr eingebunden werden zu den Themen „Jugendgewalt“ „Drogen“ und „Islamismus“. (I03)

Wie kann es sein, dass ein Kind ein halbes Jahr in der Schule fehlt und das Schulamt und das Jugendamt nichts tun. Die Kooperation mit den Schulen läuft ansonsten gut bzw. bestens. Vielleicht auch deshalb, weil den Schulen die Felle davon schwimmen. (I07)

Der größte Teil der Jugendlichen aus dem Wohnpark geht zur Hauptschule. Ich habe auch versucht, einen Kontakt mit der Hauptschule herzustellen. Aber das mit den Schulen ist immer schwierig.

Hier lebt man nebeneinander her. Die sozialen Einrichtungen wissen wohl um die Probleme, man gibt sich auch Mühe, doch eine richtige Zusammenarbeit gibt es nicht. (I04)

Grundsätzlich wäre es richtig, einen Arbeitskreis zu installieren, wo alle sozialen Einrichtungen und Schulen gemeinsam an einen Tisch kommen. Das Jugendamt sollte das leiten. Die Hauptschulen sollten mit Blick auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf uns zukommen. Mit einzelnen Lehrern geht das ganz gut, doch irgendwie läuft das dennoch immer ins Leere. Es scheint in dieser Hinsicht kein wirkliches Interesse vorhanden zu sein. (I04)

Schließlich wird auf die zentrale Rolle und die Möglichkeiten der Schule hingewiesen:

Die Schule ist der prädestinierte Ort für Integration, die Schule ist der einzige Ort, der das leisten kann, wenn es nicht zu viele sind wie an der Hauptschule. (I16)

Ich wünsche mir eine noch stärkere Entlastung der ausländischen Eltern hinsichtlich der OGS. Beitragsfreiheit wäre wünschenswert. In der Grundschule darf Schule kein Geld kosten, um wirkliche Chancengleichheit herzustellen. Ich weiß die Anstrengungen der Stadt zu schätzen, auch wenn sie nicht hinreichend sind. (I14)

Folgerungen und Empfehlungen

Die Schulen fühlen sich mit der Aufgabe der Integration von Schülern mit Migrationshintergrund, aber auch mit der angemessenen Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien allein gelassen und zudem nicht adäquat ausgestattet. Notwendig scheint ein (verpflichtendes) Ganztagsangebot, das durch ausreichende Schulsozialarbeit unterstützt und in ein Integrations-Gesamtkonzept eingebettet wird. Kooperation wird – nicht nur von der Schule – offensichtlich immer wie-

der als eine „Bringschuld“ Dritter gesehen. Die Einbindung in ein Integrations-Gesamtkonzept sollte daher als eine bindende Verpflichtung für *alle* Beteiligten vermittelt und praktiziert werden.

Um den Spracherwerb in der Schule zu verbessern, sollte versucht werden, Schüler so auf die im Stadtgebiet vorhandenen Schulen zu verteilen, dass in *keiner* Schule mehr als 25 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund bzw. mit Sprachdefiziten sind.

Wie die verschiedenen Pisa-Studien gezeigt haben, benachteiligt die Schule systematisch Kinder aus sozial schwachen Familien und besonders solche mit Migrationshintergrund. Diese Tatsache wird allerdings von den befragten Schulleitungen in keinem Falle angesprochen, von Vertretern der Migranten allerdings schon. Obwohl eine Veränderung dieser Tatsache vor allem eine Frage der Lehrer(aus)bildung ist, könnte die Stadt eventuell Schulungen der Lehrer in interkultureller Kompetenz in Eigenregie durchführen.

8. Freizeit

Befunde

Die Freizeitmöglichkeiten werden, nicht nur von den Migranten selbst, insbesondere für Mädchen und Frauen, als schlecht empfunden. So wird immer wieder angeführt, dass es z.B. beim Schwimmen, in Cafés und bei sonstigen Möglichkeiten zur Kommunikation und zur Begegnung Zeiten bzw. Orte geben müsste, wo Frauen unter sich sein können. In dieser Beziehung wird das Angebot des Integrationsbüros begrüßt.

Mir fehlen die Frauenzonen, z.B. ein Fitness-Studio, wo wir Frauen ungestört Sport machen können oder Cafés, wo wir lachen und unseren Spaß haben können, ohne dass sich irgendwelche Männer was drauf einbilden. (Marokkanerin, 25 Jahre ledig, Studentin, seit vier Jahren in Deutschland)

Das Frauenfrühstück finde ich gut. Da kann man von Frau zu Frau über Frauensachen sprechen. (Irakerin, 27 Jahre, ein Sohn, verheiratet, seit 2000 in Deutschland)

Sprachkurse wären also sehr notwendig, außerdem ein Frauencafé. (I04)

Wir haben mal ein Angebot speziell für muslimische Frauen gemacht, das musste aber wieder eingestellt werden, weil die das nicht bezahlen konnten. I(11)

Allerdings werden von einem Interviewten gerade die Freizeit- und Aktivitätsmöglichkeiten für Männer als problematisch beschrieben:

Wir brauchen Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene, für Nichtdeutsche, die mit den klassischen Angeboten eines Jugendzentrums, d.h. durch bestimmte Freizeitangebote, nicht erreicht werden. Es geht da um selbstverwaltete Möglichkeiten und Jugendräume.

Es gibt Etliches für junge Frauen und Mütter, doch wir haben einen großen Bedarf an Angeboten für Männer. Die Zielgruppe Männer mit Migrationshintergrund bleibt bisher außen vor. Die Männer treffen sich zwar in ihren Cafés, doch es gibt keinen Austausch zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. (I19)

In den Jugendzentren (JZ) findet nur wenig bis gar keine Begegnung statt, da faktisch wie in allen Jugendzentren die Tendenz besteht, dass eine Gruppe das JZ

für sich vereinnahmt. Jugendliche Mädchen werden in den Freizeiteinrichtungen nur erreicht, wenn separate Mädchenzeiten angeboten werden.

Elternarbeit ist über die Jugendeinrichtungen praktisch nicht möglich, weil die Jugendlichen das in der Regel ablehnen.

Mädchen kommen gar nicht in den Jugendbereich. Der Jugendtreff ist eher versperrt mit einer Gruppe. Das Jugendzentrum hat einen schlechten Ruf durch diese Gruppe. Im Kinderbereich ist es noch gemischt. Da kommen auch deutsche und muslimische Kinder und auch Mädchen. (I03)

Die eine Gruppe hat das Jugendzentrum besetzt. Es ist noch nicht vorgekommen, dass zwei Gruppen nebeneinander sein können, ohne dass es Stress gibt. In anderen Jugendzentren ist das ähnlich. Ich versuche durch ein entsprechendes Programm dem entgegenzuwirken. Wir benötigen mehr Jugendräume und Freizeiträume. Wir versuchen uns mit dem Stadtteilbüro abzusprechen, damit nicht soviel parallel läuft. (I03)

Ich könnte mir vorstellen, etwas (mehr) für Mädchen zu machen, weil nur wenige hier sind. Ich hatte einmal eine türkische Praktikantin, die zog ausländische Mädchen nach. Ausländische Sozialarbeiterinnen gehen nicht gerne als Praktikantinnen in Jugendzentren. Für eine feste Stelle haben wir keine Mittel zur Verfügung. Wir sind schon von 2,5 auf zwei Stellen gekürzt worden. (I05)

Gut wäre eine finanzielle Unterstützung. Wir sind in diesem Jahr mit unserem Geld nicht ausgekommen. Wenn ich mehr Geld hätte, könnte ich auch mehr Projekte durchführen. Es wäre gut, wenn ich gebildete ausländische Kräfte auf Honorarbasis einstellen könnte. Es müsste noch jemand Muslimisches bzw. mit Migrationshintergrund hierher, der im Team mitarbeitet. (I05)

In den Stadtteilen Ahe und Auenheim wird besonders das Problem der mangelnden Verkehrsanbindung beklagt, was dazu führt, dass die Jugendlichen abendliche Freizeitangebote außerhalb des Stadtteils nicht wahrnehmen können.

Hier ist das Problem der weiten Wege und der schlechten Anbindung, z.B. was die Beratung von der Arbeitsagentur u.ä. betrifft. Nach 19.50 Uhr fährt hier kein Bus mehr, die Jugendlichen können auch nicht weg. (I04)

Wir haben z.T. gut funktionierende Arbeit in der TOT, aber es fehlt völlig an der „Geh-Struktur“. Durch fehlende Anbindung kommt man aus Ahe nicht raus, so dass die Jugendlichen nicht ins Jugendzentrum gehen können, sich allein gelassen fühlen und nichts mit sich anzufangen wissen. Auch deshalb haben wir öfter „Randale“ auf dem Kirchplatz, da müsste etwas geschehen. (I11)

Die befragten Sportvereine verstehen sich zwar im Prinzip als offen für alle, Tatsache scheint aber, dass sie die Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur sehr partiell und mit Schwierigkeiten erreichen:

Wir haben hier leider Schwierigkeiten, Neubürger zu integrieren, das bezieht sich vor allem auf Türken. Vereinzelt kommen Mädchen zum Kinderturnen und Jungen kommen zum Fußball. Angebote für separate Schwimmkurse für Türkinnen wurden nicht angenommen.

Auf Vereinsseite gibt es die Partner und die Offenheit, andere zu integrieren, aber immer unter der Voraussetzung, dass die eigenen Regeln anerkannt werden. (I12)

Wir haben immer die Kinder mit Migrationshintergrund im Verein, aber wir haben keine Ressourcen für spezielle Aktivitäten. Für den Verein gilt, wir haben nur ehrenamtliche Mitarbeiter. Wir müssen Mannschaften der 14- bis 16-Jährigen oft vom Spielbetrieb abmelden, denn diese Gruppe ist aggressiv und gewalttätig. Es ist schwierig für ehrenamtliche Mitarbeiter mit diesen Jugendlichen umzugehen. Das trifft sowohl für Migranten als auch für Deutsche dieser Altersgruppe zu. Im Bereich der 14- bis 16-Jährigen müssen wir regelmäßig wegen Gewalt und Aggression die Mannschaften aus dem Spielbetrieb abziehen. Das betrifft aber auch die deutschen Kinder. (I11)

Was fehlt, sind Kinder- und Jugendangebote von der Stadt. Was weiter fehlt, ist eine anders strukturierte Sport-Jugendarbeit. Das müsste alles schon viel früher ansetzen. Die Sprache wird besser, weil auf dem Platz nur Deutsch gesprochen wird. Zu uns kommen nicht alle. Die Mädchen erreichen wir nicht. Gerade die muslimischen Mädchen können wir nicht erreichen.

Insgesamt bewegt sich viel zu wenig. Wir benötigen Unterstützung von der Stadt Bergheim in finanzieller Hinsicht, damit wir gemeinsam Projekte entwickeln können, die sich speziell an Kinder mit Migrationshintergrund wenden. Ich denke, dass wir das leisten können. (I11)

Es ist nahe liegend, dass die auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit basierenden Vereinsstrukturen mit einer „professionellen“ Integrationsarbeit überfordert sind.

Folgerungen und Empfehlungen

Es sollten in Schwimmhallen, Treffs und Cafes „geschützte“ Räume für Frauen eingerichtet bzw. gefördert werden.

Die Jugendzentren erreichen in drei der betreffenden Stadtteile¹ gerade auch viele eher problematische (männliche) Jugendliche. In dieser Funktion müssen sie personell und sachlich gestärkt sowie in ein gesamtkommunales Integrationskonzept eingebunden werden.

Diese Einbindung muss für die konkreten Gegebenheiten und Anforderungen des jeweiligen Stadtteils konkretisiert werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Verbesserung der Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel.

Auch für die Jugendzentren gilt, dass sie separate Räume und Zeiten für weibliche Jugendliche sicherstellen müssen. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Jugendzentren eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung bekommen. Die Stadt sollte sich verstärkt darum bemühen, (weibliche!) Fachkräfte mit Migrationshintergrund für die Jugendbetreuung einzustellen.

An die Vereine sollten keine zu hohen Anforderungen an ihre Integrationsfähigkeit gestellt werden, es sei denn, es wird ihnen dafür professionelle Unterstützung mit hinreichenden Zeitkontingenten angeboten.

9. Interkulturelle Kompetenz

„Interkulturelle Kompetenz beschreibt die Kompetenz, auf Grundlage bestimmter Haltungen und Einstellungen sowie besonderer Handlungs- und Reflexionsfähigkeiten in interkulturellen Situationen effektiv und angemessen zu interagieren.“²

¹ Der Jugendtreff in Auenheim erreicht nach Angaben der Leiterin überhaupt keine Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

² Deardorff, Darla K., zitiert nach: Thesenpapier der Bertelsmann Stiftung: Interkulturelle Kompetenz – Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts? www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17145_17146_2.pdf, S. 5. „Diese Definition unterscheidet sich von anderen Modellen, weil sie erstmalig auch auf die Wirkung von Interkultureller Kompetenz eingeht. Sie beinhaltet neben der Motivationsebene (Haltungen und Einstellungen) und der Handlungskompetenz zusätzlich eine Reflexionskompetenz (als interne Wirkung) sowie die konstruktive Interaktion (als externe Wirkung von Interkultureller Kompetenz). Damit sind vier notwendige, aber keinesfalls hinreichende Dimensionen Interkultureller Kompetenz angesprochen, die der Konkretisierung bedürfen“ (ebd.).

Der Bürgerausschuss der Stadt Bergheim hat für das Handlungsfeld Integration beschlossen: „Die Stadt Bergheim strebt an, das gegenseitige Verständnis der Kulturen und Religionen, insbesondere auf Stadtteil- und Quartiersebene zu fördern und die örtlichen Akteure dabei zu unterstützen. Ziel ist es, eine nachhaltige Dialogstruktur mit den aus dem Ausland zugewanderten Menschen aufzubauen, um die vielfältigen Chancenpotentiale nutzbar zu machen“.¹

Befunde

In den Aussagen der Interviewten werden sehr gegensätzliche Positionen zur Wahrnehmung und Bewertung der Unterschiedlichkeit deutlich. Sie reichen von:

Ich finde, es ist unheimlich bereichernd, wenn verschiedene Kulturen aufeinander zugehen und ihr Eigenes beibehalten. Das kann man nur, wenn man genügend Selbstbewusstsein hat. (I20)

bis zu

Wenn ich als Gast irgendwo bin, dann muss ich mich auch am Gastgeber orientieren. Jeder der hierher kommt, ist mir willkommen, solange er sich so verhält, wie wir uns auch verhalten. (I12)

Neben einem z.T. großen Verständnis bei Deutschen für die Unterschiedlichkeiten und die Integrationsprobleme von Migranten ist auch eine zunehmende Entfremdung auf beiden Seiten festzustellen:

Das ist immer auch eine Frage, wie man den Begriff „Integration“ interpretiert. Integration kann immer nur funktionieren, wenn beim Gegenüber ein Verständnis für die persönliche Situation und die jeweiligen Werte des Anderen entwickelt wird. Aber die Migranten haben mindestens eine solche Hol- und Bringschuld. Man muss sich auf das Land einlassen, in dem man lebt. (I16)

Das Tolle ist auch, dass sich das Bewusstsein auch bei den deutschen Eltern ändert, wenn man sie einbezieht. Dadurch entsteht eine gegenseitige Bereicherung. Die gegenseitigen, z.T. auch privaten Kontakte, helfen Vorurteile abzubauen. Die meisten Familien sind sehr dankbar für Unterstützung, und andererseits geben sie auch sehr viel. Ich glaube entscheidend ist die Haltung. Woher soll ich als Erzieherin denn wissen, was ich tun soll mit fünf kleinen Kindern, der ARGE im Nacken, aus einem fremden Land kommend und mit einem schwierigen Mann. Da muss und kann ich die Frau doch nur unterstützen, ihren Weg zu finden. (I18)

Da ist die Ghettoisierung der arabischen (marokkanischen) Bevölkerung im Wohnpark. Das ist eine Selbstghettoisierung. verstärkt seitdem die Moschee in Paffendorf gebaut worden ist. (I13)

Ich glaube, Integration muss von beiden Seiten gelebt werden. Früher waren die Beziehungen offener. Seit dem 11.9. ist das kribbeliger geworden. Man ist nicht mehr so offen. Die Umstände führen dazu, dass sich die Migranten noch weiter abschotten. Die bauen sich ihre eigene Infrastruktur auf: Eigene Ärzte, eigene Geschäfte usw. Die Ballung ist einfach zu dicht. Der Anteil der Integrationsunwilligen ist einfach zu groß. Dadurch entstehen die Probleme. Da braut sich was zusammen. Die Entfremdung baut sich auf beiden Seiten auf und kann leicht explodieren. Da muss dringend etwas getan werden. (I07)

Wir müssen ein Forum schaffen, auf dem man offen sprechen kann. Wir müssen die Probleme, die sich durch die Integration ergeben, offen diskutieren können. Das muss in den Stadtteilen geschehen. Man muss auch Tacheles reden können, ohne dass man sich hinterher gram ist, ohne dass man als Nazischwein beschimpft wird. (I13)

Bei den Migranten scheint das Bewusstsein zuzunehmen, dass sie von den Einheimischen nicht verstanden und nicht gewollt werden. Von ihnen wird auch mehrfach auf die ganz unterschiedliche Mentalität zwischen ihnen und den Deutschen hingewiesen. In der Konsequenz ist ein zunehmender Rückzug auf die eigene Gruppe zu konstatieren.

¹ Zitiert nach Endfassung des Handlungskonzepts Nationwork „Dialog der Kulturen“, S. 3.

Früher (80er bis 90er Jahre) wurden wir besser unterstützt und sehr viel „wärmer“ aufgenommen. Danach wurde es (auch durch die Stadt) schlechter. Mit uns Ausländern wird nicht ehrlich umgegangen. Mündliche Zusagen werden häufig nicht eingehalten. Wir haben das Gefühl, dass wir uns alles schriftlich absichern lassen müssen. Wir werden als Ausländer herablassend behandelt. Das hat eigentlich mehr mit dem Islam zu tun, nicht nur „die Ausländer“. (Vertretung eines Moscheevereins)

Hier in Quadrath-Ichendorf gibt es eigentlich keine Begegnung mit den Deutschen. Bergheim ist eigentlich keine Stadt zum Einkaufen, man kommt nicht zusammen. Das ist in Quadrath besonders schlimm. Menschen können nicht richtig zusammenkommen. Bergheim ist kein Ort zum Leben! (Vertretung eines Moscheevereins)

In dieser letzten Äußerung wird die interkulturelle Fremdheit sehr plastisch deutlich. Für die Türken ist Einkaufen ein kommunikativer Akt und nicht nur die Beschaffung von notwendigen Dingen.

Aber auch in anderen Äußerungen werden diese mentale Distanz und die Enttäuschung über die Fremdheit deutlich:

Probleme mit der Integration sind da, aber wie kann man die verbessern? Die Deutschen denken, so ist ein Deutscher, und das sind Ausländer, die wollen sich eigentlich gar nicht integrieren. Wir sind zwar anders (temperamentvoller), aber wir wollen uns integrieren. Unsere Kinder sind hier geboren und gehen hier in die Schule. Warum sollen wir in der Freizeit so großen Abstand halten? Wir sind hier nicht unglücklich oder unzufrieden, aber es könnte mehr und intensiver sein. Die Integrationssituation ist besser geworden. Aber die politische Situation ist schwieriger geworden. Egal was passiert, es wird auf die Religion geschoben. (Vertretung eines Moscheevereins)

Ich weiß aus Gesprächen, dass viele Migranten sich abkapseln, da sie sich aufgrund ihrer Sitten diskriminiert fühlen. Sie fühlen sich komisch und skeptisch angestarrt. Deshalb bleiben sie lieber unter sich. (Marokkanerin, 32 Jahre, verheiratet mit einem Deutschen, zwei Kinder)

Ich fühle mich total betroffen vom Thema Integration, aber ich meine, es ist eine einseitige Geschichte. Wir Migranten werden intensiver angesprochen als ‚die Deutschen‘. Ich habe ein Problem damit, wenn nur ich mich verändern soll. Ich habe viele deutsche Freunde, ehemalige Kollegen und so, aber es ist in der Regel eine oberflächliche Geschichte. Ich kann mir das nicht genau erklären. Es gibt eine sehr kleine Minderheit, bei denen Freundschaft vorhanden ist, aufgrund ehrenhaften Respekts und Verständnis für einander. (26-jährige marokkanische Hausfrau, seit 1984 in Deutschland, ein Kind)

Ich kenne gar keine Deutschen. Die Angst hemmt mich sehr stark. Ich habe Angst, nicht akzeptiert zu werden. (24-jährige Marokkanerin, geb. in Frankreich, verheiratet, zwei Kinder, seit 2000 in Deutschland)

In dieser von beiden Seiten als zunehmend wahrgenommenen Entfremdung liegt eine gefährliche Dynamik, da enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen eine nur noch defizitäre bzw. negative Wahrnehmung der jeweils anderen Seite begünstigen.

Von Migranten, aber auch von Polizeivertretern, wird geäußert, dass seit dem 11.09.2001 neben der Ablehnung als Ausländer verstärkt die Ablehnung als Moslem zugenommen habe.

Mehrfach wird auch auf den wenig respektvollen und herablassenden Umgang von Behördenvertretern mit Migranten hingewiesen:

Die (alltäglichen) Behörden sollten uns mit Respekt behandeln, das Gefühl geben, hier willkommen zu sein. (I01)

Von Vertretern von Migrantenselbstorganisationen (Moschee- und Sportvereine) wird wiederholt mangelnde Zuverlässigkeit von Behördenvertretern in Bezug auf Zusagen und Absprachen beklagt.

Die Bürgermeisterin sollte zu ihrem Wort stehen, z.B. zu ihrer Aussage, die Jugend von Türkspor zu unterstützen. Das Sportamt hat uns z.B. einen Sportplatz zugesagt, bis jetzt ist nichts passiert. (I01)

Ein Vorschlag, mit der (zunehmenden) Fremdheit umzugehen, ist der gezielte Einsatz von „Brückenbauern“:

Wir brauchen Brückenbauer, interkulturelle Vermittler, wie Mohamed Fausi u.a., die die interkulturelle Kompetenz besitzen. Beispiel: Sprachkurse für Frauen sind über solche Brückenbauerinnen sehr erfolgreich gewesen. (I08)

Ein Mangel an interkultureller Kompetenz wird aber mehrfach konstatiert:

Ich glaube, wir haben genügend Infrastruktur in Süd-West. Die Personen kennen sich auch größtenteils. Jeder macht etwas zum Thema Integration, doch jeder macht das nach eigenem Gutdünken. Was fehlt ist das Miteinander. Es ist nicht koordiniert und oft ist die interkulturelle Kompetenz der Beteiligten nicht so entwickelt. (I19)

Die Schule muss sich überlegen, wie sie die Eltern stärker einbeziehen kann. Die Lehrer müssen auch interkulturelle Kompetenzen erwerben. Die Eltern haben Befürchtungen, sich in der Schule kritisch zu äußern, weil sie glauben, dass das auf ihre Kinder zurückwirkt. Es besteht auch ein Bedarf an Weiterqualifizierung für die anderen Aktiven hinsichtlich interkultureller Kompetenzen. (I18)

Die Erwachsenenbildung muss verbessert werden. Die Erwachsenen haben noch Vorurteile. Bei den Kindern ist das anders. Es müssten vor allem für die Leute Angebote gemacht werden, die sich isolieren. Das betrifft Deutsche ebenso wie Ausländer.

Wir brauchen mehr Offenheit im Umgang miteinander. Es muss miteinander gesprochen werden und zwar nicht von außen vorgegeben, sondern es muss Angebote geben, bei denen es auch Mitspracherechte gibt. Die, die es betrifft, müssen auch mitsprechen können. Es sollten auch „Gremien“ gebildet werden, die sich zusammensetzen und miteinander besprechen, was man ändern könnte. Es muss ein Miteinander stattfinden. Es darf nicht über die Köpfe hinweggeredet werden. Es wird aber immer Leute geben, die nicht mitmachen wollen. (I17)

Folgerungen und Empfehlungen

Zur Herstellung eines auf beiden Seiten offenen und konstruktiven Integrationsklimas reicht es nicht mehr aus, so ist aus den von beiden Seiten anscheinend eher als enttäuschend empfundenen bisherigen Integrationsbemühungen zu schließen, „ein bisschen mehr“ zu machen. Alle beteiligten Seiten, Einheimische/Deutsche, Migranten und die Vertreter der Stadt in Verwaltung und Politik, müssen dafür gewonnen werden, einen Neuanfang aktiv mitzugestalten. Es müssen deutlich sichtbare Zeichen eines Neuanfangs gesetzt werden. Dazu gehört offensichtlich eine breite interkulturelle Schulung von Funktionsträgern in Verwaltung, Politik, Schule, Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen usw., aber ebenso ein konsequentes, aber „wohlmeinendes“ und interkulturell reflektiertes Fordern der Migranten, selbst intensivere Bemühungen zum Spracherwerb und zur Integration zu machen. Dafür müssen gerade für sozial schwache und bildungsferne Menschen mit Migrationshintergrund angepasste Möglichkeiten bereitgestellt werden.

Ein solcher Neuanfang wird nur gelingen, wenn erreichbare, d.h. für die Migranten verstehbare, glaubhafte und mit ihren Interessen vereinbare und als sinnvoll wahrgenommene Partizipationsmöglichkeiten entwickelt und konsequent umgesetzt und durchgehalten werden. Solche Partizipationsmöglichkeiten können nicht einseitig vorgegeben werden, sondern sind dialogisch zu entwickeln. Ein entscheidender Hebel dafür ist die konsequente Einbeziehung der Migranten-selbstorganisationen, insbesondere der Moscheen und der Sportvereine.

Das wird auch im Handlungskonzept „Dialog der Kulturen“ angesprochen: „Der Dialog der Kulturen und damit das Miteinander der Menschen im Stadtteil soll gefördert und das Aufkommen von Parallelgesellschaften verhindert werden. Ein wesentlicher Aspekt ist der Kontakt und der Austausch mit Islamischen Verbänden“ (6).

Es wird aber darauf ankommen, es nicht bei mehr oder weniger unverbindlichem Kontakt und Austausch zu belassen, sondern für beide Seiten gleichermaßen „lohnende“ und verbindliche Kooperations- und Umsetzungsstrukturen aufzubauen und nachhaltig zu unterstützen.

10. Zugang zu politischen Entscheidungen

Befunde

Der Zugang zu den politischen Entscheidungen wird von den Interviewten sehr uneinheitlich beurteilt. Das Spektrum reicht von Auffassungen, für die Migranten sei der Zugang zu politischen Entscheidungen unzureichend oder sogar ganz verschlossen, bis hin zu Auffassungen, Migranten hätten zu viele Zugangsmöglichkeiten.

Auch die Aussagen zum Ausländerbeirat reichen von „er ist nur ein Alibi“ bis „er hat zu weitgehende Befugnisse“. Dies gilt insbesondere für Deutsche, während die befragten Migranten die Zugangsmöglichkeiten eher skeptisch beurteilen.

Nein, die sind nicht da. Das ist völlig unzureichend. Wir grenzen sie aus. Der Ausländerbeirat ist ein Alibi. Er hat nicht von seinem Recht Gebrauch gemacht, dem Rat einen Antrag vorzulegen. Eine Hälfte des Rates ist bemüht, die andere Hälfte ist - wie in deutschen Parlamenten auch - völlig unbrauchbar. Auch die EU-Bürger beteiligen sich nicht. Nur Frau N.N.. Sie ist eine Ausnahme. (I08)

Die gibt es definitiv nicht. Ich bin mir nicht sicher, warum auch die zweite Generation noch nicht integrationsfähig ist. Die erste Generation, das ist klar. Die zweite Generation ist hier in die Schule gegangen. Die sind mit Deutschen in die Schule gegangen, die haben heute untereinander keinen Kontakt mehr. Das kann ich nicht verstehen. Sie leben in getrennten Welten. (I10)

Ich bin der Meinung, es gibt viel zu viele Möglichkeiten. Es gibt einen Ausländerbeirat. Für Ausländer gibt es mehr offene Türen als für uns. Die Bereitschaft nachzugeben ist gegenüber Türken sehr viel größer. (I12)

Es gibt keine oder kaum politische Beteiligungsmöglichkeiten. Wir werden komisch angeguckt, werden nicht akzeptiert. Wir glauben nicht, dass wir mit unseren Themen ankommen. Wir reden zu wenig miteinander. (Moscheevorstand)

Das ist eine komplizierte Frage, aber die Politiker brauchen uns, wir haben immerhin 2000 Stimmen. Aber es gibt keine Partei, die an uns wirklich Interesse hat. Deswegen gehen wir in der Regel

auch nicht wählen. Wir haben z.B. die Grünen zehnmal eingeladen, aber sie sind nicht einmal gekommen. (Moscheevorstand)

Die sind nicht vorhanden. Es gibt den Ausländerbeirat. Der versucht im Bereich der Einzelfallhilfe die Menschen stark zu unterstützen. Das ist aber nicht die Aufgabe des Ausländerbeirats. Der Ausländerbeirat nimmt seine eigentlichen Aufgaben nicht wahr und seine Möglichkeiten nicht. Das könnte daran liegen, dass sie demokratische Strukturen nicht kennen und nicht nutzen können, vielleicht stehen dem auch sprachliche Probleme entgegen. (I20)

Ich weiß, dass es einen Ausländerbeirat gibt. Der ist da, hat aber kaum politische Handlungsmöglichkeiten. Zudem ist er überaltert. Die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Leute sind sehr gering. Es gibt eigentlich keine. (I19)

Andererseits wird aber mehrfach auch gesagt, dass die vorhandenen Möglichkeiten des Zugangs zu politischen Entscheidungen nicht genutzt werden bzw. nicht genutzt werden könnten.

Es gibt hier vielleicht politische Beteiligungsmöglichkeiten, doch ich kann sie nicht sehen, das heißt jedoch nicht, dass es die nicht gibt. Aber von Seiten der Migranten sehe ich in dieser Hinsicht auch keine Aktivitäten. (I05)

Wenn man die Beteiligungsmöglichkeiten wahrnehmen würde, dann kann man sich auch einbringen. Das ist aber auch eine kognitive Frage. Wenn ich die Möglichkeiten nicht kenne, dann kann ich sie auch nicht wahrnehmen. Wenn ich nicht weiß, dass ich mich beteiligen kann, dann geht das auch nicht. Dreh- und Angelpunkt ist der Spracherwerb. Da müsste die Stadt mehr aufklären. (I16)

Es gibt einen Ausländerbeirat. Es gibt ein Bemühen, dass Ausländer mehr Mitspracherechte bekommen. Ich vermute, dass es von den Ausländern generell kein Interesse gibt, am politischen Leben teilzuhaben. Ich vermute, es besteht die Tendenz, sich eher abzuschotten. (I03)

Wir haben einen Ausländerbeirat, der versucht hier positiv zu wirken. Er ist interessiert und versucht uns zu unterstützen, das klappt bei den Türken recht gut, bei den Marokkanern ist das schwierig. Die Möglichkeiten sind da. Sie werden aber nicht genutzt. Auch in den einzelnen Ortsteilen gab es immer wieder Initiativen. Doch die haben sich tot gelaufen. Die Leute im Ausländerbeirat sind ältere, gemäßigte Menschen. Vielleicht werden die auch von den anderen nicht akzeptiert. Die Jüngeren, die da mitarbeiten, sind schon integriert. Die gehören aber nicht mehr zu den eigenen Landsleuten. „Wenn man Integration mit Integrierten betreiben will, klappt das nicht, weil die von ihren Landsleuten nicht mehr angenommen werden“. (I07)

Das ist ganz schwierig. Es gibt nicht viele Möglichkeiten, doch diese Möglichkeiten werden nicht genutzt. Der Ausländerbeirat, er ist von sich aus auch nicht sehr initiativ geworden. Es muss ihm wohl gesagt werden, was er tun müsste. (I15)

Von Migranten werden die fehlenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten ebenfalls kritisiert. Sie räumen allerdings ein, dass es durchaus viele Anlaufstellen gibt, und auch der Ausländerbeirat wird z.T. als wichtig und kompetent beurteilt. Als Problem wird jedoch gesehen, dass die Wahrnehmung der Möglichkeiten oftmals an der unzureichenden Beherrschung der deutschen Sprache scheitert.

Ich bekomme sehr wenig von der Politik mit, obwohl ich eigentlich sehr interessiert bin. Ich recherchiere z.B. im Internet nach Gesetzesänderungen usw. Aber die Politik in Bergheim ist mir nicht allzu geläufig. Ich wüsste auch nicht, wo man dafür hingehen muss. Und wählen darf ich auch nicht, weil ich keine deutsche Staatsbürgerschaft habe. (26-jährige marokkanische Hausfrau, seit 1984 in Deutschland, arbeitslos, ein Kind)

Man muss nicht in der Politik sein, um etwas zu verändern, man muss in der Gemeinschaft die Notwendigkeiten erkennen. Ich möchte jedenfalls kein Teil der Politik sein, es interessiert mich nicht, auch nicht in meinem Heimatland. Ich habe zwar die deutsche Staatsbürgerschaft, aber ich gehe bestimmt nicht wählen. (42-jährige Iranerin, Bankkauffrau, seit 1976 in Deutschland)

Wenn ich etwas über die Politik wissen möchte, scheitert es am Verständnis. Die Sprache an sich verstehe ich ganz gut, aber die Amtssprache überhaupt nicht. Das hemmt mich doch sehr stark, mich in der Politik zu engagieren. (27-jährige Irakerin, verh., ein Sohn, seit 2000 in Deutschland)

Nein, ich bin Türkin und verstehe die Sprache absolut nicht, schon gar nicht die Politik. Aber die Politik in der Türkei interessiert mich genauso wenig. (59-jährige Türkin, vier Söhne, zwei Töchter, arbeitslos, seit 28 Jahren in Deutschland)

Die letzte Äußerung verweist auf ein Problem, das auch die Politikforschung anspricht: „Viele Studien zeigen, dass die MigrantInnen ein geringeres Interesse an der Politik haben als einheimische Deutsche. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1998 zeigten nur 3% der befragten MigrantInnen ein ‚sehr starkes‘, 11% ein ‚starkes‘, 43% ‚überhaupt kein Interesse‘, während 31,4% der Deutschen ein ‚sehr starkes‘ oder ‚starkes‘ und nur 14% ‚überhaupt kein Interesse‘ zeigten. (...) In den Bereichen, in denen Ausländer ihre konkreten Interessen haben, sind sie durchaus aktiver beteiligt, z.B. in den Gewerkschaften, Betriebsräten, bei der beruflichen Interessenvertretung und im Sport. (IG-Metall 10% der Mitglieder sind Ausländer, über 50% haben bei den Betriebswahlen ihr Interesse bekannt gegeben).“¹

Gefragt nach Bewertungen und Verbesserungsvorschlägen, sind die Antworten ebenfalls sehr unterschiedlich. Von den Migranten selbst kommen aber auch kaum konkrete Verbesserungs- bzw. Veränderungsvorschläge.

Die hier sind, glauben, dass sie keine Einwirkungsmöglichkeiten haben. Sie glauben auch nicht, dass man sie hören möchte. (I05)

Bekannt ist mir da nichts. Ich weiß nur, dass der Ausländerbeirat möchte in den Rat und in die Politik integriert werden. Aber das gibt Probleme. (I09)

In Quadrath-Ichendorf lebt jedes Baugebiet für sich und daher bleiben auch die Ausländer unter sich. Es gibt zwar viele, die etwas tun wollen, aber es gibt kein langfristiges Engagement. (I12)

Ich vermisse nichts hier in meiner Umgebung. Ich komme gut klar mit den Ämtern. Die Politik bietet klare Infos. Ich kann mir vorstellen, dass viele Migranten interessiert, jedoch gehemmt sind, wegen ihrer Sprachschwächen. (32-jährige Hausfrau marokkanischer Herkunft, mit einem Deutschen verheiratet, zwei Kinder, deutsche Staatsbürgerschaft)

Ein kompetenter Ausländerbeirat ist eine sehr gute Sache für die Bürger. Vielleicht sollten einige Bürgerausschüsse auf mehreren Sprachen stattfinden. Das würde unser Hier-Sein bestätigen. (26-jährige marokkanische Hausfrau, seit 1984 in Deutschland, arbeitslos, ein Kind)

Es muss eine Art Politik für Jugendliche geben, einen Vertreter der Jugendlichen. Politik auf mehreren Sprachen wäre auch ein netter Zug für Neulinge. (42-jährige Iranerin, Bankkauffrau, seit 1976 in Deutschland)

Ich wünsche mir eine Art „Führer“ für die Startzeit. Ich bin als Ehefrau hergezogen und mein Mann war immer nur arbeiten und konnte mich nicht in dieses Land einführen. Ich musste mir zum größten Teil das Notwendige selbst beibringen. Es fehlt ein Bindeglied für die Anfangszeit und für die Kommunikation mit den Deutschen. (24-jährige Marokkanerin, zwei Kinder, geboren in Frankreich, seit 2000 in Deutschland)

Wenn ihr Deutschen Verbesserungen wollt, dann ladet uns ein und kommt zu unseren Einladungen. (Moscheevorstand)

Es gibt zwar Wahlen zum Ausländerbeirat, aber sonst dürfen wir nirgends wählen. Wie sollen wir dann ernst genommen werden? (I01)

Mehrfach wird allerdings darauf hingewiesen, dass der Ausländerbeirat alleine eine Einbeziehung der zugewanderten Bevölkerung in die Politik nicht bewirken kann. Es wird der Vorschlag gemacht, stattdessen oder zusätzlich einen Ratsausschuss mit der Zuständigkeit für Migration einzurichten, wie er in anderen Kommunen z.T. schon seit einiger Zeit besteht.

¹ Dr. Chong-Sook Kang, 2006, Neue Allianzen für Integration - Politische Partizipation von MigrantInnen in Deutschland, Hg.: Heinrich-Böll-Stiftung. http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Allianzen_Beitrag_Kang.pdf.

Es gibt einen Ausländerbeirat. Der ist aber eine Formsache. Da passiert auch nicht viel und da wird auch nicht viel erreicht. Eine Kommune kann da nicht viel machen. Die sollten einen Ausschuss beim Rat einrichten. Das fände ich gut. Das sollte auch für den Städtebau gelten. Die Ghettoisierung sollte aufgebrochen werden. Das ist über die Agenda versucht worden. Das ist gelungen. Da haben zu wenige Ausländer mitgemacht. Das hat an der mangelnden Sprachfähigkeit und auch an der Kultur gelegen. Vielleicht müssen wir da andere Formen finden. (I21)

Den Ausländerbeirat (AB) haben wir ja. In der dritten Wahlperiode. Am Anfang dachte ich, der AB ist gut, doch inzwischen denke ich, er ist nutzlos. Dort wird sich häufig gestritten und die kommen daher nicht zum Handeln. Wir benötigen einen Ratsausschuss für Integration. Der AB hat keine Entscheidungsmöglichkeiten. Viele Menschen wissen nicht, wer das macht. Das Wahlverfahren für den AB ist nicht in Ordnung. Er sollte abgeschafft werden und durch einen Ratsausschuss ersetzt werden. Das Thema ist für uns alle wichtig und ist bei vielen noch nicht angekommen. (I10)

Es gibt die Vorstellung, dass es einen Ratsausschuss für Integration geben sollte. Darin wären dann nicht nur Ausländer, sondern der wäre gemischt. Der könnte die Probleme von beiden Seiten und nicht nur aus der Sicht von Ausländern angehen. Der wäre dann vielleicht auch für junge Leute interessanter, wenn sie mitentscheiden könnten. Als Vorstufe bzw. insgesamt sollten Runde Tische „Integration“ in den Stadtteilen (Dialog der Kulturen) eingerichtet werden, wie das jetzt in Südwest gemacht wird. Da sollten Verantwortliche zusammenkommen, die nicht übereinander, sondern miteinander reden. Darüber sollte Verständnis erzeugt werden. (I19)

Die Auffassung, die Parteien hätten kein Interesse an den Migranten, scheint auch in weiteren Äußerungen auf.

Es gibt eine NRW-Kampagne „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“, wenn sie mehr als acht Jahre ihren Wohnsitz hier haben. Auch die CDU erkennt das Potenzial nicht, das in der Integrationspolitik und in den Personen steckt. Der Ausländerbeirat wird nicht beraten, und ich glaube auch nicht, dass das damals nicht so gewollt gewesen ist. (I08)

In der CDU haben wir einen Türken und eine Zypriotin. Aber viele sind das nicht. Aber sonst prallt das aufeinander. (I09)

Auch diese Meinungen decken sich mit Befunden aus Untersuchung von Kang (2006), der festgestellt hat: „Auch das passive Wahlrecht wird von den MigrantenInnen selten angestrebt und von den Parteiorganisationen nur halbherzig unterstützt: In Hessen waren im Jahr 2000 nur 0,9% aller Mandatsträger in Gemeinderäten und Kreistagen Unionsbürger.“

Folgerungen und Empfehlungen

Von den Befragten selbst werden Vorschläge gemacht, wie der Zugang zu politischen Entscheidungen verbessert werden könnte. Sie reichen vom Vorschlag, „interkulturelle Gremien“ zu bilden, über die Forderung, Angebote mit Mitspracherechten von Migranten zu machen bis hin zu mehr Offenheit im Umgang miteinander und der Etablierung einer kommunalen Dialogstruktur. Ganz praktisch könnte dies auch bedeuten, dass Bürgerausschüsse auf mehreren Sprachen stattfinden.

Offensichtlich braucht es mehr Bewusstsein in der (politischen) Öffentlichkeit für das Problem, aber ebenso für die damit verbundenen Aufgaben und Chancen. Notwendig ist eine kommunale Dialogstruktur. Es gibt bisher offensichtlich keine Gremien, die *gemeinsam* Ziele entwickeln und darüber nachdenken, wie sie zu verwirklichen sind, wer dabei welche Aufgaben übernehmen muss und auf welcher Wertebasis sie sich gründen.

Die im Rat vertretenen Parteien sollten soweit als möglich aktiv auf die zugewanderte Bevölkerung zugehen, um sie für eine Mitarbeit zu gewinnen. Wie bei den Vereinen wird das aber nicht allein durch das Statement gelingen „Wir sind für alle offen!“. Voraussetzung für ein Gelingen wäre eine selbstkritische Überprüfung, inwieweit die internen „Rituale“ und Selbstverständlichkeiten im Umgang miteinander möglicherweise befremdlich oder sogar abschreckend auf Migranten wirken und inwieweit hier Änderungen möglich und gewollt sind.

Als sichtbares Signal, das Thema Integration ins Zentrum kommunaler Politik zu rücken und ihm einen angemessenen Stellenwert zu geben, sollte z.B. der Sozialausschuss des Rates zum Ausschuss für Soziales und Integration umgewidmet werden. Die Experimentierklausel der NRW-Gemeindeordnung (§27 GO) ermöglicht außerdem die Einrichtung eines *Migrations-* bzw. *Integrationsrates* oder *Migrations-* bzw. *Integrationsausschusses*. Dieser besteht zu einem Drittel aus Mitgliedern des jeweiligen Stadtrates und zu zwei Dritteln aus über Listen direkt gewählten Nichtdeutschen.

Wie in den Interviews deutlich wurde, spielt der Ausländerbeirat in der Wahrnehmung der verschiedenen Akteure eine herausgehobene Rolle. Er wird sowohl als hilfreiche und kompetente intermediäre Instanz eingeschätzt, aber auch als Institution, die ihre Möglichkeiten zur Einmischung nur unzureichend nutzt bzw. keine wirkliche Mitwirkungsfunktion hat. Für die weitere Diskussion zur Entwicklung eines umfassenden Integrationskonzepts wird es daher notwendig sein, eine genaue Funktionsbestimmung des Ausländerbeirats als Vertretungsorgan der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorzunehmen.

11. Generelle Einschätzung der Integrationssituation

Befunde

Die Integrationssituation wird von den deutschen Befragten durchgängig als kritisch eingeschätzt, während die Migranten selbst sich differenzierter äußern. Von der deutschen Bevölkerung wird diese Einschätzung vor allem mit einer (Selbst-)Ghettoisierung der Migranten und ihrem Rückzug auf ihre eigene Bevölkerungsgruppe begründet.

Die Integrationssituation ist schlecht. Das Problem ist lange Zeit ignoriert worden. Seit Jahren ist das Problem von mir benannt worden. Man hat das erst in den letzten zwei Jahren wahrgenommen und aufgegriffen, weil die Kriminalitätsrate – nicht nur von Ausländern – sprunghaft gestiegen ist. Dazu trägt auch die Wohnsituation bei. In diesen Wohngebieten sind ausländische Bewohner und deutsche Familien, die durch das soziale Netz gefallen sind. Das ist eine Gemengelage, die sowohl mit der sozialen Lage, als auch mit fehlender Integration zu erklären ist. Das Problem ist, dass die marokkanischen, türkischen und „jugoslawischen“ Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Gruppen auftreten, die Einheimischen eher einzeln. Es braucht vernünftige Wohnungen: die Migranten müssen aus ihren Ghettos heraus. Solange sich da nichts ändert, wird die Integration in die Leere laufen. Das große Problem ist die große Enklave von Marokkanern. Die wurden ghettoisiert und in Wohnanlagen konzentriert untergebracht. (I16)

Ich finde das Zusammenleben sehr angenehm. Meine beiden Kinder werden gut angenommen von den anderen Kindern. Die Eltern sind sehr kontaktfreudig, da ich beide Sprachen, Deutsch und Marokkanisch, beherrsche. (32-jährige Marokkanerin, mit einem Deutschen verheiratet, zwei Kinder)

Es gibt eine Ghettoisierung der arabischen (marokkanischen) Bevölkerung im Wohnpark. Das ist eine Selbstghettoisierung, verstärkt seitdem die Moschee in Paffendorf gebaut worden ist. Ich sehe eine stärkere Islamisierung seit dem Moscheebau. Die Mädchen mit Kopftüchern treten jetzt häufiger als früher auf. Allerdings ist das noch immer eine vereinzelte Erscheinung. Nach einem Besuch von uns in der Moschee ist von der islamischen Gemeinde eine Spende an den Förderverein der Schule gegangen. Uns haben marokkanische Väter bei dem Bau eines Kinderspielplatzes geholfen. Sie haben sich dann aber zurückgezogen. Auch das ist für mich ein Indikator für eine Selbstghettoisierung. Das betrifft primär die marokkanische Bevölkerung. Die Integrationssituation hat sich verschlechtert aufgrund der Tendenz einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, sich zurückzuziehen. Die Stadt macht häufig Angebote, die jedoch nicht angenommen werden. Verschlechterung meint das sich Zurückziehen auf der institutionellen Ebene. Die leben in einer Diaspora und beziehen sich auf sich selber. Bei den anderen Bevölkerungsgruppen geht das besser. (I13)

Die Ghettoisierung hat sich über Jahre entwickelt. Früher war hier in den Siedlungshäusern durchaus noch ein gesundes Mischungsverhältnis, heute leben da überwiegend ausländische Menschen und nur noch wenige Deutsche und zwar solche, die Hartz IV beziehen oder auch ärmere Rentner. Man hätte da wohl eine andere Siedlungspolitik betreiben müssen. Die Integrationssituation ist sehr schlecht. Wenn Feste im Ordenshof oder im Zelt stattfinden, dann kommen schon Ausländer, aber wohl eher von außen. Von den Erwachsenen hier aus dem Stadtteil sieht man niemanden. (I06)

Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre ist der Nährboden für Begegnung gestört, so dass das, was vorher an Positivem da war, nachhaltig gestört ist. Man versucht sich immer mehr zu separieren. (I07)

Ich habe ein Problem damit, dass viele Migranten sehr stur in einem „fremden“ Land auftreten. Ich meine, alle Einreisenden müssen sich anpassen. Ich finde, dass die Einstellung jedes Einzelnen in Frage gestellt werden muss, aber auf eine diplomatische Art und Weise. Man muss als deutscher Bürger z.B. kein Türkisch lernen, um sich zu unterhalten, wo gibt's denn so was? Toleranz ist ein Thema, Anpassung das andere. (42-jährige Iranerin, Bankkauffrau, seit 1976 in Deutschland)

Die Migranten erleben Integration vor allem auf einer persönlichen Ebene. Das heißt, sie fühlen sich integriert, wenn sie sich in ihrem persönlichen Lebensbereich in wichtige Strukturen einbezogen fühlen. Dies gilt insbesondere für Schule, Arbeit und persönliche Kontakte. Andererseits wird das Leben unter sich, das „Ghetto“, in einer als fremd und unverständlich erlebten Welt auch als Schutzraum gesehen.

Also ich finde das Leben hier sehr schön. Was Besseres konnte mir gar nicht passieren, denn wenn ich jetzt in Marokko leben würde, dann wäre ich mit Sicherheit verheiratet. Da ich hier in Deutschland geboren bin, konnte ich es genießen, mich schulisch weiterzubilden. (25-jährige Studentin)

Die Umstände führen dazu, dass sich die Migranten noch weiter abschnitten. Die bauen sich ihre eigene Infrastruktur auf: Eigene Ärzte, eigene Geschäfte usw. Die Ballung ist einfach zu dicht. Der Anteil der Integrationsunwilligen ist einfach zu groß, dadurch entstehen die Probleme. Aber wir bekommen nur die Spitze des Eisberges mit. Da braut sich was zusammen. Die Entfremdung auf beiden Seiten baut sich auf beiden Seiten auf und kann leicht explodieren. Da muss dringend etwas getan werden. (I07)

Der Wohnpark ist heute wie ein Ghetto. Das ist ein Problem, auch wegen der starken sozialen Kontrolle, die von den Familien ausgeht. Die Jugendlichen können sich nur schwer von der Familie ablösen und sich weiter entwickeln. (I04)

Unter meinen türkischen Mitbürgern fühle ich mich richtig wohl, man redet über Alltagsthemen. Ich fühle mich allgemein sehr wohl hier. Meine Kinder fühlen sich ebenfalls richtig gut und deren Zukunft wird gut gefördert. Das Schulsystem finde ich sehr gut und effektiv. (59-jährige türkische Hausfrau, vier Söhne, zwei Töchter, seit 28 Jahren in Deutschland, spricht kein Deutsch)

Obwohl es in Bergheim rd. 100 verschiedene Nationalitäten gibt, wird die bislang nur unzureichend gelungene Integration der Migranten vor allem auf ein Problem im Zusammenleben mit der türkischen und marokkanischen bzw. noch klarer:

der islamischen Bevölkerung zurückgeführt. Es sind sich verstärkende Tendenzen zur gegenseitigen Abschottung zu beobachten.

Die Orientierung und Werbung für den Islam durch eine bestimmte Gruppe wirkt der Integration tendenziell entgegen. Die Gruppe der tendenziell islamistischen Jugendlichen isoliert sich von anderen. Die wollen Shisha rauchen und beten und auch einen Raum haben, um zu beten. Äußerlich ist das den Jugendlichen nicht anzusehen. (I03)

Wir haben Probleme mit Migranten oder besser mit Religionsgemeinschaften, die sich bei uns niederlassen. Wir haben eine Moschee in Quadrath-Ichendorf. Es soll eine weitere Moschee genau auf der Hauptstraße gebaut werden. Da gibt es Widerstand. Bei uns sind Migranten ein ständiges Thema. Beide Seiten werden sehr emotional, wenn es um das Thema geht. Ich und auch die deutschen Bürger sind der Meinung, sie sind Gäste. Wenn ich in ein fremdes Land komme, muss ich mich auch anpassen. Man möchte mit den Menschen leben, wenn sie sich anpassen. Das sieht aber zurzeit nicht mehr so aus. Die Situation ist sehr schlecht, weil die nicht mit uns leben, sondern nur in ihrer Gesellschaft leben wollen. (I09)

Die Religiosität ist ein Problem im Verhältnis zu unserer Freizügigkeit. Das ist ein gefährlicher Widerspruch. Die islamische Gemeinde bietet Fortbildungskurse an, aber nur ihre Sachen (Klöppel-, Computer-, Selbstverteidigungskurse und den Koran, aber nichts, was die gesellschaftliche und berufliche Integration fördert. (I07)

Es gibt in den Moscheen eine Gruppe, die Hausaufgabenbetreuung macht, sich aber von uns entfernt und auch gegen uns arbeitet. (I14)

Die Moschee hat sich nicht negativ auf die Integration hier ausgewirkt. (I05)

Ich habe den Eindruck, es gibt einzelne Familien, die miteinander leben. Ansonsten lebt jeder für sich in seinem Bereich. Allein schon wegen der Moscheen und Gebetshäuser. (I17)

Bei der deutschen Bevölkerung, aber auch bei den Migranten ist eine Angst vor dem/den Fremden zu beobachten. Zu beobachten ist auch, dass es wenig Kommunikation auf der Ebene von Personen wie von Institutionen (z.B. Vereinen) gibt.

Es baut sich auch in der deutschen Bevölkerung etwas auf, so dass wir befürchten, wenn mal etwas passiert, dann geht hier emotional etwas ab. Da baut sich etwas auf. Man hat sich gegenseitig ins Schneckenhaus zurückgezogen. (I07)

Die Integrationssituation ist aufgrund der Wohnstruktur nicht zufriedenstellend. Da ist der Wohnpark und sind die Einfamilienhäuser. Angst und Vorurteile gibt es auf beiden Seiten. (I20)

Die Menschen auf beiden Seiten haben Vorurteile und kommen daher nicht miteinander in Kontakt, um miteinander ins Gespräch zu kommen. (I10)

Die Integration ist sehr schlecht. Die marokkanischen Jugendlichen fühlen sich hier als unerwünscht und für die deutschen gelten die Ausländer als diejenigen, die sehr viel Stress machen. (I04)

Ich weiß nicht, wer hier von der deutschen Bevölkerung Integration will und welche ausländischen Eltern das wollen. Vielleicht müsste man sich gemeinsam mal an einen Tisch setzen und das klären. (I14)

„Meinen Sie die Deutschen, die wir hier integrieren müssen?“ Ich habe mehr Deutsche, die nicht integriert sind und sich über das Zusammenleben mit den Ausländern beklagen. Das läuft schon alles nebeneinander her. (I15)

Die Migranten bleiben viel lieber untereinander. Ein Miteinander gibt es auch, aber es läuft nicht so intensiv. Die jeweiligen Sitten hemmen das Verhältnis doch sehr. (26-jährige Marokkanerin)

Ich kenne gar keine Deutschen. Die Angst hemmt mich doch sehr stark. Ich habe Angst, nicht akzeptiert zu werden. (24-jährige Marokkanerin aus Frankreich, seit 2000 in Deutschland, kaum Deutschkenntnisse)

Mit meinen Nachbarn wird nur über das Nötigste gesprochen. Es gibt keine Probleme, aber auch keine Freundschaften. Ich selbst bin sehr offen, grüße die Nachbarn auch gerne. Aber die Nachbarn möchten den Kontakt nicht pflegen. Ich bin schon froh, wenn ich überhaupt eine Antwort bekomme. Meine einzige deutsche Freundin ist (...). (27-jährige Irakerin, seit 2000 in Deutschland)

Wie die Untersuchung zeigt, geht die Stadt Bergheim mit ihrer Integrationsarbeit aktiv auf die Migranten zu und versucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein gro-

Bes Spektrum von Migranten zu erreichen. Dies gilt insbesondere für Süd-West. Dennoch gibt es Migrantengruppen, die bislang aus den verschiedensten Gründen noch nicht erreicht werden konnten. Dies spiegeln auch die in den Interviews gemachten Äußerungen wider. Aufgabe der weiteren Integrationsarbeit muss es deshalb sein, die Integrationsarbeit auf andere Personengruppen auszudehnen und inhaltlich zu erweitern.

Im Stadtteil Südwest werden die Angebote nicht wahrgenommen. Da kommen Leute hin, die das eigentlich gar nicht benötigten. Die eigentlich schweren Fälle kommen da gar nicht hin. Der Anteil der integrationswilligen Ausländer liegt sicher unter 20 Prozent. Auf die, die das wollen, wird von denen, die das nicht wollen, Druck ausgeübt. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich um Integration bemühen, geben tendenziell auf. Das ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Wir haben fast alles, was nötig ist, doch es wird zu wenig angenommen. Was von der Stadt versucht wird, ist optimal. Man wird wohl langsam wach. Es bewegt sich was. Das ist ein langer Weg, der kontinuierlich gepflegt und gegangen werden muss. Integration ist ein gegenseitiger Prozess und da müssen die Institutionen zusammenarbeiten. (I07)

Wenn die Stadt Integration wünscht, dann wäre für mich die Frage, was versteht die Stadt unter Integration? Was für Ziele hat sie? Wie kann sie uns unterstützen? Integration darf nicht hilfloses Agieren sein, es muss konkret sein. (I14)

Wir haben festgestellt, dass die klassischen Methoden der Integrationsarbeit nicht geeignet sind, die ausländischen Bürger einzubinden. Darum haben wir eine Integrationsfachkraft eingestellt. (I19)

Wir dürfen nicht für vorhandene Finanzierung Probleme suchen, sondern wir müssen analysieren, was zu tun ist und dafür eine Finanzierung suchen. Es muss eine Planungssicherheit da sein. Wenn Projekte nicht mehr gefördert werden, besteht die Gefahr, dass dann alles wieder zusammenbricht. (I18)

Es bewegt sich zwar viel, das Stadtteilbüro macht viel, da bin ich Fan von. Aber es gibt eine sehr starke Abschottung in den Häusern untereinander. Die Marokkaner und die Deutschen bleiben unter sich. Es gibt an den Rändern etwas, z.B. das Integrationsbüro. Aber da ist noch viel zu tun. (I21)

Insgesamt lassen sich drei unterschiedliche Wahrnehmungen von Integration unterscheiden:

- *Das unmittelbare Erleben:* Migranten wollen (in ihrem Lebensstil) anerkannt werden. Sie stellen nur wenige formale Anforderungen an Integration.
- *Bezug auf eine übergeordnete gesellschaftliche Ebene:* aktive (gleiche) Beteiligung in den gegebenen Strukturen (formale Integration).
- *Eröffnung von gleichen Lebenschancen* in Bildung, Arbeit/Beruf und Wohnen (Integration als reale Teilhabechance in bestimmten Lebensbereichen).

Schon bisher werden in Bergheim vielfältige Projekte, Initiativen, Aktivitäten und Konzepte zur Förderung der Integration entwickelt und umgesetzt. Aber sie waren bisher eher punktuell ausgerichtet und nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet. Für eine gelingende Integration ist eine stärkere Berücksichtigung integrations- und migrationspezifischer Belange in den kommunalen Gestaltungsbereichen notwendig. Diese sind auszuweiten und zu systematisieren. Dabei kann an den Vorarbeiten und Erfahrungen der bisherigen Ansätze zur Förderung der Integration angeknüpft werden.

Die Aktivitäten zielen in der Mehrzahl auf eine *formale* Integration und eine *individuelle* Anpassung an die jeweiligen (zum Teil informellen) Normen und Regeln. Seltener werden jedoch die sozio-kulturellen Normen der Migranten berücksichtigt. Auch strukturelle Benachteiligung wird kaum berücksichtigt. Damit werden Hürden aufgebaut, die eine tatsächliche Integration erschweren.

Aus Sicht der Migranten geht es aber vor allem um gegenseitigen Respekt und ihre (persönliche) Akzeptanz bzw. die Akzeptanz der Differenz und um die Möglichkeit eines (selbst-)bewussten Umgangs mit diesen Normen und Regeln (was auch eine mögliche Ablehnung beinhalten kann).

Folgerungen und Empfehlungen

Unseren Überlegungen liegt das Ziel zugrunde, eine Kooperationsstruktur zu entwickeln, die auf gegenseitiger Anerkennung basiert, die aber zugleich Migration als Kernelement in den verschiedenen Handlungsstrategien berücksichtigt.

Die Bewertung von Integrationsangeboten bzw. von deren Annahme ist differenziert zu betrachten. Angebote enthalten immer mögliche Hemmschwellen (z.B. die unhinterfragte Einpassung), genauso wie deren Annahme ein Herausgehen aus der eigenen vertrauten Situation verlangt und neue Verhaltensweisen erfordert. Diese (heimlichen) Schwellen sind zu berücksichtigen. Ihr Abbau gelingt dann, wenn Integrationskonzepte *konkret* auf spezifische Felder ausgerichtet sind und bei deren Umsetzung auch die Schwellen mit reflektiert werden. Erst dann kann die doppelte Forderung von Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit als *aktives* Verhalten realisiert werden.

Beide Seiten, die Einheimischen und die Migranten, müssen das Gefühl bekommen, dass sich Bemühungen um Integration für sie *selbst* lohnen, dass sie *selbst* einen Gewinn von gelingender Integration haben. Solange Integration nur als Forderung *an andere* bzw. als Forderung *von anderen* begriffen wird, wird sie kaum gelingen.

Die Arbeit im Stadtteil Süd-West ist gesondert zu bewerten. Hier sind gute Voraussetzungen für den von uns skizzierten Integrationsansatz gegeben.

Grundsätzlich kritisch zu bewerten ist die Finanzstruktur, die von einer starken Abhängigkeit von befristeten Drittmitteln geprägt ist. Drittmittel sind eine gute Lösung für Projektinnovationen und die Startphase von Initiativen. Aber spätestens mit einer Verstetigung sind neue Anforderungen an die Gewährleistung von Ressourcen und Kompetenzen zu stellen. Um das Integrationskonzept als verstetigtes Handlungsprogramm zur Wirkung zu bringen, muss eine dauerhafte Finanzierung der benötigten Integrationsgrundstruktur gewährleistet sein.

Teil IV

IV Eckpunkte für ein kommunales Integrationskonzept der Stadt Bergheim

Im Folgenden werden die zu den einzelnen Integrationsfeldern formulierten Empfehlungen zu Eckpunkten für ein kommunales Integrationskonzept zusammengefasst. Wir tragen damit dem Tatbestand Rechnung, dass zu den einzelnen Integrationsfeldern zum Teil übergreifende Empfehlungen gemacht wurden, die nicht nur das jeweilige Feld allein betreffen, sondern häufig übergreifend angelegt sind. Dies betrifft sowohl den Bereich Sprache wie vor allem auch die Bereiche Kindertagesbetreuung und Schule, Arbeit und Bildung sowie Wohnen und Freizeit usw. Ergänzt werden die Themenfelder um den Bereich Unterstützung und Entwicklung der lokalen „ethnischen“ Ökonomie, die für Integration, Beschäftigung, Ausbildung und ortsnahe Versorgung mit Diensten und Dienstleistungen eine hervorgehobene Rolle einnehmen kann.

Gleichwohl ist mit den hier vorgeschlagenen Eckpunkten die Entwicklung von bereichsbezogenen Konzepten für die einzelnen Integrationsfelder nicht obsolet. Im Gegenteil, die Eckpunkte fokussieren auf übergreifende Felder und formulieren allgemeine Strategien, während für die einzelnen Integrationsfelder konkrete bereichsbezogene und überwiegend fachlich orientierte Strategien zu entwickeln sind.

Die von uns formulierten Empfehlungen sind daher nicht auf ihren integrations-spezifischen Fokus zu reduzieren. Sie stellen unter Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aktive Gestaltungsfelder einer kommunalen Sozialpolitik dar. Das heißt: Alle Vorschläge bzw. vorgeschlagenen Maßnahmen sind Bestandteil kommunaler sozialpolitischer Gestaltungsdebatten. Diese umfassen Strategien gegenüber den Problemfeldern sozialer Ungleichheit und vor allem von Bildungsungleichheit, wie sie seit den PISA-Untersuchungen geführt werden. Sie greifen zudem auf Debatten einer aktiven kommunalen Arbeitsmarktpolitik zurück und basieren auf Diskussionen und Strategien, wie sie im Kontext des Programms „Soziale Stadt“ geführt werden.

In den Eckpunkten werden zudem erste Vorschläge für eine übergreifende Steuerungsstruktur gemacht. Hier geht es vor allem darum, Vorschläge zur Koordination der Akteure und ihrer Einbindung in eine gesamtkommunale Strategie zu gewährleisten. Ausgangspunkt ist die Anforderung einer interkulturellen Öffnung der kommunalpolitischen Gremien und der Kommunalverwaltung. Daher ist die federführende Verantwortung für die Umsetzung möglichst „hoch“ anzusiedeln und die koordinierende Stelle mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Nicht zuletzt empfehlen wir die Entwicklung eines kommunalen integrationspolitischen Leitbildes.

In unseren Eckpunkten beginnen wir aber – entgegen dem üblichen Vorgehen – nicht mit diesem Thema, sondern schlagen vor, dass die Formulierung des Leitbildes quasi als Auftakt für die Implementierung des Integrationskonzeptes genutzt wird. An diesem Auftakt sollten die wichtigsten lokalen Akteure der Integrationsförderung zusammengeführt werden und beteiligt sein.

Die Eckpunkte sind nach folgenden Bereichen gegliedert:

- Aufwachsen,
- Ethnische Ökonomie,
- Wohnen und Freizeit,
- Gestaltungs- und Strukturaspekte (Kooperationssituation und Kultur des Zusammenlebens, Datenerhebung, strukturelle Verankerung in Politik und Verwaltung).

Ehe auf diese Eckpunkte näher eingegangen wird, erfolgt zunächst eine kurze Einschätzung der sozioökonomischen Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Dabei wird auf das Fazit aus Teil II (Soziodemographische Struktur) zurückgegriffen.

Für die sozioökonomische Situation der Migranten sind vier Aspekte zentral:

1. *Wohnsituation.* Die Zahl der nichtdeutschen Wohnbevölkerung hat über die Jahre zugenommen. Sie ist prägender und gestaltender Teil einzelner Stadtteile. Daher hat sie nicht nur unter Berücksichtigung des Ziels der Stadt Bergheim, ihren Einwohnerstand auf der jetzigen Höhe zu halten, eine hohe Bedeutung, sondern auch für die weitere Stadtentwicklung.
2. *Arbeit und Arbeitsmarkt.* Die ausländischen Arbeitskräfte sind überwiegend ungelernte Arbeiter, nicht zuletzt deshalb sind sie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. In Bergheim nimmt die Zahl der arbeitslosen Ausländer tendenziell zu. Da sie geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sind viele von ihnen zudem auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Dies führt zu einem erhöhten Armutsrisiko.
3. *Kinder und Jugendliche.* Die Situation für Kinder und Jugendliche ist besonders schwierig. Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher ist gering, und ihr Anteil an den Arbeitslosen ist, gemessen an ihrem Anteil an der ausländischen Bevölkerung, überproportional. Auch bei den Schulabschlüssen schneiden sie schlechter ab. Etwa die Hälfte von ihnen hat lediglich einen Hauptschulabschluss. In der Hauptschule und der Förderschule sind sie überproportional vertreten.
4. *Deutsche und Ausländer:* Die Ängste und die Ablehnung, die im Verhältnis von Deutschen und Ausländern eine Rolle spielen und bei den Einheimischen durch die Umschichtung der Bevölkerung hervorgerufen werden, spiegeln sich nicht direkt in den in dieser Studie dokumentierten Zahlen wider. Die Verteilung der Migrationsbevölkerung auf die Stadtteile, Wohnviertel, Kindergärten und Schulen lässt die Grundlagen der Probleme deutlicher werden, die von der Bevölkerung und der Politik thematisiert werden.

Es ist hervorzuheben, dass die besondere sozioökonomische Situation nicht nur allein auf den Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund zutrifft, sondern dass ebenso Teile der deutschen Bevölkerung von diesen letztendlich übergreifenden Strukturveränderungen betroffen sind. Ein aktives Integrationskonzept konzentriert sich daher nicht nur auf diesen Teil der Bevölkerung, sondern nimmt in seinen Strategien ebenso die Benachteiligten der deutschen Bevölkerung mit in den Blick. Daher ist es wichtig, wesentliche Teile der Eckpunkte als aktive sozialpolitische Gestaltungsaspekte in der Stadt Bergheim zu verstehen. Diese richten sich nicht auf die Migrationsbevölkerung als alleinige, besondere Zielgruppe (und setzen damit bestimmte Stigmatisierungseffekte fort, wenn auch vorrangig auf positive Stigmatisierung ausgerichtet), sondern beziehen sich auf konkrete soziale Situationen bzw. auf deren aktive Gestaltung im Sinne einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung.¹

ECKPUNKTE

1. Aufwachsen

Für die in der Stadt Bergheim bestehenden (bei Bedarf ganztägigen) Betreuungsangebote für alle Kinder ab drei Jahren und ebenso für den Bereich Schule ist ein übergreifendes interkulturelles Konzept, verbunden mit einem Konzept zur Sprachförderung, zu entwickeln. Es ist notwendig, Anstrengungen zur Anhebung der sprachlichen Kompetenzen bei allen Gruppen der Migrationsbevölkerung zu unternehmen. Auch wenn es nicht erforderlich ist, die deutsche Sprache perfekt zu beherrschen, um arbeiten oder sich im Alltag verständigen zu können, ist doch das Beherrschen der (Landes-)Sprache *die* entscheidende Brücke zur Integration.

Ein solches interkulturelles Konzept sollte auf *alle* Betreuungs- und Schulangebote ausgerichtet werden. Hierzu sind verbindliche Standards zu entwickeln, die von den einzelnen Einrichtungen anhand des jeweiligen Bedarfs konkretisiert werden. Es sollte dabei auf die Vorarbeiten in den Kitas und Schulen zurückgegriffen werden. Zum Beispiel können im Anschluss an das Konzept der „*Kita Abenteuerland*“ in einem ersten Schritt entsprechende Eckpunkte formuliert werden. Ebenso sollten die bereits bestehenden Arbeitsstrukturen, wie z.B. der Qualitätssicherungs-Zirkel und dessen Ergebnisse, einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Umsetzung dieser Eckpunkte in die jeweiligen spezifischen Konzepte

¹ Vgl. hierzu die Maßnahmefelder und Konzeptionen aus den Berichten und Entschließungen zu den Maßnahmefeldern im „Demographischen Gutachten für die Stadt Bergheim“ – hier insbesondere Teil 3 Maßnahmefelder sowie Ratsvorlage Nr. 637/2007 Untersuchung über „Umfang und Auswirkungen des demographischen Wandels in der Stadt Bergheim“, hier: Drittes Teilgutachten „Maßnahmefelder“ und umzusetzende Maßnahmen.

jeder Kinderbetreuungseinrichtung einzubetten, und zugleich sollte die Anforderung für alle städtischen und seitens der Stadt geförderten Einrichtungen (also auch für die freien Träger) verbindlich sein.

Elternarbeit ist als ein besonderer Aspekt in dem Konzept zu betonen. Dies ist insbesondere in Bezug auf bildungsferne Bevölkerungsteile eine wesentliche Voraussetzung für eine Einbeziehung von Eltern bzw. Familien in die Bildungsentwicklung. Eine intensive Eltern- und Aufklärungsarbeit in Kitas und Schulen ist in Bezug auf die Bildungs- und Sprachentwicklung sowie für den Sek I-Bereich in Bezug auf Berufsorientierung erforderlich. Im Rahmen der Elternarbeit sollte aktiv auf Migranteltern zugegangen werden, um mögliche Barrieren und Hemmschwellen zu überwinden.

Ein wichtiger Punkt ist die Gestaltung der Übergänge von der Vorschulbetreuung in die (Ganztags-)Schule. In der „Gemeinsamen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung für die Stadt Bergheim, Teil I Jugendhilfeplanung“ wird zwar ausgeführt: „Die vorschulischen Fördermaßnahmen, z.B. vorschulische Sprachkurse, sind sicherzustellen, damit eine optimale Förderung erfolgt“ (53), Aussagen zur Gestaltung der Übergänge von der Vorschulbetreuung in die Grundschule finden sich jedoch noch nicht (sie waren bisher auch noch nicht Gegenstand des Planungsauftrages). Auch hierbei kann auf die Vorarbeit der „*Kita Abenteuerland*“ zurückgegriffen werden. Sicherlich lassen sich die Schulen nicht per se in ein solch umfassendes Konzept einbinden. Aber gerade bei den direkten Übergängen von der Kindertagesbetreuung in die Grundschule sowie bei der Gestaltung der Ganztagsbetreuung ergeben sich Möglichkeiten, mit den Schulen verbindlich zu kooperieren und sie in das interkulturelle Konzept einzubinden.

Der Bereich Offene Ganztagschule ist im Aufbau. Ein umfangreiches Betreuungsangebot ist an den Grund- und Hauptschulen vorhanden. Schulsozialarbeit ist an den Grundschulen, Hauptschulen und der Gesamtschule etabliert. Allerdings ist das Betreuungskonzept (Bildung, Erziehung, Betreuung) an den offenen Ganztagschulen unter pädagogischen und interkulturellen Gesichtspunkten noch nicht ausreichend entwickelt. Dieser Bereich ist in das interkulturelle Konzept einzubeziehen. Das Ganztagsangebot sollte durch eine ausreichende Schulsozialarbeit unterstützt werden. Die Einbindung in ein Integrations-Gesamtkonzept sollte daher als eine bindende Verpflichtung für alle Beteiligten vermittelt und praktiziert werden. Zugleich benötigen Schulen in den Problemquartieren eine verstärkte Ausstattung sowie die Entwicklung eines besonderen (sozial-)pädagogischen Konzeptes. Unter dem Aspekt der Einbeziehung der Ganztagschule ist die Einbeziehung des Sek I-Bereichs in das interkulturelle Konzept vorzusehen.

Im Rahmen des Aufbaus eines solch umfassenden Betreuungsangebots von Kindertagesbetreuung über die Grundschule bis zu den Förder- und Hauptschulen sollte allen Mitarbeitern eine Qualifizierung in interkultureller Kompetenz angeboten werden.

Als wichtige Rahmenbedingung zur langfristigen Absicherung der Integrationsbemühungen in diesem Bereich sollten zur Entlastung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Gebieten mit hoher Anzahl an Bewohnern mit Migrationshintergrund „sprachlich gut durchmischte Gruppen“¹ von Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen bzw. Schulen eingerichtet werden (Abbau der ethnolinguistischen Konzentration). Ebenso wird vorgeschlagen, durch ein entsprechendes Schulmanagement Segregation zu vermeiden.² Insofern ist zu überlegen, wie der in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Vorschlag, dass in *keiner* Schule und *keiner* Kindertageseinrichtung der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. mit Sprachdefiziten höher als 25 Prozent sein sollte, trotz schwieriger Rahmenbedingungen in Bezug auf Zuweisungsregeln u.a.m. durch entsprechende (möglicherweise freiwillige) Vereinbarungen oder Arrangements initiiert, gefördert und unterstützt werden kann. Dies würde nicht nur zu einer besseren Verteilung zwischen einzelnen Quartieren und Stadtteilen führen, sondern auch fördernde Lernumwelten erzeugen. Darüber hinaus sollten von den Schulen in den Stadtteilen mit hohem Anteil an Migranten bzw. besonderen sozialen Problemen Konzepte der Schulsozialpädagogik entwickelt werden.

Wir empfehlen, das interkulturelle Konzept einschließlich des Sprachförderungskonzepts in Bezug auf Kindertagesbetreuungseinrichtungen und Schulen nach einer Übergangszeit, z.B. ab dem Schuljahr 2009/2010, zum verbindlichen Förderkriterium (ggf. auch für zusätzliche Unterstützung) zu machen.

2. Ethnische Ökonomie

Ethnische Ökonomie ist bisher kaum als Wirtschaftsfaktor wahrgenommen worden. Ebenso werden die dort bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten nur wenig genutzt.

Auch aus den von uns geführten Expertengesprächen geht deutlich hervor, dass bisher nur in geringem Maße eine Förderung der ethnischen Ökonomie stattgefunden hat. Allenfalls im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung wurden Unternehmungen von Migranten bei ihrer Ansiedlung unterstützt. Bei der Förderung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen wurde eher motivierend als eingreifend agiert. Zudem werden Probleme im Einzelhandel in Bezug auf Überreprä-

¹ Vgl. Nationaler Integrationsplan 2007: 54.

² Ebd.: 67.

sensation in einigen Stadtgebieten konstatiert. Insbesondere die Zunahme an Billigläden in den Haupteinkaufsstraßen wird kritisiert. Ein Einzelhandelskonzept ist in Arbeit.

Dabei sind Konzepte zur Förderung der ethnischen Ökonomie aus drei Gründen für das Integrationskonzept und für die Entwicklung der Stadt Bergheim von besonderem Interesse:

- Die ethnische Ökonomie kann zur Sicherung der lokalen Versorgungsstruktur und der Stabilisierung in einzelnen benachteiligten Stadtteilen beitragen. Dies gilt grundsätzlich auch für die von uns untersuchten Stadtteile. Diese sind in der Regel durch Arbeitslosigkeit und Qualifikationsdefizite, durch den Rückgang lokaler Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen und durch ein schrumpfendes Angebot wohnortnaher Ausbildungs- und Arbeitsplätze geprägt. Die gezielte Entwicklung lokaler und ethnischer Ökonomie kann dagegen zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in benachteiligten Stadtteilen beitragen, sie kann eine Abwärtsspirale ökonomischer, sozialer und baulicher Erosion einzelner Stadtteile mindern oder gar umkehren. Daher stellt die Entwicklung lokaler Wirtschaftsstrukturen ein wichtiges Potenzial für die Stabilisierung und Aufwertung des Quartiers dar. Ethnische Unternehmungen leisten einen „spürbaren Beitrag“ zur lokalen Versorgung, insbesondere in den Dimensionen Beschäftigung und soziale Integration (vgl. Nationaler Integrationsplan 2007: 118f.).

Die ethnische Ökonomie hat insgesamt ein volkswirtschaftlich relevantes Volumen erreicht. Bundesweit wurden 2003 ca. 285.000 ausländische Selbstständige gezählt. Dabei liegt die Selbständigenquote bei den Hauptmigrantengruppen zwischen 6 und 15 Prozent (im Vergleich dazu bei der deutschen Bevölkerungsgruppe bei ca. 10 Prozent). Und die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze wird auf über eine Million geschätzt, dies entspricht ca. drei bis vier Prozent aller Arbeitsplätze.¹

- Die ethnische Ökonomie kann dazu beitragen, das lokale Gewerbe zu stärken und Nahversorgungsstrukturen zu sichern. Sie hat ihren Schwerpunkt in lokal nachgefragten Dienstleistungen, insbesondere personen-, haushalts- und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen. Daher wird im Nationalen Integrationsplan die gezielte Stärkung von Betrieben der sozialen und der ethnischen Ökonomie empfohlen.
- Die ethnische Ökonomie hat eine besondere Integrationsfunktion. Sie stellt ein Vehikel des sozialen Aufstiegs dar, bietet kulturellen Austausch und Bereicherung durch besondere Waren und Angebote, und sie bietet Chancen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze in einem bestimmten für Migranten relevanten Bereich: dem der einfacheren Qualifikation (insbesondere für Neuzugewanderte).

Aber für den Bereich der ethnischen Ökonomie sind auch spezifische Probleme festzustellen. Vorrangig werden Kleinbetriebe gegründet, die zudem einer hö-

¹ Vgl. zur Einwanderer-Ökonomie: www.schader-stiftung.de.

heren Fluktuation (und damit häufigeren Insolvenzen) als vergleichbare Unternehmungen Deutscher unterliegen. Die Betriebe der ethnischen Ökonomie sind durch andere Strukturen als das deutsche Gewerbe gekennzeichnet: in Bezug auf die Altersstruktur der Inhaber, ihre im Vergleich niedrigere Qualifikation, die Betriebsgröße, die Hauptbranchen, die Höhe des Gründungskapitals sowie die besondere Form der familiären Unterstützung und bestehende soziale Netzwerke. Bei den Beschäftigten ist ein geringerer Frauenanteil zu verzeichnen und zugleich ein hoher Anteil unbezahlt arbeitender Familienangehöriger. In ihrer (Kunden-) Ausrichtung zeigen sie einen starken Bezug auf die eigene Ethnie (z.B. durch die Versorgung mit „heimischer Ware“).

Betriebe der ethnischen Ökonomie sind im Handwerk und bei wissensintensiven Dienstleistungen unterrepräsentiert, sie haben ihre Schwerpunkte in Handel und Gastronomie.

Ein Teil der aktuellen Existenzgründungen der ethnischen Ökonomie entsteht aus Arbeitslosigkeit heraus. Sie weisen die gleichen Probleme auf wie Existenzgründungen arbeitsloser Deutscher: häufig fehlendes Wissen über Fördermöglichkeiten, Qualifizierung und Coachingangebote. Die Insolvenzquote ist höher als bei begleiteten und geförderten Existenzgründungen sowie bei Existenzgründungen von höher Qualifizierten.

Vor diesem Hintergrund werden in der Fachdiskussion folgende Empfehlungen zur Stärkung der ethnischen Ökonomie formuliert:

- Die kommunale Wirtschaftsförderung sollte sich in benachteiligten Stadtgebieten gezielt sozialräumlich ausrichten und stärker die Förderung des lokalen Gewerbes (einschließlich der ethnischen Ökonomie) in ihre Strategien einbeziehen. Ein weiterer Schwerpunkt könnte in speziellen Konzepten für (günstige) Gewerberäume liegen ebenso wie in der Initiierung von Netzwerken und die Einbindung in wirtschaftsrelevante Einrichtungen (wie Kammern). Im Nationalen Integrationsplan erklären sich Länder und Kommunen bereit, eine stärkere Förderung der ethnischen Ökonomie durch Bereitstellung von Finanzmitteln und personellen Ressourcen sowie von Beratungsangeboten zu verfolgen (2007: 119f.).
- Insbesondere gilt es, Existenzgründungen zu unterstützen und aufgrund der oben gezeigten erschwerten Startbedingungen bei Betrieben ethnischer Ökonomie auch bestehende Betriebe gezielt zu unterstützen, z.B. durch „Vor-Ort-Büros für Wirtschaftsentwicklung“ und andere niedrighschwellige Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen.
- Ethnische Betriebe sind ein besonderer Faktor der kommunalen Beschäftigungspolitik und daher bei der Förderung der Ausbildungsbereitschaft in strategische Überlegungen einzubeziehen.

Es wird in diesem Zusammenhang auf die derzeitige Erarbeitung eines Einzelhandelskonzepts verwiesen, in das besondere integrationspezifische Aspekte zu integrieren sind.

3. Wohnen und Freizeit

In der starken räumlichen Segregation, d.h. der Konzentration auf wenige Wohnquartiere wird eine wesentliche Ursache für nur schwer gelingende Integration gesehen. Diese Wohnquartiere weisen auch hinsichtlich der Infrastruktur typische Merkmale solcher Quartiere auf. Hier gibt es Einkaufsläden, Tee- und Imbissstuben, auch Gaststätten und Moscheen. Sie erfüllen die Funktion eines Bindegliedes zwischen Herkunftsland und Aufnehmerland.

Die Stadt Bergheim nimmt die mit der räumlichen Segregation entstandenen Probleme nicht nur wahr, sie hat sie darüber hinaus auch in ihrem integrierten Handlungskonzept für den Stadtteil Süd-West bereits berücksichtigt. Beispielhaft hierfür sind die zahlreichen Aktivitäten, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in Bergheim Süd-West entwickelt worden sind.

Kurzfristig sollten Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen, aber auch auf deren Imageverbesserung zielen, um auch einkommensstärkere Schichten im Stadtteil zu halten. Zu nennen wären hier insbesondere:

- bessere verkehrstechnische Anbindung der Wohnquartiere an die Zentren der Stadt (öffentlicher Nahverkehr);
- Fortschreibung und Ausdehnung der Integrations- und Stadtteilbüros auch auf Stadtteile, in denen solche Angebote noch nicht vorhanden sind.

Die Freizeitmöglichkeiten, insbesondere für Mädchen und Frauen, werden nicht nur von den Migrantinnen selbst als schlecht empfunden. Es wird immer wieder angeführt, dass es z.B. beim Schwimmen, in Cafés und sonstigen Möglichkeiten zur Kommunikation und zur Begegnung Zeiten bzw. Orte geben müsste, wo Frauen unter sich sein können. In dieser Beziehung wird das Angebot des Integrationsbüros begrüßt.

Die Jugendzentren müssen in ein gesamtkommunales Integrationskonzept eingebunden werden. Diese Einbindung muss für die konkreten Gegebenheiten und Anforderungen des jeweiligen Stadtteils konkretisiert werden. Für die Jugendzentren gilt generell, dass sie separate Räume und Zeiten für weibliche Jugendliche sicherstellen müssen. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Jugendzentren eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung bekommen. Die Jugendhilfeplanung ist auf diese Anforderungen auszurichten. Die Stadt sollte sich verstärkt darum bemühen, (weibliche!) Fachkräfte mit Migrationshintergrund

für die Jugendbetreuung einzustellen. Zu prüfen ist darüber hinaus, ob die Jugendzentren im angemessenen Umfang erreicht werden können bzw. wie deren Erreichbarkeit verbessert werden kann.

4. Gestaltungs- und Strukturaspekte

Schon bisher wurden in Bergheim vielfältige Projekte, Initiativen, Aktivitäten und Konzepte entwickelt und umgesetzt. Aber sie waren bisher eher punktuell ausgerichtet und nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet. Die oben aufgezeigten Anforderungen an einen aktiven Integrationsprozess haben deutlich gemacht, dass für eine gelungene Integration eine stärkere Berücksichtigung integrations- und migrationspezifischer Belange in den kommunalen Gestaltungsbereichen notwendig ist. Sie sind auszuweiten und zu systematisieren. Dabei kann an den Vorarbeiten und Erfahrungen der bisherigen Ansätze zur Förderung der Integration angeknüpft werden. Es wird aber deutlich, dass über die bisherigen Strukturen hinaus ein *eigener* Gestaltungsauftrag Integration wahrzunehmen ist, der einer entsprechenden Rahmen- und Steuerungsstruktur bedarf.

Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Gesamtstrategie ist die Erstellung eines verbindlichen Integrationsleitbilds, das gemeinsam mit den relevanten lokalen Akteuren zu erarbeiten ist. In der Phase der Erarbeitung sollte zugleich die Rahmenstruktur, in der die Verständigung für die Gestaltung und Umsetzung des Integrationsprozesses festgeschrieben ist, aufgebaut und gesichert werden.

Um der besonderen kommunalpolitischen Bedeutung gerecht zu werden, aber auch eine kommunale Absicherung der anzustrebenden Veränderungen zu gewährleisten, ist auf Basis des erarbeiteten Leitbildes ein Kommunales Integrationskonzept zu erstellen, das als *konkretes* Arbeitsprogramm vom Stadtrat zu verabschieden ist. Über die Umsetzung des Konzeptes sollte dem Stadtrat regelmäßig (jährlich) Bericht erstattet werden.

Darüber hinaus empfehlen wir die Erstellung eines grundlegenden Integrationsberichts. In ihm sollten wesentliche Daten zur Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufbereitet werden. Dabei sollten entsprechend den Erfahrungen, die wir bei der Analyse der soziodemographischen Struktur (vgl. Teil II) gemacht haben, die im Folgenden zusammengefassten Aspekte und Empfehlungen berücksichtigt werden.

4.1 Soziale und politische Teilhabe – Interkulturelle Kompetenz

Die bisherigen Formen der Kommunikation sowie der politischen Teilhabe, also der Zugang zu politischen Entscheidungen und von Mitwirkungsmöglichkeiten, sind in ihrer Gesamtheit als unzulänglich einzuschätzen. Dabei ist es unerheblich,

ob diese Formen versperrt scheinen oder aber nicht genutzt werden bzw. nicht genutzt werden können.

Da die Stadt Bergheim einen Bevölkerungsanteil von knapp 9.000 Nichtdeutschen hat, ist entsprechend §27 Gemeindeordnung NRW ein Ausländerbeirat zu bilden.¹ Er stellt das (Selbst-)Vertretungsorgan der in Bergheim lebenden Ausländer dar. Er kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen (§27 Abs. 8 GO NRW), und ein von ihm benannter Vertreter hat in den Räten und Ausschüssen Rederecht. Zugleich soll der Ausländerbeirat zu Fragen, die ihm seitens des Rates, eines Ausschusses oder von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen (§27 GO NRW).

Der bestehende Ausländerbeirat hat, wie die von uns geführten Interviews gezeigt haben, in der Wahrnehmung der Akteure eine herausgehobene Rolle. Er wird sowohl als hilfreiche und kompetente intermediäre Instanz eingeschätzt, aber auch als Institution, die ihre Möglichkeiten zur Einmischung nur unzureichend nutzt bzw. formal eher eine Alibi-Funktion, aber keine wirkliche Mitwirkungsfunktion hat. Da sich die Untersuchung auf die bestehende Integrationsarbeit in den vier Stadtteilen Ahe, Auenheim, Quadrath-Ichendorf und Bergheim Süd-West konzentriert hat, war die Arbeit des Ausländerbeirats selbst nicht Gegenstand, so dass hierzu keine Aussagen getroffen werden können. Für die weitere Diskussion zur Entwicklung eines umfassenden Integrationskonzepts wird es aber notwendig sein, eine Funktionsbestimmung vorzunehmen.

Für die Realisierung eines gesamtstädtischen Integrationskonzepts (und der damit verbundenen Einbeziehung vieler lokaler und kommunaler Einrichtungen und Initiativen) ist nach Einschätzung aller Akteure die bisher bestehende Kommunikations- und Vermittlungsstruktur nicht funktions- und aufgabengerecht. Es kommt deshalb darauf an, eine für beide Seiten gleichermaßen „lohnende“ und verbindliche Kooperations- und Umsetzungsstruktur zu entwickeln, aufzubauen und nachhaltig zu unterstützen. Notwendig ist eine kommunale Dialogstruktur.

Dazu ist es erforderlich, Gremien bzw. Zusammenkünfte einzurichten, um *gemeinsam* Ziele zu entwickeln und zu überlegen und zu vereinbaren, wie diese zu verwirklichen sind, wer dabei welche Aufgaben übernehmen kann bzw. muss und auf welcher Wertebasis sie sich gründen. Der Ausländerbeirat nimmt dabei als Vertretungsorgan der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle ein, aber er allein kann eine Einbeziehung der zugewanderten Bevölkerung in die Politik nicht bewirken. Entscheidend für ein gesamtstädtisches Integrationskonzept ist, dass alle relevanten lokalen Akteure (eben auch die Akteure in den Ein-

¹ „In Gemeinden mit mindestens 5.000 ausländischen Einwohnern ist ein Ausländerbeirat zu bilden“ (§27 Abs.1 GO NRW).

richtungen und aus den oben beschriebenen Integrationsfeldern) in ein solches Gremium einbezogen werden, um das Thema Integration als sichtbares Signal in das Zentrum kommunaler Politik zu rücken und um ihm einen angemessenen Stellenwert zu geben. Dieses Gremium ist daher mit entsprechender Kompetenz und Gestaltungsverantwortung auszustatten.¹

Zur Schaffung einer kommunalen Dialogstruktur gehört darüber hinaus eine breite interkulturelle Schulung von Funktionsträgern in Verwaltung, Politik, Schule, Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen usw., aber ebenso ein konsequentes, aber „wohlmeinendes“ und interkulturell reflektiertes Fordern der Migranten, selbst intensivere Bemühungen zum Spracherwerb und zur Integration zu unternehmen sowie Lebensformen, Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft zu akzeptieren. Folgende Schritte wären geeignet, beides zu fördern:

- Alle Formen des Dialogs und der Kommunikation, die sich auf etwas gemeinsames Drittes wie Kindergarten, Kindertagesstätte, Schule, die Gestaltung des Stadtteils und der Wohnquartiere beziehen, sollten gefördert und ausgebaut werden. Das Projekt „Grabeland“ ist ein beispielhaftes Unternehmen, da es über die Verteilung der Gartengrundstücke hinaus gemeinsame Aktivitäten verfolgt. Solche Ansätze sind fortzuführen und über den Stadtteil Süd-West hinaus zu verfolgen.
- Weiterhin sollten auch Feste und sonstige Kulturveranstaltungen in den Wohnquartieren durchgeführt werden, selbst wenn sich ihre Planung und Durchführung z.T. als schwierig erweist.
- Vereine sollten hinsichtlich ihrer interkulturellen Kompetenzentwicklung gefördert werden. Wichtig wäre auch ihre professionelle Unterstützung, um Migranten auf allen Ebenen in das Vereinsleben einzubeziehen.

4.2 Datenerhebung

Bei der Analyse der vorhandenen Daten hat sich gezeigt, dass diese nur unzureichend die sozioökonomische Struktur in Bergheim abbilden. Eine effektive Integrationsarbeit ist jedoch auf eine gute Datenbasis angewiesen, da diese mit einer Voraussetzung dafür ist, bestehende Probleme erkennen und ihre Lösung adäquat angehen zu können. Während die Bevölkerungsstatistik zum Jahresende 2007 (Jahrgangsstatistik) eine differenzierte Analyse der Wohnbevölkerung Bergheims nach Altersgruppen und Nationalität ermöglicht, weist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Auszubildenden und der Pendler erhebliche Defizite auf. Aufgrund der vorgefundenen Datenlage ist es nicht möglich, über einen längeren Zeitraum die folgenden Aspekte statistisch adäquat abzubilden:

¹ Vgl. hierzu die Ausführungen weiter unten (Kapitel 4.3, Strukturelle Verankerung).

- Entwicklung der beschäftigten Ausländer hinsichtlich ihres Beschäftigungsumfangs, ihrer Stellung im Beruf, ihrer Qualifikation und ihres Alters.
- Zahl der ausländischen Pendler und Zahl der Beschäftigten am Wohnort. Diese Zahl ist deutlich größer als die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort. Mit diesen Zahlen wäre es möglich, die Integration der Ausländer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung besser abzubilden.
- Ausländische Beschäftigte in geringfügiger Beschäftigung.
- Anzahl der Integration von schulentlassenen Migranten in das duale Ausbildungssystem.

Erst mit Hilfe dieser Daten kann es gelingen, ein abgerundetes Bild über die Beschäftigungslage und deren Entwicklung zu erhalten, um daraus Schlüsse über die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in der Stadt Bergheim zu ziehen.

Darüber hinaus erlaubt die veröffentlichte Arbeitslosenstatistik keine Untersuchung der Arbeitslosigkeit von Ausländern nach denjenigen Parametern, wie sie für die Darstellung der Arbeitslosigkeit sonst üblich sind. Dies bedeutet auf Bergheim bezogen *konkret*:

- Es gibt keine Bewegungsdaten zur Arbeitslosigkeit;
- Aussagen zur Arbeitslosenquote in Bergheim sind nicht möglich;
- Jugendarbeitslosigkeit in Bergheim wird nicht gesondert ausgewiesen;
- Angaben zur Dauer der Arbeitslosigkeit in Bergheim liegen nicht vor;
- und es gibt keine Daten zur Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Zwar liegen zum Teil auswertbare Daten vor, so z.B. einzelne Datenblätter, die uns von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt worden sind, doch werden diese Daten nicht systematisch gesammelt. Im Übrigen ist es nicht möglich, die vorliegenden Daten auf die einzelnen Stadtteile herunterzubrechen.

Obwohl sehr differenzierte Bevölkerungszahlen vorliegen, gibt es keine Daten, die die Migrationsbevölkerung hinsichtlich ihres staatsbürgerlichen Status unterscheiden. Experten vermuten, dass die Zahl der Migranten mit deutschem Pass in Bergheim mindestens so groß ist wie Zahl der nichtdeutschen Bevölkerung. Dies bedeutet, dass die Migrationsbevölkerung einen deutlichen größeren Umfang hat, als es die veröffentlichten Daten nahe legen.

Weitere Daten, die zu einer sachgerechten Beurteilung der Lage von Migranten notwendig wären, werden – so ist zu vermuten – erst gar nicht erhoben oder nicht ausgewertet. Dazu zählen u.a. Daten zur Wohnintegration¹ und zur Wohnzufriedenheit.

¹ Siehe dazu in Teil III, Kapitel 3 (Wohnen und Segregation).

Vor diesem Hintergrund sind die folgenden *Empfehlungen* an die Datenerhebung formuliert. Um die künftige Integrationsarbeit besser steuern zu können, sollte die Datenerhebung auf eine solide, systematische Basis gestellt werden. Geprüft werden sollte, ob

- das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, das jährlich Gemeindegewinnzahlen veröffentlicht, den Datensatz nicht erweitern kann oder ob kostengünstige Sonderauswertungen möglich sind;
- die Bundesagentur für Arbeit die Daten zur Arbeitslosigkeit nicht spezifiziert für die Stadt Bergheim aufbereiten kann nach Migrationshintergrund und Nationalität¹ und diese monatlich, wenigstens jedoch quartalsweise, an die Stadt Bergheim weiterreichen kann. Das gleiche gilt für die Teilnahme an Maßnahmen;
- die Stadt Bergheim im Abstand von zwei Jahren eigene Erhebungen zur Lage von Migranten nach bestimmten Merkmalen wie Aufenthaltsdauer, Wohnsituation, Gesundheit, Freizeitaktivitäten/Mitgliedschaften in Vereinen, Sprachkompetenz, Zufriedenheit in bestimmten Lebensbereichen, Integriertheit, Diskriminierungserfahrung durchführen kann;
- alle vom Amt für Statistik erhobenen Bevölkerungsdaten auch nach dem Migrationsstatus differenziert werden können.

4.3 Strukturelle Verankerung

4.3.1 Lokale Politik – Ratsausschuss für Integration

Zur Unterstützung der Umsetzung und um der besonderen Bedeutung des Integrationskonzepts Ausdruck zu verleihen, empfehlen wir die Einrichtung eines Ratsausschusses für Integration, der *aktiv* die Integrationsanstrengungen begleitet. Alternativ dazu kann ein übergreifender Koordinationskreis, bestehend aus Ratsmitgliedern, Verwaltungsmitarbeitern, Vertretern der Migrantenselbstorganisationen und Experten zur Begleitung und Steuerung des Integrationskonzepts eingerichtet werden. Dieser Ausschuss für Integration sollte zur Absicherung seiner Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit direkt vom Rat beauftragt werden und ihm ebenso direkt Bericht erstatten.

Ein solches Gremium kann schon allein auf Grund der gesetzlichen Vorgaben (s.o.) die Arbeit und Funktion des Ausländerbeirats nicht ersetzen. Es agiert auf einer erweiterten Ebene und hat einen explizit sozialpolitischen Gestaltungsauftrag (s.o.) ebenso wie es eine notwendige fachlich orientierte Reflexionsebene darstellt. Dennoch ist die Einbeziehung des Ausländerbeirats unabdingbar. Dies macht eine Abstimmung und eine enge Kooperation im weiteren Vorgehen notwendig. Die erforderlichen Kooperationsformen sollten auf einem Treffen zwi-

¹ Migranten, Ausländer und Deutsche.

schen Verwaltung, Kommunalpolitik, Ausländerbeirat, weiteren Repräsentanten der zugewanderten Bevölkerung und ausgewählten Aktiven aus der Integrationsarbeit in Bergheim diskutiert und im erforderlichen Maße vereinbart werden. Für ein derartiges Gremium bestehen auf Grundlage der Gemeindeordnung NRW zwei grundlegende Möglichkeiten.¹

Die erste Variante besteht in der Abwandlung des Ausländerbeirats in einen „Integrationsbeirat“ (§27 GO NRW), der durch Ratsmitglieder erweitert wird. Dieses Gremium verfügt über Beratungskompetenz und kann – nach Maßgabe des Rates – über die Verwendung von Haushaltsmitteln entscheiden.

Die zweite Variante besteht darin, einen „abgewandelten“ Ausschuss nach §58 GO NRW zu bilden, der für das Thema Integration und in diesem Zusammenhang für die Begleitung der Umsetzung des vorgeschlagenen Integrationskonzepts zuständig ist. Er besteht aus einer zu bestimmenden Anzahl von Ratsmitgliedern und Vertretern aus der Migrationsbevölkerung, die analog zur Wahl zum Ausländerbeirat gewählt werden, aber auf ihren Anspruch eines eigenständigen Ausländerbeirates verzichten. Zudem können ihm sachkundige Bürger angehören. Für die Ratsmitglieder und die sachkundigen Bürger gilt das Prinzip der politischen Repräsentanz. Dem Ausschuss müssen mehr Ratsmitglieder als Migrantenvvertreter (und ggf. sachkundige Bürger) angehören. Den Vorsitz muss ein Ratsmitglied führen. Migrantenvvertreter und sachkundige Bürger haben Rede- und Stimmrecht. Der Ausschuss hat Beratungskompetenz, kann aber Entscheidungskompetenz für ihm vom Rat zugewiesene Bereiche im Rahmen der Richtlinien des Rates erlangen.

Beide Varianten bedürfen der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach §126 GO NRW durch das Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass eine Genehmigung nur erteilt wird, wenn die Entscheidung im „breiten Konsens mit den Migrantenvvertretern über die künftige Ausgestaltung der Partizipation“ getroffen wurde.²

Im Sinne der umfassenden Aufgabe des oben beschriebenen Gremiums empfehlen wir die Verfolgung der zweiten Variante, da der Ratsausschuss einen kommunalen Gestaltungsauftrag hat, der insbesondere in die Entwicklung von Schulen sowie Einrichtungen der Stadt Bergheim wie von freien Trägern eingreift.

¹ Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Vermerk der Fachbereichsleitung 3 der Stadt Bergheim „Alternativen zur Einrichtung eines Ausländerbeirates nach der Kommunalwahl 2009“ vom 14.01.2008.

² Ebd.

4.3.2 Verwaltung – Integrationsstelle

Es sollte eine Integrationsstelle eingerichtet werden, die für die Koordination der Umsetzung zuständig ist. Sie muss sowohl Querschnittsaufgaben als auch umfassende Steuerungsaufgaben leisten und ist daher mit den entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Das heißt, in dieser Stelle sind verschiedene Funktionen zusammengeführt. Sie beinhaltet die Aufgabe einer (verwaltungs-)internen Lobbytätigkeit mit grundlegenden Eingriffsbefugnissen im Sinne einer übergreifenden Gestaltung des Integrationskonzepts, der Verzahnung mit anderen kommunalen Gestaltungsprozessen, hat aber zugleich eine Mentoren- und Initiativfunktion gegenüber allen lokalen Akteuren (Initiator von neuen Projekten und Initiativen). Hier sind die übergreifenden Aktivitäten zu koordinieren und ggf. neue anzuregen. Die Integrationsstelle ist zugleich für die Berichterstattung über den Fortschritt des Integrationskonzeptes zuständig.

In die Zuständigkeit der Integrationsstelle fällt insbesondere die verwaltungsinterne Bestimmung und die integrationsspezifische Ausgestaltung von Schnittstellen zwischen den einzelnen Verwaltungsressorts. Ihre Aufgabe ist die Einrichtung von ressortübergreifenden verwaltungsinternen Arbeitskreisen, die Organisation des regelmäßigen fachlichen Austauschs und das Treffen von Absprachen über die Gestaltung der Zusammenarbeit.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass in komplexen kommunalen Gestaltungsprozessen, in denen verwaltungsexterne und städtische Fachkräfte sowie ein spezifisches Akteursnetz zusammenwirken, eine systematische Unterstützung, die Koordination der vielfältigen Aktivitäten sowie für gemeinsame Aktivitäten ein professionelles Projektmanagement erforderlich sind. Zugleich muss in ausreichendem Maße fachliches „Know How“ zur Verfügung stehen bzw. über eine zentrale Stelle vermittelt werden können.

4.4 Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens

Ein wesentliches Merkmal des Integrationskonzeptes sollte auch ein aktives Zugehen auf die Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sein. Hierzu sind die Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens und die Herstellung von „Orten“ des tatsächlichen aufeinander Zugehens in den jeweiligen Integrationsfeldern erforderlich, um der Segregationsdynamik entgegenzuwirken. Zum Aufbau und zur Verstärkung der Zusammenarbeit ist eine enge Kooperation mit allen wichtigen Einrichtungen sowie die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Aktivitäten und Projekte erforderlich.

5. Zusammenfassende Charakterisierung eines Integrationskonzepts

Das von uns skizzierte Integrationskonzept weist über die bisherigen Aktivitäten und auch über die Steuerungsstruktur im Stadtteil Süd-West hinaus. Geht es dort vielfach um die Aktivierung von Bewohnern und die sozialräumliche sozialpädagogische Unterstützung im Kontext einer sozialverträglichen Stadtteilentwicklung, so werden im Rahmen des Integrationskonzepts Strukturentwicklung und sozialraumübergreifende fachbezogene Entwicklungen vorangetrieben.

Nichtsdestotrotz kann an den Vorarbeiten und Erfahrungen im Stadtteil Süd-West positiv angeknüpft werden. Der niedrighschwellige Ansatz, der hier vertreten wird, ist fortzusetzen und soweit als möglich auf andere Stadtteile nach deren spezifischen Belangen zu übertragen. Insbesondere sind Beratungsmöglichkeiten zu schaffen. In allen wichtigen Feldern sollte aktiv auf die Migranten zugegangen werden (z.B. Sprachförderung, Bildungsförderung, Elternarbeit, Zusammenarbeit mit den bestehenden Migrantenselbstorganisationen u.a.m.).

Es sollten gezielt Kooperationsprojekte in einzelnen Integrationsfeldern entwickelt und umgesetzt werden, die – zumindest zu Beginn der Arbeit – als vertrauensbildende Maßnahmen zu verstehen sind und in denen die Grundlage für die weitere Umsetzung geschaffen wird. Den bestehenden bzw. begonnenen Projekten in Süd-West kommt in diesem Sinne eine so genannte Leuchtturmfunktion zu (zu nennen sind hier: das Familien- und Bürgerzentrum FuNTASTIK, das Konzept Nationwork und die Aktivitäten der LOS-Projekte). An ihren Erfahrungen entlang ist eine Orientierung bei der (Weiter-)Entwicklung der Aktivitäten in anderen Stadtteilen möglich.

Ebenso ist das Integrationskonzept von den „Maßnahmefeldern“ des „Dritten Teilgutachtens“ der „Untersuchung über Umfang und Auswirkungen des demographischen Wandels in der Stadt Bergheim“ abzugrenzen, obwohl hier ebenfalls an vielen Stellen Anknüpfungspunkte zu finden sind. Beide fordern eine gesamtstädtische Strategie und haben komplexe Steuerungs- und Managementprozesse zum Gegenstand. Auch in den Maßnahmefeldern gibt es vielfältige Übereinstimmungen (vgl. die Empfehlungen im Bereich Integration, die Anforderungen an die Sozialstruktur in den Quartieren wie auch in anderen vorrangig soziapolitischen Handlungsfeldern). Die Abgrenzung bezieht sich dabei eher auf die erheblichen Steuerungsanforderungen, die mit den beiden Gestaltungskonzepten verbunden sind.

Mit dem Integrationskonzept ist eine Einmischungsstrategie in die Verwaltungsaktivitäten hinein und eine gestaltende Koordination insbesondere der lokalen Akteure verbunden. Da die Steuerungsanforderungen in beiden Bereichen vorrangig fachlich orientiert sind, können sich notgedrungen Interessengegensätze

und Widersprüche ergeben. Gerade unter Beachtung der in diesem Bericht dokumentierten Erfahrungen zur Integrationsarbeit sollte im Kontext der Entwicklung des Integrationskonzeptes und des Aufbaus einer Kultur der vertrauensvollen Zusammenarbeit eine eindeutige (lobbyistische) Vertretung im Vordergrund stehen.

Literatur und Quellen

Literatur

- Abelshauser, W.(2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) (2007): 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Dezember 2007
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik, Gütersloh
- Blasius, D. (1978): Kriminalität und Alltag. Göttingen
- Deardorff, D. K., zitiert nach: Thesenpapier der Bertelsmann Stiftung: Interkulturelle Kompetenz – Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts? www.bertelsmannstiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17145_17146_2.pdf
- Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim. Grundlagen und Prognoserechnungen. Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH. Köln 2006
- Demographisches Gutachten für die Stadt Bergheim. Maßnahmefelder. Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH. Köln 2007
- Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Hg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 2007
- Dörre, K. (2005): Prekariat – eine arbeitspolitische Herausforderung. In: WSI-Mitteilungen, H. 5/2005: 250-258
- Esser, H. (2006): Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4. Berlin 2006 (www.aki.wz-berlin.de)
- Geenen, E. M. (2002): „Integration“. In: Endruweit, G./Trommsdorf, G. (Hg.) Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart, 247-249
- Geiger, Th. (1932) Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Darmstadt 1972
- Hamm, B. / Neumann, I. (1996): Siedlungs-. Umwelt- und Planungssoziologie. Opladen
- Handlungskonzept Nationwork (2007): Bergheim Süd-West ist Zukunft. „Dialog der Kulturen“. Bunte Vielfalt im Stadtteil Bergheim Süd-West. Handlungskonzept Nationwork
- Harten, H.-C./Flitner, E. (1980): Arbeitslosigkeit. Materialien für die politische Bildung. Reinbek
- Heckman, J. (2008): „Chancen“ in Süddeutsche Zeitung Nr. 74/2008, Ausgabe 29./30. März
- Heinz, W. (2003): Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. Aktualisierte Ausgabe Juli 2003, Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung (www.uni-konstanz.de/rtf/kik/)
- Herbert, U. (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. München

- Hessisches Sozialministerium (Hg.) (2007): Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration. Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen, Wiesbaden
- Holz, G./Richter, A./Wüstendörfer, W./Giering, D. (2005): Zukunftschancen für Kinder!? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Frankfurt/Main
- Kang, Chong-Sook (2006): Neue Allianzen für Integration - Politische Partizipation von MigrantInnen in Deutschland, Hg.: Heinrich-Böll-Stiftung. http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Allianzen_Beitrag_Kang.pdf
- KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle zur Verwaltungsmodernisierung (Hg.) (2005): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategien und Organisation, Bericht 7/2005, Köln
- Kita Abenteuerland: „Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft“. Interkulturelles Konzept. Stand August 2005
- LAGA – Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (2007): Erfolgsfaktoren für kommunale Integrationspolitik. (www.laga-nrw.de/data/erfolgsfaktoren_fuer_kommunale_integrationspolitik.pdf)
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2007): Kommunalprofil Bergheim Stadt (www.lids.nrw.de)
- Lefringhausen, K. (Hg.) (2005): Integration mit aufrechtem Gang. Wege zum interkulturellen Dialog. Wuppertal
- Leicht, R. u.a. (2005): Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland. Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Institut für Mittelstandsforschung (ifm). Mannheim
- Merton, R. (1968): Sozialstruktur und Anomie. In: König, R. /Sack, F. (Hg.) (1968): Kriminalsoziologie. Frankfurt am Main
- Niefeld, M./Becker, R. (1999): Harte Zeiten für Familien. Theoretische Überlegungen und empirische Analysen zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und sozio-ökonomischer Deprivation auf die Qualität familialer Beziehungen Dresdner Familien, Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 19
- PISA-Konsortium Deutschland (Hg.) (2005): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland. Was wissen und können die Jugendlichen? Münster
- Pröhl, M./Hartmann, H. (Hg.) (2002): Strategien der Integration. Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Gütersloh
- Solga, H./Wagner, S. (2004): Die Zurückgelassenen – die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. In: Becker, R./Lauterbach, W. (Hg.) (2004): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden
- Stadt Bergheim (2005): „Gesamtkonzept der Stadt Bergheim, Sprachförderung, Integration“. Juli 2005
- Stadt Bergheim (2007): Gemeinsame Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung für die Stadt Bergheim, Vorabzug – Entwurf -Stand September 2007 (zitiert als SEP 2007)

- Stadt Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales (2007): Gemeinwesenorientierte Projekte zur gesellschaftlichen Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, Nationworker. Zwischenbericht zum Fortsetzungsantrag für den Berichtszeitraum 1.1.2007 bis 30.9.2007
- Stadt Bergheim. Die Bürgermeisterin (2008): Erster Sachstandsbericht „Handlungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im Gebiet der Stadt Bergheim“. Beschlussvorschlag vom 12.02.2008
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2007): Statistisches Jahrbuch 2007
- Schuleri-Hartje, U.-K./Floeting, H./Reimann, B. (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt, Berlin
- Ulrich, J. G. (2006): Übergänge in das duale System der beruflichen Bildung. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2004. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Übergänge in das duale System der beruflichen Bildung. Bonn, 29.
- www.schader-stiftung.de

Statistiken des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) NRW zu Bergheim (Stadt)

- Allgemeinbildende Schulen: Schulabsolventen/-abgänger nach Nationalität, Abschlussart, Geschlecht und Schulart (Ausländer und Deutsche)
- Bevölkerungsstand nach Geschlecht und Altersjahren und Nationalität. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Ausländer und Deutsche)
- Bevölkerungsstand und -bewegung nach Geschlecht (ab 1977)
- Einbürgerungen von Ausländern nach Geschlecht und Altersjahren
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) nach Stellung im Beruf
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) Voll- u. Teilzeit
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Grundschulen (einschl. Klassen 1-4 Volksschulen), nach Nationalität und Geschlecht
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Hauptschulen (einschl. Klassen 5-10 Volksschulen), nach Nationalität und Geschlecht
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Realschulen, nach Nationalität und Geschlecht
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Gymnasien, nach Nationalität und Geschlecht
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Integrierte Gesamtschulen, nach Nationalität und Geschlecht
- Statistik der allgemein bildenden Schulen, Förderschulen (ehemals Sonderschulen), nach Nationalität und Geschlecht
- Zu-/Fortgezogene über die Gemeindegrenzen nach Nationalität (Wanderungst Statistik)

Publikationen zum Rhein-Erft-Kreis

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 1992, 1998, 2004, 2006. Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik nach Verwaltungsbezirken

Statistiken des Landeskriminalamtes NRW

Kriminalitätsentwicklung im Land Nordrhein-Westfalen 2007

Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Nordrhein-Westfalen 2006

Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsmarktreport der Agentur für Arbeit Brühl 2006, 2007

Gemeindestatistik

Kreisreport

Geringfügig Beschäftigte

Weitere Statistiken

Verschiedene einzelne Statistikblätter, die von der Agentur für Arbeit (Geschäftsstelle) Bergheim zur Verfügung gestellt worden sind.

Amt für Wahlen und Statistik Bergheim

Bevölkerung in Bergheim, Jahrgangsstatistik

Einbürgerungstatistik

Ausländerinnen und Ausländer nach Stadtteilen, Nationalitäten und Geschlecht, Stichtag 31.12.2007